

**Schleswig-Holsteinischer Landtag  
14. Wahlperiode**

# **Plenarprotokoll 14/16**

**16. Sitzung  
Kiel, Mittwoch, 20. November 1996**

**Stenographischer Dienst und Ausschußdienst - Herausgabe 26.11.96**

## **Tagesordnung:**

### **Erhalt des Marinestützpunktes Kiel**

Dringlichkeitsantrag der Fraktionen von F.D.P. und CDU  
Drucksache 14/370

Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)

Beschluß: Dringlichkeit bejaht und als Punkt 11 a in die Tagesordnung eingereiht

### **Aktuelle Stunde**

#### **„Die Auswirkungen der für 1997 geplanten Kürzungen im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung auf die Arbeitnehmerschaft, die Qualifizierungslandschaft und die kommunalen Haushalte in Schleswig-Holstein“**

Antrag der Fraktion der SPD

Birgit Küstner (SPD)  
Torsten Geerds (CDU)  
Irene Fröhlich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales  
Rolf Schroedter (SPD)  
Martin Kayenburg (CDU)

### **Aktuelle Stunde**

#### **„Drogenpolitik der Landesregierung“**

Antrag der Fraktion der CDU

Dr. Ottfried Hennig (CDU)  
Konrad Nabel (SPD)  
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Frauke Tengler (CDU)  
Heide Moser, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

### **Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Regierungskonferenz der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/245

Änderungsantrag der Fraktion der SPD

Drucksache 14/270

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk (SSW) und Peter Gerckens (SSW)

Drucksache 14/278

Bericht und Beschlußempfehlung des Europaausschusses

Drucksache 14/336

Uwe Döring (SPD), Berichterstatter  
Jost de Jager (CDU)  
Bernd Saxe (SPD)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Ekkehard Klug (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)

Dr. Ottfried Hennig (CDU)  
Gerd Walter, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

Beschluß: Annahme

**Entschließung zur Abschaffung der Verordnung zur Erhebung von Gebühren für die Antragsbearbeitung zur Erlangung von Ausgleichszahlungen der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/347

Claus Hopp (CDU)  
Friedrich-Carl Wodarz (SPD)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)  
Peter Gerckens (SSW)  
Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Beschluß: Ablehnung

**Kinder- und Jugendbeauftragte/r**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/341

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW

Drucksache 14/373

Wolfgang Baasch (SPD)  
Torsten Geerds (CDU)  
Matthias Böttcher (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Heide Simonis, Ministerpräsidentin  
Wolfgang Kubicki (F.D.P.)  
Klaus Schlie (CDU)  
Konrad Nabel (SPD)

Beschluß: Annahme des Antrages Drucksache 14/341

**Wettbewerbs- und umweltorientierte Reform der Energiewirtschaft**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/343

Antrag der Fraktionen der CDU und der F.D.P.

Drucksache 14/369

Friedrich-Carl Wodarz (SPD)  
Reinhard Sager (CDU)  
Detlef Matthiessen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)  
Christel Aschmoneit-Lücke (F.D.P.)  
Anke Spoorendonk (SSW)  
Claus Möller, Minister für Finanzen und Energie

Beschluß: Überweisung an den Sozialausschuß und den Wirtschaftsausschuß

**Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU

Drucksache 14/346

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Drucksache 14/359 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.

Drucksache 14/367

Peter Jensen-Nissen (CDU)

Sabine Schröder (SPD)

Monika Heinold (BÜNDNIS 90/DIEGRÜNEN)

Dr. Christel Happach-Kasan (F.D.P.)

Peter Gerckens (SSW)

Hans Wiesen, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

Anke Spoorendonk (SSW)

Beschluß: Überweisung an den Agrarausschuß

\* \* \*

**Regierungsbank:**

**Heide Simonis**, Ministerpräsidentin

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten

**Gisela Böhrk**, Ministerin für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur

**Dr. Ekkehard Wienholtz**, Innenminister

**Angelika Birk**, Ministerin für Frauen, Jugend, Wohnungs- und Städtebau

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie

**Peer Steinbrück**, Minister für Wirtschaft, Technologie und Verkehr

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Rainer Steenblock**, Minister für Umwelt, Natur und Forsten

**Beginn: 10.01 Uhr**

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich begrüße Sie alle sehr herzlich und eröffne die 7. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtages. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlußfähig.

Auf der Tribüne begrüße ich die Gäste der Hauptschule Lütjenburg. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Erkrankt sind Herr Abgeordneter Müller, Frau Abgeordnete Röper und Herr Abgeordneter Zahn. Ich wünsche allen dreien im Namen des gesamten Hauses gute Genesung.

(Beifall)

Beurlaubt ist Frau Abgeordnete Franzen.

Erfreulicher Anlaß! Wir haben Anlaß zu gratulieren. Ich beglückwünsche zum Geburtstag Herrn Abgeordneten Schroedter.

(Beifall)

Die Fraktionen der CDU und F.D.P. haben einen Dringlichkeitsantrag mit dem Betreff „Erhalt des Marinestützpunktes Kiel“ eingebracht. Der Antrag liegt Ihnen als Drucksache 14/370 vor.

Wird das Wort zur Begründung der Dringlichkeit gewünscht? - Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben einen Antrag auf **Erhalt des Marinestützpunktes Kiel** eingereicht. Es handelt sich um einen Dringlichkeitsantrag, weil die Tatsachen, die diesem Antrag zugrunde liegen, erst gestern bekanntgeworden sind.

Wir haben gestern über die Presse erfahren, daß der Bundesminister für Verteidigung vorhat, den Marinestützpunkt Kiel möglicherweise insgesamt zu schließen und damit 600 Arbeitsplätze in Frage zu stellen. Wir haben gestern ebenfalls gehört, daß sich der Landtagspräsident öffentlich dahin gehend

geäußert hat, daß der Marinestützpunkt Kiel erhalten bleiben soll, daß der gesamte Landtag dahintersteht.

Wir haben gestern allerdings über eine Pressemitteilung auch erfahren, daß sich die Grünen - und hier insbesondere der Landtagskollege Hentschel - ausdrücklich dafür aussprechen, daß der Marinestützpunkt Kiel geschlossen wird.

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Ich finde, dies ist genügend Anlaß, der Dringlichkeit heute zuzustimmen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich lasse über die Dringlichkeit des Antrages der Fraktionen von CDU und F.D.P. abstimmen und weise ausdrücklich auf § 51 Abs. 3 der Geschäftsordnung hin, nach der für die Bejahung der Dringlichkeit eine Zweidrittelmehrheit erforderlich ist. Wer der Dringlichkeit dieses Antrages zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist die Dringlichkeit bejaht.

Ich schlage Ihnen vor, den Antrag als Tagesordnungspunkt 11 a) in die Tagesordnung einzureihen, und bitte die Fraktionen, sich über die Redezeiten zu verständigen und mir einen Vorschlag über den Zeitpunkt des Aufrufs zu machen. - Widerspruch höre ich nicht. Dann werden wir so verfahren.

Ich habe Ihnen eine Aufstellung über die im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln. Zu den Tagesordnungspunkten 2, 4 und 8 ist eine Aussprache nicht geplant. Zur gemeinsamen Beratung vorgesehen sind die Tagesordnungspunkte 3 und 7, Änderung des Nationalparks Wattenmeer und Weiterentwicklung der Westküstenregion. Wann die einzelnen Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratung der 7. Tagung. Fragen zur

Fragestunde liegen nicht vor. Die Fraktionen haben sich darüber verständigt, den Tagesordnungspunkt 13, Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt, von der Tagesordnung abzusetzen. Wir werden unter Einschluß einer zweistündigen Mittagspause jeweils längstens bis 18.00 Uhr tagen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 1 aufrufe, begrüße ich weitere Gäste auf der Tribüne: Herrn Johna, unseren ehemaligen Kollegen, und Herrn MdB Jürgen Koppelin.

(Beifall)

Ich rufe Tagesordnungspunkt 1 auf:

### Aktuelle Stunde

mit dem von der SPD beantragten **Thema** „Die Auswirkungen der für 1997 geplanten Kürzungen im Haushalt des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung auf die Arbeitnehmerschaft, die Qualifizierungslandschaft und die kommunalen Haushalte in Schleswig-Holstein“.

Ich erteile der Frau Abgeordneten Küstner das Wort.

**Birgit Küstner** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die jüngsten **Sparbeschlüsse der Bundesregierung** zeigen einmal mehr, daß dieser Bundesfinanzminister offensichtlich nicht mehr willens und in der Lage ist, einen soliden Haushaltsentwurf für 1997 vorzulegen,

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

oder aber - wie die „Lübecker Nachrichten“ es kürzlich kommentierten - er setzt weiter auf das Prinzip „Durchwurschteln“. Das eigentliche Erschreckende an den Konsequenzen, die die Bundesregierung aus dieser Situation zieht, ist die Tatsache, daß in diesem Falle wieder einmal und zuallererst die **Bundesanstalt für Arbeit** bluten soll, und zwar mit einem vollen Drittel der einzusparenden 3 Milliarden DM.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]: Unerhört!)

Dabei ist der eigentliche Skandal nicht dieser überproportionale Sparbeitrag, sondern der politische Gesamtzusammenhang.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da soll die Vermögensteuer abgeschafft werden. Gleichzeitig werden Leistungen für Arbeitslose gekürzt. Dann wird auch noch laut und deutlich über die Besteuerung von Lohnersatzleistungen nachgedacht. Ich meine, dies ist eine eiskalte Verhöhnung arbeitsloser Menschen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, hören Sie doch mal zu!

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das mache ich!)

Nach dem Willen der Bundesregierung sollen diesmal die Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit für Fortbildung und Umschulung drastisch gekürzt werden - eine fatale Entscheidung angesichts von 4 Millionen arbeitslos gemeldeten Menschen und angesichts der Tatsache, daß allein in den alten Bundesländern von 1992 bis 1995 1 Million Arbeitsplätze verlorengegangen sind.

Mit der Beschneidung von Fortbildung und Umschulung reduziert die Bundesregierung einmal mehr die Möglichkeiten, arbeitslose Menschen für den Arbeitsmarkt zu qualifizieren und ihnen die Rückkehr in den ersten Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Der erhoffte Spareffekt ist also mehr als fraglich.

Bitter sind die neuesten Kürzungen für die betroffenen Menschen. Denn sie leiden schon jetzt unter den vorausgegangenen Kürzungen bei den aktiven und passiven Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, und sie leiden - genauso wie alle anderen Menschen - unter den weiteren **Einschnitten in das soziale Netz**, wie Kürzung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Einschnitte im Gesundheitswesen oder Änderungen im Rentenrecht. Gerade die

Arbeitslosen sind dadurch oft doppelt und dreifach betroffen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Ihnen das einmal anhand einiger weniger Zahlenbeispiele aus dem normalen Alltag einer schleswig-holsteinischen Beschäftigungsgesellschaft deutlich machen, damit Sie wissen, über welche Größenordnungen wir überhaupt reden. So bekommt zum Beispiel ein **alleinstehender Beschäftigter**, der bei einer Beschäftigungsgesellschaft angestellt ist, nach dem Gartenbautarifvertrag in Steuerklasse I - wenn er denn, was die Ausnahme ist, den 100prozentigen Tariflohn bekommt - sage und schreibe 1917 DM netto im Monat. Nach dem schon jetzt abgesenkten Tarif für ABM-Beschäftigte auf 90 % sind es dann noch ganze 1668 DM.

Ein **verheirateter Arbeitnehmer** in derselben Beschäftigungsgesellschaft mit einem Kind erhält ebenfalls nach dem Gartenbautarifvertrag bei 100prozentigem Gehalt 1958 DM netto im Monat. Wird der Arbeitnehmer krank - was ja durchaus vorkommen soll -, bekommt er nach der auf 80 % gekürzten Lohnfortzahlung noch ganze 1566 DM monatlich. Was das für eine Familie bedeutet, deren laufende Ausgaben ja nicht in dem gleichen Maße sinken wie die Einnahmen, kann sich hoffentlich auch in diesem Hohen Hause jeder plastisch vorstellen.

Wie sich die Einkommenssituation des besagten Familienvaters oder auch einer Mutter ändert, wenn sie in ABM zu 90 oder künftig nur noch zu 80 % beschäftigt sind, kann sich jeder leicht selber ausrechnen; der Weg in die Sozialhilfe ist vorgezeichnet.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist es!)

In der Tat ist es ja so, daß in Schleswig-Holstein schon in den vergangenen zwei Jahren der weit überwiegende Teil der Hilfe zum Lebensunterhalt gezahlt werden mußte, weil der Haushaltsvorstand arbeitslos war - und das war bei einem Drittel aller **Sozialhilfefälle** der Fall. Herr Kubicki, es wäre schön gewesen, wenn Sie bei Ihren Äußerungen vor dem Schleswig-Holsteinischen Landkreistag diese Tatsache zumindest mit im Hinterkopf gehabt hätten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Zuruf des  
Abgeordneten Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]

Die geplanten Kürzungen im Haushalt des Bundesministers für Arbeit werden gesamtwirtschaftlich nicht zu einer Entlastung führen. Sie reduzieren einmal mehr die Möglichkeiten, arbeitslose Menschen in den ersten Arbeitsmarkt zu reintegrieren und werden deshalb postwendend zur Erhöhung von passiven Lohnersatzleistungen und schließlich zu drastischen Erhöhungen der **Sozialhilfeausgaben der Kommunen** führen.

Der katholische Sozialtheologe Friedhelm Hengsbach hat die Politik der Bundesregierung wie folgt kommentiert:

„Die Regierung fährt die Sozialpolitik gegen die Wand. Mit ihrem Kurs in der Renten-, Gesundheits- und Arbeitsmarktpolitik sprengt die Koalition das Solidarsystem.“

(Beifall bei der SPD - Holger Astrup  
[SPD]: Leider wahr! - Glocke des  
Präsidenten)

Meine Damen und Herren von der Opposition, lassen Sie es nicht so weit kommen! Wirken Sie, wo immer Sie können, auf Ihre Kollegen und Parteifreunde beim Bund ein, damit sie aufhören, unser System der sozialen Sicherheit bis zur Unkenntlichkeit auszuhöhlen, und damit sie wieder zurückkehren zu einer sozialverträglichen und gerechten Politik. Die Menschen in diesem Lande werden es zu würdigen wissen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Zuruf des  
Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug  
[F.D.P.]

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Geerds.

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Jetzt zitiert er die Christlich-  
Demokratische Arbeitnehmerschaft!)

**Torsten Geerds** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wie in allen anderen Haushalten der Bundesministerien kommt es auch beim Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung zu Einsparungen, die für die Betroffenen sehr, sehr schmerzlich sein werden. Der Protest der Gewerkschaften kommt von daher überhaupt nicht unerwartet. In **Bonn** laufen der DGB und die Deutsche Angestellten-Gewerkschaft Sturm gegen die **Sparpolitik**.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: So ist es!)

Und in Kiel? - In Kiel verweigern die Personalräte aller Ministerien den Dialog mit der Frau Ministerpräsidentin.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

- Ein Vorgang, der in der Geschichte unseres Landes schon ziemlich einmalig ist. Wer gegen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes sprachlich rumholt, der vernachlässigt seine Fürsorgepflicht und macht notwendige Gespräche mehr und mehr unmöglich.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wer also so wie die schleswig-holsteinische Landesregierung im Glashaus sitzt, sollte nicht mit Steinen werfen, sondern vor Ort eigene Lösungsvorschläge für anstehende Probleme erarbeiten und vorlegen.

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ein billiges Ablenkungsmanöver!)

Wer auf den Kundgebungen der IG Metall zur Solidarität aufruft, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes aber weiter ausgrenzt, verliert zunehmend an Glaubwürdigkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Der Bund kürzt in der Tat für das Haushaltsjahr 1997 die Mittel für **Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen** von 9,8 Milliarden auf 8,8 Milliarden DM. Den Aufschrei bei uns im Westen kann ich allerdings nur wenig nachvollziehen. Im laufenden

Haushaltsjahr 1996 stehen für die alten Länder 2,6 Milliarden DM zur Verfügung. Im Haushalt 1997 bleibt diese Summe übrigens unverändert.

(Jost de Jager [CDU]: Hört, hört!)

Damit können auch weiterhin 80 000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer im Jahresdurchschnitt gefördert werden. Hier von einem Kahlschlag zu reden, ist unseriös und entspricht schlichtweg nicht der Wahrheit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Richtig ist allerdings auch - das darf man nicht wegdiskutieren -, daß in Ostdeutschland die Zahl der ABM-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer um 7000 auf 183 000 reduziert werden muß. Das entspricht übrigens dem Stand von 1991.

Die **Einschnitte**, die auf den Westen zukommen, werden sich hauptsächlich im Bereich von **Fortbildung und Umschulung** abspielen. Hier wird die Zahl von bisher 290 000 auf 250 000 abnehmen. Gleichzeitig möchte ich allerdings betonen, daß die Ausgaben des Bundes für Fortbildung und Umschulung auch im kommenden Jahr höher sind als in den Jahren 1991 und 1994 und noch immer 13,5 Milliarden DM betragen. Wer auch hier von Kahlschlag redet, der redet über die Situation in einer anderen Republik, aber nicht über die Situation in der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Am 22. November entscheidet die Selbstverwaltung der Bundesanstalt für Arbeit über ihren Haushalt. Im vergangenen Jahr lag die Selbstverwaltung mit ihrem Ansatz unter dem Ansatz des Bundes. Die SPD-Landtagsfraktion führt diese Debatte also zwei Tage zu früh.

Die 7000 **ABM-Plätze**, die bundesweit insgesamt wegfallen werden, schwerpunktmäßig - wie eben ausgeführt - im Osten, können durch neue Instrumente eine **Kompensation** erfahren. Es gibt große Chancen, wenn in Zukunft das pauschalierte Arbeitslosengeld nicht nur den Trägern von ABM-Projekten zugestanden, sondern auch als Lohnkostenzuschuß für die Einstellung von Arbeitslosen in Betrieben des ersten Arbeitsmarktes gewährt wird. Vielleicht können so wirklich die 15 000 neuen Arbeitsplätze in der gewerblichen

Wirtschaft geschaffen werden. - Was ist eigentlich mehr wert: 7000 Plätze im zweiten Arbeitsmarkt oder 15 000 Kolleginnen und Kollegen in vollwertiger Beschäftigung?

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nutzen Sie doch die neuen Instrumente wie das Arbeitsförderungs-gesetz! Lamentieren Sie nicht nur über die Probleme der Kommunen, sondern setzen Sie die **Reform der Sozialhilfe** endlich konsequent um!

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Hören Sie doch endlich auf, den Menschen etwas vorzugaukeln! Jeder weiß, daß Ihr Verhalten nur noch Ritual ist. In der Regierungsverantwortung in Bonn würde die Sozialdemokratische Partei genauso handeln müssen.

(Widerspruch bei der SPD)

Die heutige Debatte leistet überhaupt keinen ernsthaften Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Solange die Sozialdemokraten keine Alternativen in Bonn nennen,

(Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD]:  
Haben wir doch! - Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]: Wo denn?)

sondern sich statt dessen nur verweigern, ist diese Diskussion überflüssig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Fröhlich.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Beifall auf Ihrer Seite kann nicht darüber hinwegtäuschen, daß wir es hier mit massiven Versäumnissen und geradezu brutalen **Eingriffen in das soziale System** dieser Gesellschaft zu tun haben.

(Zurufe von CDU und F.D.P.: Oh, oh!)

- Wenn Sie das langweilt, dann wissen Sie nicht, wo Sie sich befinden.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Landeshaus!)

Frau Küstner hat sich noch sehr freundlich ausgedrückt, als sie die Bundesregierung aufgefordert hat, zu einer sozialen Politik zurückzukehren, die diesen Namen auch verdient hat. Ich würde weitergehen und sagen, von einer sozialen Politik und einer Wende zur Solidarität kann in Bonn schon seit Jahren nicht mehr die Rede sein. Ich will das jetzt nicht im einzelnen aufzählen, weil unsere Aufgabe hier ist, die Einsparungen der „Blüm-Milliarde“ mit ihren Auswirkungen auf Schleswig-Holstein zu diskutieren. Ich werde versuchen, mich streng an diese Vorgabe zu halten.

Herr Geerds, wenn Sie hier verharmlosen, dann täuschen Sie darüber hinweg, daß wir uns seit Jahren in einer gesellschaftlichen Strukturkrise befinden und daß die Bundesregierung in Bonn nichts, aber auch gar nichts tut, um auf sie eine Antwort zu finden. Durch die **Strukturkrise** hat sich die **Gesellschaft** ganz massiv verändert. Sie hat sich von einer Gesellschaft, die in erster Linie aus Arbeitsproduktivität ihre Gelder bezieht, in eine Gesellschaft entwickelt, die auf Dienstleistungsproduktivität aufgebaut ist.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wo ist denn da der Unterschied? - Lachen und Zurufe von der CDU)

- Das ist kein Unfug. Das ist überhaupt nicht registriert worden. Früher haben wir das Bruttosozialprodukt durch der Hände Arbeit erwirtschaftet, jetzt gibt es eine Wende dahin, daß das Bruttosozialprodukt in erster Linie aus Dienstleistungen erwirtschaftet wird.

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

- Das wissen Sie ganz genau. Es nützt überhaupt nichts, daß Sie darüber höhnen und spotten. Es müßte aber in der Regierung eine Wende dahin geben, daß die Belastung der Arbeitseinkommen durch Steuern heruntergefahren wird. Das ist gar

keine Frage. So eine Initiative ist in Bonn aber nicht zu erkennen. Da nützt es auch nichts, daß Sie darüber hämen und lachen.

(Beifall des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Zurufe von der CDU)

Ich möchte auf die Auswirkungen der sogenannten „Blüm-Milliarde“ auf die **Arbeitslosigkeit** zu sprechen kommen. Der Entwurf des Bundes hielt eine Aufstockung des Etats um 6,4 Milliarden DM für notwendig, aber die Bundesregierung scheint auf ihre eigenen Experten auch nicht mehr zu hören. Statt dessen kommt zu den Kürzungen, die das Arbeitsförderungsreformgesetz ohnehin schon vorgesehen hat, eine weitere Kürzung um 1 Milliarde DM hinzu. Die Kürzungen sind nach wie vor ungerecht verteilt und lassen kein Konzept erkennen. Geschont wird der Bereich der Forschung und Wissenschaft. Die Technik- und Forschungsgläubigkeit der Bonner Koalition scheint unendlich tief zu sein. Ebenso werden die Maastricht-Kriterien als oberstes Gebot für alles Handeln angewandt, ohne zu berücksichtigen, daß wir Europa zwar wollen - an Europa führt kein Weg vorbei -, daß diese Gemeinschaft aber ein Europa des sozialen und ökologischen Fortschritts sein muß und nicht ein Europa der Ausgrenzung und der fortschreitenden Armut und Arbeitslosigkeit.

Investitionen in die **aktive Arbeitsmarktpolitik** rechnen sich auf längere Sicht. Die Schaffung von 100 000 neuen Arbeitsplätzen würde eine Entlastung für den Haushalt von 3 Milliarden DM bedeuten. Aber in Bonn kann man noch nicht einmal rechnen.

Der Bund zieht sich mit dem **Arbeitsförderungsreformgesetz** aus seiner Verantwortung vollends zurück. Das Tarifsystem wird ausgehöhlt und führt zu Wettbewerbsverzerrungen. Die Arbeitslosenhilfe wird um 3 % gekürzt, das Arbeitslosengeld gedeckelt. Was das im einzelnen bedeutet und wie sich das auf die einzelnen Bürger auswirkt, können Sie gar nicht ermessen, weil Sie den Boden unter den Füßen längst verloren haben. Das sage ich ganz deutlich in Ihre Richtung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD - Zurufe von CDU und F.D.P.)

Ich möchte nur auf den arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkt näher eingehen. Ich lasse den ganzen Bereich der notwendigen Gesundheitsvorsorge für die Gesellschaft weg. Unter arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten vernichtet die dritte Stufe der **Gesundheitsreform** massiv **Arbeitsplätze**, ganz besonders in Schleswig-Holstein. Es muß davon ausgegangen werden, daß ganze Berufszweige in ihrem Fortbestand bedroht sind. Dazu zählt der Beruf des Krankengymnasten, des Ergotherapeuten, des Physiotherapeuten und des Masseurs. Sie sind in ihrer Existenz massiv bedroht. Das sind nur die Auswirkungen der arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkte, die die Gesundheitsvorsorgegesichtspunkte lasse ich noch außen vor. Es gibt bereits Stimmen in dieser Gesellschaft, die ganz klar sagen, man versuche, die Zahl der Rentner zu verkleinern - deshalb werde das Gesundheitssystem angegriffen -, nämlich die Lebenszeit zu verkürzen. So etwas ist mir erzählt worden. Ich gebe Ihnen das hier nur wieder, damit Sie merken, mit was für Meinungen Sie es in der Bevölkerung zu tun haben.

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Sie schüren ja solche Ängste!)

Ich glaube, wir sollten uns solchen Ängsten nicht verschließen, sondern sie viel ernster nehmen als bisher, vor allem wenn wir uns anmaßen, von christlicher Arbeitnehmerschaft zu reden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zur Gesundheitsvorsorge möchte ich noch sagen, daß bundesweit 160 000 Arbeitsplätze in der ambulanten Krankenpflege bedroht sind, in Schleswig-Holstein sind ganze Orte von der Schließung von Kurbetrieben und Einrichtungen betroffen. 25 000 neue Stellen konnten bisher geschaffen werden. Diese Stellen sind in Schleswig-Holstein in Gefahr. Das bitte ich Sie zu bedenken.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Abgeordnete, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Irene Fröhlich** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ich werde gleich zum Schluß kommen. - Das Land bemüht sich mit dem Programm „Arbeit für Schleswig-Holstein“ eine Art Netz zu spannen, in dem es unter anderem um zusätzliche berufliche Qualifizierung geht. Das wollen wir unterstützen und fördern, aber das wird aus Bonn erschwert.

Wir werden das Steuer hier in Schleswig-Holstein nicht allein herumreißen können. Deshalb bitte ich Sie ganz herzlich, von Ihrer Arroganz abzulassen und sich ernsthaft um die soziale Landschaft in diesem Lande zu bemühen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Um eventuellen Irritationen vorzubeugen, möchte ich klarstellen, daß es sich bei diesem Blatt, das ich vor mir habe, nicht um ein Konzept handelt. Ich habe hier vielmehr einige Presseartikel, aus denen ich zitieren möchte.

Torsten Geerds hat gesagt, die Diskussion heute sei überflüssig. Das ist sehr vorsichtig ausgedrückt. Ich finde, diese Diskussion heute ist schädlich. Das hat sich gezeigt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir können uns doch nicht in jeder zweiten Landtagssitzung hier hinstellen und ein Ritual abhalten, bei dem es darum geht, **Auswirkungen auf Schleswig-Holstein** von irgendwelchen Sachen, die in **Bonn** gelaufen sind, zu diskutieren.

(Zuruf der Abgeordneten Ute Erdsiek-Rave [SPD])

Das handeln wir in Fünf-Minuten-Beiträgen ab, Frau Erdsiek-Rave, wobei wir uns gegenseitig irgendwelche Dinge an den Kopf werfen, ohne das Problem wirklich zu nennen, ohne irgendwelche Vorschläge darüber zu machen, was passieren muß.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Frau Fröhlich schürt auf diese Art und Weise die Ängste der Bevölkerung.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nur etwas wiedergegeben!)

- Ich muß mich jetzt zurückhalten, Frau Fröhlich, aber ich verstehe überhaupt nicht, daß Sie von der **Dienstleistungsgesellschaft** erzählen und das irgendwie mit Arbeitsmarktpolitik verbinden. Der Wandel zur Dienstleistungsgesellschaft hat bereits stattgefunden. Frau Fröhlich, Dienstleistung ist übrigens auch Arbeit - ich weiß nicht, ob Sie das noch nicht begriffen haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist sicherlich bedauerlich - das will ich an dieser Stelle deutlich sagen -, daß wir uns in einer Situation befinden, in der in dieser Weise gespart werden muß. Es ist außerordentlich bedauerlich, daß überhaupt gespart werden muß. Ich würde lieber in einer anderen Zeit Politik machen. Aber auch hier im Lande muß gespart werden. Sie tun doch hier genau dasselbe, was in Bonn auch gemacht wird.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Ich habe gesagt, diese Diskussion sei schädlich, genau deswegen, weil keine Vorschläge gemacht werden, um die Situation zu verändern. Was passiert denn hier im Lande? Wir kommen heute nachmittag wahrscheinlich noch auf das Thema Marinestützpunkt zu sprechen, bei dem es um 600 Arbeitsplätze geht. Wir werden auch mit Sicherheit noch auf die Frage kommen, was mit den Werften in Schleswig-Holstein passiert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was ist mit der DST?)

- Die DST will ich hier gar nicht ansprechen. Es gibt so viele Probleme, die uns in Schleswig-Holstein direkt betreffen, auf die wir Antworten finden müssen. Es besteht aber nicht die Notwendigkeit, Aktuelle Stunden zur allgemeinen Situation abzuhalten.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: 25 000 Arbeitsplätze im Gesundheitsbereich sind betroffen!)

Ich möchte noch klarstellen: Das Hauptproblem, das wir haben, ist die **Arbeitslosigkeit** - und ich habe immer gedacht, in diesem Punkt sind wir uns einig. Dieser Gesichtspunkt geht hier immer wieder verloren. Arbeitsplätze müssen geschaffen werden, das ist das Problem.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Dazu möchte ich Ihnen vortragen, was der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Herr Jagoda, vor einigen Tagen in RSH gesagt hat. Er ist gefragt worden - Sie erlauben, Herr Präsident, daß ich zitiere -:

„Welche Möglichkeiten gibt es denn jetzt eigentlich noch, auch angesichts der neuen Sparpläne aus Bonn? Wie groß ist da der Handlungsspielraum für die Zukunft?“

Er hat geantwortet:

„Ich möchte davor warnen zu glauben, daß man mit noch so großen Zuschüssen aus Bonn die Arbeitslosigkeit bekämpfen kann und daß es dann keine mehr gibt. Wir müssen uns in den Köpfen ändern. Wir müssen wieder an den Standort Deutschland glauben, das ist uns verlorengegangen.“

- Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zurufe von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Meine Herren! Meine Damen! Ich weiß im Grunde genommen nicht, um die wievielte Sparrunde es sich bei dieser Debatte handelt. Dabei ist es die Bonner Politik, mit der wir uns auseinandersetzen müssen; denn **Sparpolitik** und Steuerpolitik sind Bundespolitik.

Anfang des Jahres ging es aus bundespolitischer Sicht um ein Bündnis für Arbeit. Ich weiß noch, wie das war. Wir waren recht optimistisch und meinten, man habe damit einen Weg gefunden, Sparpolitik und Arbeitsmarktpolitik miteinander zu verknüpfen. Es gab ein Konzept. Aber wie viele von uns können sich jetzt noch daran erinnern, worum es Anfang des Jahres im Grunde genommen ging?

Statt dessen merken wir auf allen Ebenen ausgesprochene Kreativität in Sachen **Einsparung**. „Auf allen Ebenen“ heißt, daß man sich in Städten überlegt, für leerstehende Läden, von Bettlern und Kinderlosen Rentenbeiträge einzutreiben, ohne daß man die Situation der Familien mit Kindern verbessert hätte, was ja vom Bundesverfassungsgericht verlangt worden ist. Man flickt herum. Man hat keinen Überblick. Man hat kein Konzept.

Was wir jetzt von seiten des Bundesarbeitsministeriums zu hören bekommen, hat wenig mit Ankurbeln der Wirtschaft oder aktiver **Arbeitsmarktpolitik** zu tun. Sie wissen selbst die Fakten. Laut „Spiegel“ kann die Bundesanstalt für Arbeit im Frühjahr 1997 keine neuen Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und keine Kurse mehr bezahlen. Das heißt, rund 80 000 Menschen würden bei ihrer Arbeitslosigkeit Unterstützung bekommen. Das trifft natürlich auch Schleswig-Holstein. Denn gerade Kurse, ABM-Stellen und Qualifizierungsmöglichkeiten sollen dazu dienen, Menschen aus der Arbeitslosigkeit herauszuhelfen. Wir wissen, daß Qualifizierung ein Weg ist. Wenn die Mittel nicht da sind, ist den Menschen dieser Weg verbaut. Das ist kontraproduktiv.

Sparen schafft neue Probleme und verschärft sie. Immer mehr Menschen geraten damit in die Sozialhilfe. Wie schon oft gesagt worden ist, entlastet sich damit der Bund auf Kosten der Länder und Gemeinden, indem er mit solchen Sparvorschlägen kommt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie schlecht es um die Haushalte der **Kreise** und **Gemeinden** steht, hat die Pressekonferenz des Landkreistages letzte Woche gezeigt. Eine Hauptursache der schlechten Haushaltssituation der Kreise und Gemeinden sind die steigenden

**Sozialkosten.** Also auch da haben wir es wieder mit der Bundespolitik zu tun; denn damit hängt die Steuerpolitik hier im Lande zusammen.

Zu Recht wird von Menschen immer mehr die Frage gestellt: Wohin soll das führen? Im Hinblick auf den **Sparzwang** durch die **Maastricht-Kriterien** fragen die Menschen: Was habe ich denn davon? Wie sieht meine Zukunft aus? - Maastricht ist ein abstraktes Ziel. Die Menschen verstehen nicht, wieso sie einsparen müssen, wieso Kürzungen aufgrund des Ziels auf sie zukommen, daß diese Kriterien eingehalten werden müssen.

Es wird die These vorgebetet, daß alles gut werde, wenn wir eine **Steuerreform** bekommen, wenn Steuererleichterungen eintreten, wenn die Vermögensteuer abgeschafft wird. Gleichzeitig erfahren wir aber aus der Presse, daß die Rentenbeiträge von 19,2 auf 20,3 % steigen sollen. Das ist doch eine indirekte Steuererhöhung für Arbeitnehmer; so muß man das formulieren.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Gleichzeitig steigen die Lohnnebenkosten für die Arbeitgeber. Das ist doch kontraproduktiv. Die eine Hand weiß anscheinend nicht, was die andere tut. Gleichzeitig haben wir Nebenkriegsschauplätze, auf denen diskutiert wird, ob der Solidaritätszuschlag heute oder morgen oder überhaupt nicht gesenkt werden soll. Was ist das für eine Diskussion! Konzeptlosigkeit allemal!

Keiner von uns hat Patentrezepte. Aber Löcherstopfen ist kein **Konzept**.

(Beifall bei der SPD)

Gefragt ist also, wie wir mit vernünftigen Überlegungen weiterkommen. Das muß jetzt doch das Ziel sein.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Konzepte sind gefragt, Herr Kubicki, und nicht Löcherstopfen. Es geht um Konzepte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Oktoberzahl lautet 3 866 800.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Für Schleswig-Holstein?)

Das ist keine Nummer aus einem Glücksspiel, sondern die Zahl der arbeitslosen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland, die gezwungen sind, als Statisten in einem politischen Trauerspiel mitzuspielen.

Die **Arbeitslosenquote** ist binnen Jahresfrist von 9,2 auf 10,1 % gestiegen. In Schleswig-Holstein liegen wir mit 9,8 % deutlich unter dem Durchschnitt der alten Bundesländer, auch deshalb, weil wir trotz aller Kürzungen unsere eigene Arbeitsmarktpolitik forcieren, wenn wir natürlich auch nicht alles kompensieren können, was vom Bund kassiert wird.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Prognosen** von Wirtschafts- und Arbeitsmarktfachleuten lauten übereinstimmend: Für 1997 ist keine Besserung zu erwarten. Dies gilt unabhängig von konjunkturellen Entwicklungen. Es heißt, daß eher eine Verschlechterung, eine Verschärfung zu erwarten sei.

Viele Millionen Menschen sind direkt oder indirekt von **Arbeitslosigkeit** betroffen. Wenn wir die Familien mitzählen, kommen wir in Schleswig-Holstein auf mehrere hunderttausend. Daran hängen all die sozialen und psychischen Folgen, die wir hier schon oft debattiert haben. Aber noch viel mehr Menschen fühlen sich direkt oder indirekt vom Risiko der Arbeitslosigkeit bedroht. Auch dies hat schon soziale und psychische Folgen. Diese Bedrohung verschärft sich aktuell - darauf ist schon hingewiesen worden - durch die drohenden **Entwicklungen im Reha- und Gesundheitssektor**. Wir haben schon einmal

gesagt: Es sind mindestens 2000 Arbeitsplätze direkt gefährdet.

Wenn die dritte Stufe der Gesundheitsreform wirklich gezündet wird, dann fliegt uns in Schleswig-Holstein ziemlich viel um die Ohren, angefangen bei den Versorgungsstrukturen hin zu den Arbeitsplätzen in diesem bisher halbwegs stabilen Sektor.

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:  
Das kennen wir ja alles!)

- Sie sagen: Wir kennen das alles! Dann helfen Sie doch, etwas dagegen zu tun, Frau Aschmoneit-Lücke!

(Beifall bei der SPD)

Bleiben wir bei dem bereits eingetretenen Schaden durch die Finanz- und Arbeitsmarktpolitik der Bundesregierung. Denn der sprengt eigentlich schon einen Fünf-Minuten-Beitrag. Da gebe ich Frau Aschmoneit-Lücke recht: In solchen Beiträgen können wir dem Gesamtproblem nur schwer gerecht werden.

Lassen Sie mich wenige Zahlen nennen. Die Spargesetze seit 1995 haben nur aus der **Arbeitsmarktpolitik** sage und schreibe 28,6 Milliarden DM herausgezogen. Die Folge: Der Anteil der aktiven Arbeitsmarktpolitik ist von 46 %, die wir 1991 noch hatten, im Jahr 1996 auf 30,5 % gesunken. Wie sparsam das unter dem Strich ist, können Sie erkennen, wenn Sie die Kosten der Arbeitslosigkeit vergleichen, die 1996 160 Milliarden DM betragen werden, während sie 1995 nur 142,5 Milliarden DM betragen. Das sind Milliardenkosten zu Lasten einer aktiven Arbeitsmarktpolitik, zu Lasten der Länder und Kommunen, auch zu Lasten der Sozialversicherung, der Beiträge und damit der Lohnnebenkosten.

Standen 1991 im Westen 100 arbeitslosen Menschen noch 30 geförderte Personen gegenüber, werden es 1996 noch ganze 19 sein. Bei der Förderung der **beruflichen Weiterbildung** haben wir seit 1991 einen Rückgang um 20 %. Dabei wäre das das Kernstück präventiver Arbeitsmarktpolitik und müßte verstärkt werden.

(Beifall bei der SPD)

Die Zahlen für Schleswig-Holstein sagen, daß unsere Arbeitsverwaltung, mit der wir sehr gut zusammenarbeiten, gezwungen war, in dieser Zeit einen Rückgang von 30 % bei F und U und bei AB-Maßnahmen gar von 60 % hinzunehmen.

Auch wenn niemand behauptet, den Arbeitsmarkt allein mit Arbeitsmarktpolitik sanieren zu können, so sind diese prozyklischen Kürzungen nichts anderes als eine Verhöhnung der Arbeitslosen, vor allem wenn der Kanzler immer von der Halbierung der Arbeitslosigkeit spricht.

(Ursula Kähler [SPD]: Jeden Monat müßte er vorgeführt werden!)

Mit dem sogenannten **Arbeitsförderungsreformgesetz** sollen nun weitere 17 Milliarden DM bis zum Jahre 2000 eingespart werden, und zwar zusätzlich zu den genannten fast 30 Milliarden DM. Diesen Amoklauf glaube ich dem Kanzler eher als die Halbierung der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Norbert Blüm, der ja immer so klein und niedlich ist und den man manchmal bedauert,

(Konrad Nabel [SPD]: Wirklich nicht!)

hilft dieses Gesetz ungemein, wie er in der Aktuellen Stunde des Bundestages gesagt hat. Denn diese Einsparmilliarde, über die wir heute reden, die Waigel diktiert, ist sicher viel leichter zu erbringen, wenn man sowieso schon nach dem neuen Arbeitsförderungsreformgesetz 2,1 Milliarden DM bei der Bundesanstalt für Arbeit und 1,7 Milliarden DM bei den AB-Maßnahmen einsparen muß. Dann kommt es auf die eine Milliarde auch nicht mehr an. Das macht dann ja nur noch 40 000 Maßnahmen weniger im Bereich beruflicher Weiterbildung.

Was heißt das für Schleswig-Holstein? Das läßt sich in fünf Punkten kurz zusammenfassen:

Erstens. Es wird mehr Arbeitslose geben.

Zweitens. Es wird weniger Möglichkeiten geben, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohte

Menschen durch Qualifizierung eine Chance für den ersten Arbeitsmarkt zu geben.

Drittens. Die Zahl der Langzeitarbeitslosen wird weiter steigen.

Viertens. Der finanzielle Beitrag des Landes und der Kommunen bei der Sozialhilfe wird weiter wachsen und wird unsere gemeinsamen Anstrengungen weiter einschränken.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Ministerin, bitte kommen Sie zum Schluß.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Fünftens. Die fehlenden Mittel werden das Angebot der Bildungs- und Beschäftigungsträger weiter ausdünnen.

Meine Damen und Herren, wir geben trotzdem nicht auf.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sehr schön!)

Wir unterstützen den Präsidenten der **Bundesanstalt für Arbeit**, der 9 Milliarden DM als Bundeszuschuß in seinem Haushalt eingestellt hat, und wenn Sie, Frau Aschmoneit-Lücke, dann auch Herrn Jagoda an dieser Stelle gegen die Bundesregierung unterstützen, dann wären wir ein Stück weiter.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Schroedter.

**Rolf Schroedter** [SPD]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wer die Diskussion hier als überflüssiges Ritual bezeichnet,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen wir!)

dem halte ich entgegen: Ein Blick auf die beiden Punkte der heutigen Aktuellen Stunde

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Beide peinlich!)

mit beiden Autorenschaften zeigt, wem in diesem Landtag und wem in diesem Lande was wichtig ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Weniger könnte heute mehr sein!)

Uns Sozialdemokraten jedenfalls brennt es auf den Nägeln, wenn **Arbeitslose**, weil die Landschaft der Qualifikation ausgedünnt wird, immer weniger **Chancen** haben, wieder in Arbeit zu kommen - und das in einem Land, das sich als ein Land von Innovation und Qualifikation darstellt!

(Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

Und wenn im Jahre 1997 unter Einschluß der „Blüm-Milliarde“ die Anzahl der Neueintritte in berufliche Bildung, Fortbildung und Umschulung im Lande Schleswig-Holstein halbiert wird,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Haben wir schon gehört!)

dann ist das ein Problem, über das wir reden und das wir benennen müssen. Das ist nicht überflüssig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber dann sagen Sie auch, woher die vier Milliarden DM kommen sollen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es sind nicht nur die Betroffenen, sondern es ist auch die Trägerlandschaft, und es sind die Arbeitsplätze, die es dort gibt, in Gefahr. Bei den verschiedenen **Trägern** gehen **Arbeitsplätze** verloren, und das sind nicht Arbeitsplätze, die überflüssig sind und einer Umstrukturierung anheimfallen können, sondern es sind Arbeitsplätze, auf die wir angewiesen sind.

Der Vorsitzende der schleswig-holsteinischen Unternehmer, Herr Driftmann, hat am letzten

Wochenende auf einem CDU-Kreisparteitag in Kiel wörtlich erklärt:

„Gut ausgebildete Arbeitskräfte, das Humankapital, sind für Unternehmer der Standortfaktor, der sie veranlaßt, zu investieren.“

(Beifall bei der CDU - Anhaltende Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] und Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Weil das so ist, muß der Bereich der **Qualifizierung** gestärkt werden. - Herr Klug, schauen Sie einmal zwei Kilometer Luftlinie weiter.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen wir ja!)

Schauen Sie sich an, was da passiert. Da haben wir die **Wirtschaftsakademie**, einen Träger der beruflichen Fortbildung und Umschulung der Industrie- und Handelskammern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sie haben den Anbau fertiggestellt!)

Die haben round about 250 feste Arbeitsplätze an verschiedenen Standorten. Die werden schon ohne diese „Blüm-Milliarde“ vielleicht 10 % oder 20 % dieser Arbeitsplätze abbauen müssen.

Wir haben vor zwei Wochen einen Campus Berufliche Bildung mit einem erheblichen Landeszuschuß eingeweiht. Die Seminarverschickung wird sich verengen, und da müssen wir doch gemeinsam aufpassen, daß keine Investitionsruine entsteht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: An der Universität?)

Wir haben ganz innovativ einen Kurs „Wirtschaftsreferent für Sozialwesen“ aufgelegt. Die Vermittlungsquote nach dem ersten Jahr lag bei 65 % der vorher arbeitslosen Kursteilnehmer. Jetzt ist das zu Ende; das heißt, der Kurs wird nicht weitergeführt. Das bedeutet für 20 bis 25 Leute, die die Chance gehabt hätten, über diesen Kurs aus der Arbeitslosigkeit herauszukommen, weiter arbeitslos zu bleiben. Die Chance ist weg, Tabula rasa.

(Zurufe von der CDU)

Und die Umschulung für Frauen, der Kurs „Kauffrau für Bürokommunikation“ -

(Zuruf von der CDU: Durch die Teilzeitperspektive dabei werden doch nur Arbeitsplätze vernichtet!)

all dies wird verengt und abgebaut!

Oder sehen wir uns die **Altenpflege** an. Die Arbeitsverwaltung schiebt glücklicherweise 7 Millionen DM in das, was wir im Bereich der Altenpflegeausbildung machen wollen. Die Landesregierung hat im Haushaltsentwurf 1997 eine Erhöhung vorgesehen, weil beinahe alle, die diese Ausbildung durchlaufen, anschließend einen festen Arbeitsplatz bekommen. Hier wird ganz deutlich sichtbar, daß die Träger, angefangen vom Deutschen Roten Kreuz bis hin zur Arbeiterwohlfahrt, nicht nur bei den Teilnehmern, sondern auch bei den festen Arbeitsplätzen reduzieren müssen. Einer der Träger hat in den letzten Tagen gesagt, wir werden wahrscheinlich das Arbeitsgericht von innen in den nächsten Wochen besser kennenlernen, als das, was wir sonst kennen.

Das **Berufsbildungswerk** sagt beispielsweise ganz offen: Auch wir müssen Arbeitsplätze abbauen und werden uns aus der Fläche zurückziehen. Die Einrichtung in Preetz ist schon geschlossen, und dies alles ohne die „Blüm-Milliarde“. Das heißt, schon ohne die „Blüm-Milliarde“ sind 20 % der Plätze abgebaut worden. Dies ist ein Punkt, an dem wir alle gemeinsam gucken müssen, daß jeder an seinem Platz dem entgegenwirkt, und der Platz der Oppositionsfraktion hier im Hohen Haus ist ja, Teil der Regierungsfraktion in Bonn zu sein.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So ein Unsinn!)

Wir alle müssen sehen, ob wir nicht im Vermittlungsausschuß Schaden für unser Land abwenden können.

(Beifall bei SPD und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Es ist ganz wichtig - das hat ein bißchen mit dem Thema Ritual zu tun -, daß wir als Landtag nicht in die Rolle des Chors der antiken Tragödie verfallen, der das Unheil heraufziehen sieht, der alles beschreiben, aber nichts verändern kann. Wir können, wenn wir vernünftig sind, gemeinsam etwas für den **Standort Schleswig-Holstein** im Vermittlungsausschuß erreichen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn? Machen Sie doch einen Vorschlag!)

Ich weise noch einmal auf die Äußerung des Präsidenten des Unternehmerverbandes hin: Wir müssen Schaden für den Standort Deutschland verhindern!

(Beifall bei SPD und BÜNDIS 90/DIE GRÜNEN - Glocke des Präsidenten - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist in der Tat eine Peinlichkeit, sich das anzuhören!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Kayenburg.

**Martin Kayenburg [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Schroedter, wir mögen die Kürzungen ja gemeinsam bedauern, aber wir sollten die Argumente wenigstens so wählen, daß sie auch treffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]. So ist es! - Beifall des Abgeordneten Thorsten Geißler [CDU])

Erstens. Herrn Driftmann in diesem Zusammenhang zu zitieren, ist sachlich völlig falsch. Es ging um die **Berufsausbildung** und nicht um die Ausbildung, die mit Mitteln aus dem Bundeshaushalt des Arbeitsministers gefördert wird.

(Widerspruch bei der SPD)

Zweitens. Wenn Sie hier die **WAK** oder andere zitieren, ist festzustellen, daß es unabhängig von den Kürzungen schon jetzt einen Rückgang gibt. Das bedeutet: Die Nachfrage ist nicht da.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich! - Widerspruch bei der SPD)

Es geht nicht darum, hier ein zusätzliches Angebot für eine nicht vorhandene Nachfrage zu machen.

(Konrad Nabel [SPD]: Unglaublich!)

Warum schließt denn das BFW, und warum schließen andere ihre Ausbildungseinrichtungen?

Drittens. Wenn Sie hier lamentieren, daß im zweiten Arbeitsmarkt feste Arbeitsplätze wegfielen, sind Sie auf dem falschen Weg. Es kann nicht darum gehen, im zweiten **Arbeitsmarkt** zusätzliche feste Arbeitsplätze zu schaffen. Das ist eine Fehlentwicklung.

(Beifall bei der CDU)

Wir brauchen die Arbeitsplätze im ersten Arbeitsmarkt.

Viertens. Sie bedauern, daß die **Beschäftigungsgesellschaften** mit ihren festangestellten Geschäftsführern wegfallen. Das geht jedoch nach unserer Meinung in die richtige Richtung; es ist keine Fehlentwicklung; denn es kann doch nicht darum gehen, einen zweiten Arbeitsmarkt für die Zukunft in Schleswig-Holstein zementieren und damit zu verhindern, daß im ersten Arbeitsmarkt zusätzliche 15 000 Arbeitsplätze entstehen. Herr Geerdts hat bereits darauf hingewiesen, wie das möglich ist. Insofern ist Ihre Argumentation falsch. Das bedeutet aber nicht, daß wir nicht gemeinsam bedauern, daß es Kürzungen im Gesamthaushalt gibt.

(Beifall bei der CDU - Ursula Kähler [SPD]: Wenn das so einfach ist, warum tun Sie dann nicht - -!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Weitere Wortmeldungen zu dem von der SPD-Fraktion beantragten Thema liegen nicht vor.

Ich rufe jetzt den **zweiten Gegenstand der Aktuellen Stunde** auf: „Drogenpolitik der Landesregierung“. Es ist ein Antrag der Fraktion der CDU.

Das Wort hat der Herr Oppositionsführer Dr. Hennig.

**Dr. Ottfried Hennig** [CDU]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Mir ist heute morgen eine Allensbach-Umfrage neuesten Datums in die Hand gekommen, wo gefragt wird: „Müssen Rauschgifthändler viel härter bestraft werden?“ Darauf sagen 86 % unserer Bevölkerung: „Ja, das müßte so sein.“ Und auf die Frage „Sollte man weiche Drogen wie Haschisch ruhig erlauben?“ sagen 7 % unserer Bevölkerung: „Ja, das sollte so sein.“ Ich glaube, das ist ein sehr eindeutiges Urteil, wie unsere Bevölkerung über das denkt, was unsere Landesregierung gestern im Kabinett beschlossen hat.

(Beifall bei der CDU)

Nun haben Sie plötzlich Angst vor der eigenen Courage bekommen und versuchen ein Schwarzer-Peter-Spiel wiederum mit dem Bund, der Bundesebene, hier mit dem Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte. Jetzt stükkeln Sie Ihren Antrag auf Einführung eines **Modellversuchs zur Legalisierung von Haschisch**, damit das ganze Ausmaß Ihres unsinnigen, rechtspolitisch gefährlichen und moralisch verwerflichen Vorhabens vertuscht wird. Das nenne ich im Kern heuchlerisch und unehrlich.

(Beifall bei der CDU)

Seit einem Jahr berät nun eine **interministerielle Kommission**, eine Arbeitsgruppe, wie das Ziel der Gesundheitsministerin praktisch umzusetzen ist. Dafür wären nun wirklich keine teuren Expertengutachten notwendig gewesen, um auf das Problem zu kommen, das unserem Land nun bundesweit so negative Schlagzeilen bringt. Denn es ist doch ganz klar: Wer Haschisch legal verkaufen will, der muß es auch legal beschaffen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr logisch!)

An diesem Problem fahren Sie sich jetzt fest.

Diese im Kern ebenso einfache wie gefährliche Logik macht Ihnen, Frau Simonis, jetzt so gewaltig zu schaffen, daß Sie mit aller Macht zurückrudern, jedenfalls teilweise. Sie machen damit sich und unser Land lächerlich. Schleswig-Holstein ist wieder einmal in aller Munde, und dies nicht etwa mit positiven Botschaften wie zum Beispiel mit der Beschaffung neuer Arbeitsplätze. Nein, Sie verantworten das Bild eines Landes, dessen Regierung zugegebenermaßen mit Haschisch handeln will und dessen rot-grünes Kabinett bisher nicht widerlegen konnte, daß es Rauschgift auch selbst herstellen oder - was kaum einen Unterschied macht - im staatlichen Auftrag produzieren lassen will.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Alles Dealer hier, Herr Hennig!)

- So weit würde ich nicht gehen, aber Sie begeben sich in der Tat in eine gefährliche Nachbarschaft. Das muß man schon sagen.

(Beifall bei der CDU)

Nun tut die Gesundheitsministerin so - die Gesundheitsministerin; man muß das ja immer wieder entsprechend betonen -,

(Meinhard Füllner [CDU]: Das ist fast zynisch!)

als hätte sie einen Auftrag dieser Bonner Konferenz. In Wahrheit ist das Ihre ureigenste Idee, Frau Ministerin, die Sie lange vor diesem angeblichen Auftrag ganz persönlich im Juli 1995 bereits öffentlich gemacht haben.

(Ministerin Heide Moser: Viel früher!)

Das war die Reihenfolge. Sie haben sich - um es korrekt darzustellen - also geradezu um den Auftrag für den Modellversuch beworben.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Tun Sie jetzt bitte nicht so, als handelten Sie, weil die anderen Länder es wollten. Das ist nicht der Ablauf der Dinge.

Aber jetzt stoßen Sie in der Tat an die **Grenzen der Legalität**. Was mich erschreckt, ist die Leichtigkeit, mit der Sie bereit sind, erneut Grundwerte unserer Gesellschaft - was die Bevölkerung davon denkt, habe ich Ihnen eingangs zitiert - einfach in Frage zu stellen. Als Gesundheitsministerin bekämpfen Sie zu Recht **Suchtgefahren**, die durch Alkohol, Nikotin oder auch durch Spielleidenschaft entstehen. Das ist eine notwendige Politik. Aber warum erleichtern Sie es dann gleichzeitig, oder wollen Sie dies zumindest tun? Jungen Menschen wollen Sie den Zugang zu einer neuen Sucht erleichtern, die auch gefährlich ist. Sie selbst haben heute morgen im RSH gesagt: „obwohl es auch nicht harmlos ist.“ Warum erleichtern Sie dann den Zugang zu diesen neuen Suchtgefahren, meine Damen und Herren von der Regierung,

(Beifall bei der CDU)

indem Sie, wie es im Koalitionsvertrag heißt, „verantwortlichen Umgang mit Genußmitteln“ freigeben?

(Beifall der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Beifall bei einer Abgeordneten der Grünen im Haus.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zwei!)

„Verantwortlicher Umgang mit Genußmitteln“ soll dies sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie nehmen damit eine Hemmschwelle weg, die bisher durch das **Strafgesetzbuch** gesetzt wurde. Wer Haschisch in Apotheken verkaufen lassen will, gibt dem Drogenkonsum den Anschein des Harmlosen, und das kann nach meinem Verständnis nicht das Ziel einer verantwortungsbewußten **Gesundheitspolitik** sein, die sich dem Wohl der Menschen verpflichtet hat.

(Beifall bei der CDU - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE

GRÜNEN]: Aber im Fernsehen Reklame für Alkohol machen!)

- Wir können über Reklame für Alkohol und Tabak sehr gern miteinander reden. Aber was ist das denn für eine Logik, daß Sie jetzt umgekehrt auch diesen Weg noch gehen wollen? Am Ende landen Sie dabei, Haschisch auch noch das Gütezeichen der Landwirtschaftskammer „Hergestellt und geprüft in Schleswig-Holstein“ verleihen zu wollen.

(Beifall bei der CDU)

Der Geschäftsführer der deutschen Hauptstelle gegen Suchtgefahren, wahrlich ein kompetenter Mann, hat sich gestern nach einer „dpa“-Meldung eindeutig gegen Ihren Modellversuch ausgesprochen. Für ihn ist es nicht nachweisbar, daß der Drogenkonsum durch kontrollierte Abgabe reduziert werden kann. „dpa“ zitiert den Hauptgeschäftsführer wörtlich: „Internationale Forschungen bestätigen, daß sich niedrige Preise und bessere Verfügbarkeit konsumsteigernd auswirken.“

Erkannt hat das auch der Berliner Oberstaatsanwalt Jürgen Fättkinhauer, der im „Hamburger Abendblatt“ vom 14. November 1996 die Legalisierung von Drogen „eine Argumentation von Anarchisten“ genannt und vor der Kapitulation vor dem Unrecht gewarnt hat.

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Herr Hennig, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Dr. Otfried Hennig [CDU]:**

Ich komme zum Schluß, Herr Präsident.

Sie haben bereits vor den sogenannten Bagatelldelikten wie dem Ladendiebstahl kapituliert, und Sie tun es jetzt vor den Drogenkartellen. Der Schaden sei schon eingetreten, sagt dieser Berliner Oberstaatsanwalt im „Hamburger Abendblatt“, der organisierte Kriminalität in der Bundeshauptstadt bekämpft. Die Botschaft, die von Schleswig-Holstein ausgehe, sagt er, heiße: „Die Droge ist frei.“

Weil dies nicht sein darf, fordere ich Sie auf: Stoppen Sie diesen Modellversuch. Ersparen Sie sich, uns und dem Land die Blamage, vom Bundesinstitut für Arzneimittel und Medizinprodukte abgewiesen zu werden. Es ist hohe Zeit, diesen Kurs zu korrigieren, meine Damen und Herren!

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Nabel.

**Konrad Nabel [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin es eigentlich leid, über dieses Thema immer auf die gleiche Art und Weise zu diskutieren.

(Meinhard Füllner [CDU]: Setzen!)

Seit Jahren die gleiche platte, populistische Art und Weise des Vorgehens, seit Jahren die gleichen - heute haben wir sie gerade eben wieder gehört - großen moralischen, aber völlig hohlen Worte, Herr Dr. Hennig, von der rechten Seite dieses Hauses! Weltmeister im Schlechtreden des Landes Schleswig-Holstein sind Sie. Ich denke da zum Beispiel an die Frage der wirtschaftlichen Entwicklung oder an die Frage der Verkehrsentwicklung. Es gibt da noch sehr viele andere Dinge.

(Klaus Schlie [CDU]: Aber Hasch wollen Sie verkaufen!)

Seit Jahren führen wir diese Diskussion, seit im März 1994 das **Bundesverfassungsgericht** erklärt hat, daß es strittig sei, ob „eine Verminderung des Cannabiskonsums eher durch die generalpräventive Wirkung des Strafrechts oder aber durch die Freigabe von Cannabis und eine davon erhoffte Trennung der Drogenmärkte erreicht“ wird. Das ist der Originaltext aus dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom März 1994. Es ist ja nicht irgendwer, der diesen Auftrag an die Politik erteilt hat,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist doch kein Auftrag! Sie haben ja keine Ahnung!)

sich darüber Gedanken zu machen, ob es andere Methoden als die strafrechtliche Bewehrung gibt, um hier mit dem Cannabis-Problem umzugehen.

Seit Frühjahr 1994 ist bekannt, daß Frau Moser als Gesundheitsministerin diesen durch das BVG-Urteil erteilten Spielraum nutzen will, um auszuprobieren, welche Notwendigkeiten gegeben sind, um einen **Modellversuch zur kontrollierten Abgabe von Cannabis** in Schleswig-Holstein durchzuführen. Dafür hat Frau Moser die Rückendeckung der Gesundheitsministerkonferenz bereits 1994 erhalten. Nach Vorstellung des Grundkonzepts im November 1995 - es ist also jetzt genau ein Jahr her - hat sie dann auch den **Auftrag dieser Gesundheitsministerkonferenz** erhalten.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Frau Bergmann-Pohl hat dies heute abgelehnt!)

- Herr Dr. Hennig, lesen Sie die Protokolle. Die sind ja nicht geheim, sondern veröffentlicht und in Pressemitteilungen niedergelegt. Der Auftrag an Frau Moser lautet, einen solchen Modellversuch durchzuführen.

Der Versuch muß auch vorbereitet werden, und zur Vorbereitung eines Modellversuchs mit wissenschaftlichem Charakter müssen Eckwerte feststehen, da müssen die Begleitumstände feststehen, da muß man sich Gedanken machen über Dauer, über Bezugsquellen, über Bezugsarten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ist das geschehen?)

über Verteilung, über regionale Einteilung. - Wie man mit Herrn Kubicki umgeht, müßte da eigentlich auch drinstehen.

Dies alles zu untersuchen, hat Frau Moser angekündigt, und es ist völlig unverständlich, wie Sie vor wenigen Wochen dieses laute Geschrei angestellt haben, als aus dem Landwirtschaftsministerium Berechnungen bekannt wurden, was das denn kosten würde, wenn man das in Eigenregie machte. Es gibt noch mehr solche Berechnungen, natürlich!

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Hört, hört!)

Und es gibt auch **wissenschaftliche Untersuchungen** - das ist auch natürlich -; die mußte Frau Moser in Auftrag geben, denn sonst kann sie diesen Modellversuch nicht mit dem nötigen Verantwortungsbewußtsein bei dem Bundesinstitut beantragen.

(Zurufe der CDU)

Dies alles ist bekannt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Es ist überhaupt nicht alles bekannt!)

Alles dies dient nicht der Verharmlosung, sondern dem verantwortlichen Umgang mit einem Stoff, einem Rauschmittel, einem Genußmittel, das ein Teil der Lebenswelt unserer Jugend ist,

(Zurufe und Widerspruch bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, das ist so! Sie sind Realitätsverweigerer!)

das an allen Ecken und Enden erhältlich ist, auch wenn sehr viele Menschen es überhaupt nicht haben wollen. Ich würde Sie zum Beispiel gar nicht dazu aufrufen; Sie würden das gar nicht vertragen.

(Klaus Schlie [CDU]: Sie müssen es ja wissen!)

Mit anderen Worten: Die **Jugendlichen** verfügen bereits über den Zugang zu Cannabis und machen sich im Grunde doch schon fast lustig darüber, daß wir uns diese Gedanken machen. Das Legalitätsprinzip, das Sie so gern als einen Grundwert hochhalten, ist doch nicht so stark im Bewußtsein der Menschen verankert, daß es dazu führte, daß der **Cannabiskonsum** eingestellt würde.

Sie, Herr Dr. Hennig, haben jetzt wieder das Spielchen angefangen „Mein Experte - dein Experte“, und die haben gesagt, wie gefährlich das ist. Ich könnte jetzt genauso Experten aufzählen, die erklären, wie deutlich die Grundannahmen, die seinerzeit bei der Schaffung des Betäubungsmittelgesetzes dazu dienten, Cannabis in das Gesetz aufzunehmen, danebenliegen; dafür gibt es auch eine Menge wissenschaftlicher Begutachtungen. Das könnte ich an dieser Stelle ebenfalls aufzählen, aber ich denke, das bringt jetzt nichts.

Es wäre notwendig, hier wie auch in anderen Fragen der Politik, die uns eigentlich viel mehr drängen - das hat Frau Moser vorhin zu Recht bereits gesagt - als dieses Problem, das aber trotzdem wichtig ist, -

(Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Kommen Sie bitte zum Schluß, Herr Abgeordneter Nabel!

**Konrad Nabel [SPD]:**

- ja, ich komme zum Schluß - die Grundlagen zu legen und nicht in ein so emotionales Geschrei auszubrechen, denn das nützt uns nicht und nützt der Akzeptanz der Politik im allgemeinen ebenfalls nicht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das war nun überhaupt kein Argument!)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

**Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich finde es schon interessant, wenn die CDU Meinungsumfragen zum Maßstab ihrer eigenen politischen Entscheidungen macht, wie es Herr Hennig vorhin schon angekündigt hat; ich bin gespannt, ob das auch geschieht, wenn es Meinungsumfragen zum Sozialabbau in der Bundesrepublik gibt. Das aber nur am Rande!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die **Drogenpolitik** wird im wesentlichen durch den **Bund** gemacht. Ich möchte an dieser Stelle feststellen: Es ist offenkundig, daß die bisherige Drogenpolitik gescheitert ist.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Opfer sind die Drogenabhängigen und die Bürgerinnen und Bürger, die durch die Folgen der Beschaffungskriminalität betroffen sind. Einziger Gewinner der bisherigen Drogenpolitik in diesem Lande ist die **Drogenmafia**. Das hat schon das Beispiel der USA mit der Prohibition in den dreißiger Jahren gezeigt. Einen Al Capone hätte es ohne die Prohibition nie gegeben, und die Verbrecherorganisationen, die damals entstanden sind, bestehen noch heute und prägen immer noch das Bild in den USA.

In der Drogenpolitik ist eine ehrliche Bilanz notwendig; das heißt zum Beispiel für Schleswig-Holstein in diesem ersten halben Jahr 29 Drogentote und eine Steigerung um zwei Drittel bei den Delikten im Zusammenhang mit harten Drogen - und dies trotz Verboten und trotz Präventionskampagnen.

(Zuruf von der CDU: Heißt das, daß Sie harte Drogen freigeben wollen?)

- Hören Sie weiter zu, dann erfahren Sie es. - Die drogenpolitische Diskussion muß anhand der **gesellschaftlichen Situation** geführt werden und nicht nur theoretisch. 50 000 bis 80 000 Menschen in diesem Lande konsumieren Cannabisprodukte, und nur 2,5 % davon nehmen auch härtere Drogen. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach der Glaubhaftigkeit von **Präventionspolitik**. Wie sollen Jugendliche diese noch ernst nehmen, wenn es jährlich 40 000 Alkoholtote in der Bundesrepublik gibt, aber noch keinen Haschisch-Toten? Prävention ist nur glaubhaft, wenn sie auch nachvollziehbar ist. Das zeigt sich insbesondere bei dem steigenden Konsum von Ecstasy. Wessen Warnungen nimmt man denn noch ernst, wenn nur irrationale Ängste geschürt werden? Der Joint ist ein Teufelswerk, das Oktoberfest mit seinen Bierleichen gesellschaftliches Großereignis. Das ist nicht nur irrational, das ist verlogen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Hätten denn die Horrorgemälde der CDU einen realistischen Hintergrund, dann müßten die halben

Niederlande im Rauschgiftnebel versinken, aber die eigenen Vorstellungen auf den Prüfstand der Realität zu stellen, ist wohl zuviel erwartet.

Die Landesregierung geht den Weg einer **rationalen Drogenpolitik**, wie ihn das BVG vorgegeben hat - nicht verharmlosen, aber auch nicht den Beelzebub an die Wand malen, entkriminalisieren, wo es möglich und wo es notwendig ist, mit dem Ziel, einen Weg aus der Sackgasse der bisherigen Drogenprävention zu finden. Erfolgreiche Methadon-Programme haben dafür ja auch schon einen Weg gezeigt, und sie stehen nach meinem Eindruck auch überhaupt nicht mehr zur Debatte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Dazu haben wir die SPD ja auch erst tragen müssen!)

Aber solange es möglich ist, mit illegalen Drogen Milliarden zu verdienen, solange es nicht gelingt, den kriminellen Sumpf auszutrocknen, so lange gibt es auch Leute, die ein Interesse an möglichst vielen Drogenabhängigen haben. Information, Prävention und Hilfeleistungen für Drogenabhängige sind notwendig, aber sie haben auch ihre Grenzen. Das hat die Realität einfach deutlich gezeigt. Sie wird aber nach meinem Eindruck in dieser Diskussion immer wieder vergessen.

Neue Lösungen und Wege in der Drogenpolitik müssen gesucht und gefunden werden. Es gibt da keine Patentlösungen, aber wer sich ernsthaft mit diesem Thema beschäftigt hat, muß wohl auch zugeben: So wie bisher geht es nicht mehr weiter.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Man muß sich hier auch eine prinzipielle Frage stellen. Es geht nicht darum, ob Hasch gefährlich oder weniger gefährlich ist, sondern dies ist eine prinzipielle Frage. Was ist denn schlimmer: Wenn der Staat Drogen kontrolliert abgibt und damit aktiv die Interessen der Drogenmafia bekämpft oder wenn er weitermacht wie bisher, Abstinenz zu fordern, die er nicht durchsetzen kann, Konsumenten und Drogenkranke zu kriminalisieren, Bürgerinnen und Bürger der Beschaffungskriminalität auszusetzen und der organisierten Kriminalität ihr wesentliches Betätigungsfeld zu überlassen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das macht er beim Diebstahl auch!)

Das ist die Frage, die sich stellt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Kubicki.

**Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte am Beginn meiner Ausführungen wirklich meiner Wut Ausdruck verleihen, daß es sich dieses Hohe Haus anmaßt - das sage ich jetzt ausdrücklich so deutlich -, diffizile Probleme wie die der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, der Haushaltskrisen oder auch so diffizile Probleme wie das der Bekämpfung der Drogensucht und der Drogenmafia in Aktuellen Stunden abzuhandeln.

(Beifall bei der F.D.P.)

Wer glaubt, daß diese Probleme in Fünf-Minuten-Beiträgen erfaßt werden können, tut sich selbst, tut aber auch der Bevölkerung dieses Landes keinen Gefallen. Das gilt sowohl für die Sozialdemokraten als auch für die Union dieses Hauses.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aber wir beteiligen uns!)

Die Ernsthaftigkeit wollen wir uns, Ottfried - wir haben hier ja lange Debatten darüber geführt, und es gibt unterschiedliche Auffassungen -, in der Diskussion wechselseitig nicht absprechen; es gibt gute Argumente in der einen wie in der anderen Richtung. Aber was ich dieser Landesregierung und in besonderer Weise auch der Sozial- und Gesundheitsministerin vorwerfe, ist der Dilettantismus, mit dem sie die drogenpolitische Diskussion um Jahre zurückwirft durch die Tatsache der Antragstellung beim Bundesinstitut für Arzneimittel zum jetzigen Zeitpunkt und in der jetzt gewählten Form. Sie werfen die Debatte um Jahre zurück - das werfe ich Ihnen vor -, weil Sie die Argumentation der Gutwilligen erschweren, denn die Aufnahmebereitschaft für die Argumentation,

die auch der Kollege Böttcher gebracht hat, differenziert zu fragen, wie wir denn die **Drogenmärkte** trennen können, wie wir die **Kriminalität** in diesem Bereich bekämpfen können, wie wir den Süchtigen helfen können, diese Aufnahmebereitschaft wird durch Ihre Aktion gesenkt und nicht gestärkt. Ich will versuchen, das zu begründen.

Sie streuen in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck - ich will jetzt sagen: das machen Sie bewußt, möglicherweise, um sich Ihrer eigenen Verantwortung zu entziehen, weil Sie sich ihr gar nicht stellen wollen -, das **Bundesverfassungsgericht** habe einen Auftrag an Sie erteilt, diesen Versuch durchzuführen. Das hat es mitnichten getan. Es hat gesagt: Es gibt von Verfassungen wegen keine Notwendigkeit, dem Gesetzgeber das eine oder das andere aufzuerlegen. Aber daß Sie im Auftrag des Bundesverfassungsgerichts tätig würden, ist eine so bodenlose Unverschämtheit, die ich heute morgen habe hören dürfen - als Ihre Meldung -, daß ich Ihnen sagen muß: Wer sich so aus der Verantwortung stiehlt, der hat eigentlich das Recht verwirkt zu sagen, er wolle etwas Positives bewirken.

(Beifall bei der CDU)

Das zweite: Sie geben jetzt nicht ein Konzept in die Öffentlichkeit, das Sie offensiv verteidigen, sondern Sie versuchen wiederum, sich aus der Verantwortung zu stehlen, indem Sie einfach sagen: Das geben wir an das Bundesinstitut weiter. Ich will wissen, wie der **Innenminister** die Polizeibeamten des Landes Schleswig-Holstein darauf vorbereitet, den Versuch, der in Schleswig-Holstein stattfindet, konzeptionell zu begleiten; ich will wissen, wie der **Justizminister** die Justiz dieses Landes darauf vorbereitet, den Versuch konzeptionell bei der Aburteilung von Straftaten und bei der Verfolgung von Straftaten in diesem Bereich zu begleiten.

Ich will wissen, wie der Versuch nach Auffassung der Landesregierung im einzelnen ablaufen soll. Stellen wir uns doch einmal vor, es käme ein Betreiber und sagte: Ich will ein Kernkraftwerk betreiben, aber nähere Angaben dazu mache ich nicht. Das wird der Minister in seinen Auflagen alles schon festlegen. - Wie peinlich, kann ich da nur sagen. Diese Peinlichkeit haben Sie zu verantworten, Frau Ministerin. Deshalb bin ich mit

Ihnen persönlich auch sehr böse. Sie helfen weder den Drogenabhängigen, noch helfen Sie der Diskussion weiter. Der Ansatz, daß Sie einen guten Willen haben, diesen aber mit falschen Mitteln umzusetzen versuchen, schlägt auf Sie zurück. Sie schaden der weiteren positiven **Entwicklung der Drogendiskussion** in diesem Lande, wie Sie an der öffentlichen Reaktion bereits jetzt feststellen können. Diesen **Schaden** haben Sie persönlich zu vertreten. Sie sind nicht mit einem Konzept an die Öffentlichkeit gegangen, sondern mit der Idee, daß eines entwickelt werden sollte, und zwar nicht von Ihnen, sondern von anderen. Das ist extrem peinlich.

(Zuruf des Abgeordneten Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Herr Böttcher, wir haben die Sozialdemokraten dieses Landes drogenpolitisch da hintragen müssen, wo sie jetzt sind. Wir haben sie da hintragen müssen, **Drogensatzprogramme** zu akzeptieren. Ich kann mich noch an Debatten in diesem Hause erinnern, Herr Nabel, als Günther Jansen hier stand und sagte: „Das kommt mit uns überhaupt nicht in Frage.“

(Beifall bei der F.D.P.)

Wir haben sie dahintragen müssen, daß sie Modellversuchen aus Hamburg zur Abgabe von Reinheroin zustimmen. Die SPD war zunächst dagegen.

(Matthias Böttcher [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was stand in Ihrer letzten Presseerklärung?)

- Lesen Sie die Presseerklärung doch einmal genau, Herr Böttcher! Da steht drin: Im Ziel sind wir uns einig; aber wir beteiligen uns nicht an dilettantischen Maßnahmen.

Ich sage noch einmal: Zu einem guten Ziel gehört auch eine gute Methode. Wenn Sie das nicht beherrschen, dann verlassen Sie die Regierungsbank, und überlassen Sie uns das Geschäft.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! Heute ist Buß- und Betttag, was meiner Meinung nach aber nicht dazu führen darf, daß wir das Thema Drogenpolitik als Glaubensfrage behandeln. Diese Zeit sollte vorbei sein. Gefragt sind Analysen, nüchterne Überlegungen und auch der Wille, eine echte **Bestandsaufnahme** zu machen. Zu einer solchen Bestandsaufnahme gehört, zur Kenntnis zu nehmen, daß wir uns in Sachen **Drogenpolitik**, als Verbotspolitik aufgefaßt, in einer Sackgasse befinden. Theorie und Praxis klaffen auseinander. Das heißt, daß auch die Glaubwürdigkeit in der Drogenpolitik heute ernsthaft in Frage gestellt wird. Man sollte sich mit jungen Menschen unterhalten. Da wird man das wortwörtlich hören.

Gefragt sind also neue Erkenntnisse. Gefragt sind **Modellversuche** und natürlich auch **Konzepte**. Zur Entwicklung eines Konzeptes gehört die Klärung der Frage: Wie kann man die Märkte trennen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja!)

Wie kann man weiche Drogen entkriminalisieren? Gefragt ist ja nicht das Strafrecht. Vielmehr geht es darum, wie man sozial- und gesundheitspolitische Überlegungen in den Mittelpunkt stellen kann.

Ich habe aus ganz anderen Gründen mehrfach Gelegenheit gehabt, mich mit der niederländischen Drogenpolitik zu beschäftigen. Als sich hier im letzten Jahr die erste Drogendiskussion auftat, wurde das in der niederländischen Zeitung „Volkskrant“ ausführlich kommentiert. Die Überschrift des Artikels lautete: „In Kiel gibt es mehr betrunkene Schweden als Junkies.“ Ich glaube, dieses Zitat stammte aus dem Sozialministerium. Aber das tut nichts zur Sache.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Tatsache ist, daß es eine Vereinfachung der Problemstellung ist, wenn wir sagen, daß ein Modellversuch, wie er gerade vom Kabinett

beschlossen worden ist, die gesamte Drogenszene in Bewegung setzen wird.

Es ist ja nicht einmal so, daß das Berliner Institut für Betäubungsmittel Haschisch als Einstiegsdroge betrachtet. Einstiegsdrogen sind Tabak und Alkohol. Wir hörten vorhin schon, daß jährlich mehr als 40 000 Menschen aufgrund von Alkoholschäden sterben.

Gefragt ist also eine Drogenpolitik, die glaubwürdig ist, die breit gefächert ist. Auch da kann man sich angucken, was man in den Niederlanden mit einer **liberalen Drogenpolitik** erreicht hat. Es ist ja nicht so, daß man da einfach alles zuläßt. Es geht um die Frage, wie man mit Sozialarbeit weiterkommen kann. Gefragt sind Suchtprävention und auch Erleichterungen für Schwerstabhängige. Auch da ist man in großen deutschen Städten - ich nenne nur einmal Frankfurt - viel weiter, als in dieser Diskussion heute deutlich wird.

Man kann auch philosophisch fragen: Was ist denn eigentlich Sucht? - Fernsehen ist normal, aber zuviel Fernsehen ist eine Sucht. Süßigkeiten essen ist normal, aber wenn man das immer tut, ist es eine Sucht. **Normalität** und **Sucht** sind Begriffe, mit denen wir uns durchaus einmal intensiver beschäftigen sollten. Gerade deshalb müssen wir sagen, daß nicht alle jungen Leute, die einmal Cannabis nehmen, süchtig sind. Daher müssen wir dafür sorgen, daß sie nicht mit anderen Stoffen in Berührung kommen. Darum müssen wir uns auf die wirklichen Probleme konzentrieren.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich meine, wir sollten diesem **Modellversuch** eine Chance geben. Ich bin nicht sicher, ob wir damit weiterkommen, wenn Cannabis in der Apotheke verkauft werden darf. Ich weiß nicht, ob junge Menschen - darum geht es ja insbesondere - diese Hemmschwelle überwinden werden. Man sollte vielleicht auch an andere Möglichkeiten denken. Aber es ist ein Schritt. Wir werden sehen, wenn wir mit diesem Modellversuch weitergekommen sind, was wir an neuen Erfahrungen gesammelt haben; dann müssen wir insgesamt Konzepte erarbeiten. Wir haben noch kein Konzept von seiten des Sozialministeriums gehört. Wir haben nur den Beschluß bekommen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Ich meine, das hängt mit der heutigen Aktuellen Stunde zusammen. Die CDU hat Wind davon bekommen, daß so etwas jetzt läuft. Es ist gesagt worden: „Das ist eine gute Geschichte; laßt uns das jetzt einmal breit diskutieren“, statt zu sagen: Wir fragen nach und nehmen uns Zeit zum Überlegen. - Ich bin sicher, daß das Sozialministerium noch nicht geplant hatte, diesen Beschluß jetzt zu fassen. Von daher ist das unglücklich gelaufen. Ich meine, wir alle sollten hier auf dem Teppich bleiben.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Tengler.

**Frauke Tengler [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Nabel ist es leid. - Damit gibt er zu, daß er dieses Thema nicht ernst nimmt und daß er die Sorgen und Ängste von Eltern und Lehrern mißachtet.

(Zuruf von der SPD: Wer schürt denn diese Ängste?)

Anke, du hast gesagt, die CDU hat Wind davon bekommen und gedacht, daß das ein gutes Thema ist. Nein, die CDU hat dieses Gutachten in die Hände bekommen und war entsetzt, und zwar nicht nur die CDU, sondern mit uns die Bevölkerung in Schleswig-Holstein.

(Beifall bei der CDU)

Ich denke, daß sich auch der Gesundheitsministerin bei der Lektüre des Gutachtens von Herrn Raschke die Nackenhaare gestäubt haben; denn nur so ist es zu erklären, daß in dem Kabinettsbeschluß von dem 23 000 DM teuren Gutachten mit seinen unsinnigen und abenteuerlichen Vorschlägen nur noch übriggeblieben ist, daß ein **Modellversuch** beantragt werden soll.

Dieses **Gutachten**, sehr verehrte Frau Ministerin, sowie Ihre **interministerielle Arbeitsgruppe**

hätten Sie sich schenken können. Die Ergebnisse sowohl des Gutachtens als auch der Arbeitsgruppe haben in Schleswig-Holstein nur zu Unverständnis und Kopfschütteln geführt. Die Republik lacht über uns. Die bekiffte Idee der Landesregierung macht die Runde. Dem Image von Schleswig-Holstein haben Sie einen schlechten Dienst erwiesen, siehe erste Seite der „FAZ“ von heute.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sich den Sprachgebrauch der Abhängigen zu eigen zu machen - ob das der Debatte nutzt, ist fraglich!)

Bisher konnte Schleswig-Holstein mit gesunden Produkten werben. Jetzt ist Schleswig-Holstein in aller Munde, weil diese Regierung überlegt, krankmachende Produkte auf den Markt zu bringen.

Sie stellt Überlegungen in bezug auf Produkte an, von denen sie noch nicht weiß, woher sie sie bekommen soll, weil auch in Amerika - Frau Moser, das werden Sie wissen - nur eine begrenzte Menge angebaut wird und diese zu therapeutischen Zwecken bei Krebskranken angewandt wird. Diese Landesregierung überlegt, **Suchtmittel** in **Apotheken** zu verkaufen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: In jedem Supermarkt gibt es Suchtmittel!)

Apotheken verkaufen **Heilmittel**. Selbst die Apothekenbetriebsordnung zum Nebensortiment - § 25 - sieht nicht den Verkauf von **Genußmitteln** vor. Zusätzlich stößt dieses Ansinnen in der Apothekerkammer und bei den Apothekerverbänden auf mehrheitliche Ablehnung.

1992 richtet die Landesregierung dankenswerterweise die **Koordinationsstelle für schulische Suchtprävention** - kurz: KoSS - ein und nennt als Zielsetzung Abstinenz im Hinblick auf alle Suchtmittel zum Schutze der Gesundheit. Noch im Oktober 1996 kommt aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Kultur das Papier „Schule aktuell“ mit dem Aufmacher: „Gesundheit wird großgeschrieben“. Verschiedene Projekte zur Förderung der Gesundheit in der Schule werden aufgegriffen. Unter anderem wird davon gesprochen, daß

verstärkt Lehrerfortbildung zur Sucht- und Drogenberatung angeboten wird.

Frau Ministerin, ich frage Sie: Wie sollen die durch die KoSS geschulten Lehrer ihren Schülern erklären, daß sie kein Hasch rauchen sollen, wenn Sie dieses zusätzliche Suchtmittel legalisieren? Was sollen sie den Eltern sagen, die Angst davor haben, daß ihre Kinder an Suchtmittel geraten, wenn Sie ein weiteres abhängig machendes Mittel leichter verfügbar machen?

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum fordern Sie nicht das Verbot von Alkohol? - Zuruf der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Es geht gleich los, Herr Hentschel. - Sprechen Sie mit Fachleuten der Landesstelle gegen Suchtgefahr, der Zentralstelle für Suchtvorbeugung und der KoSS. Ihr Modellvorhaben ist ein Schlag ins Gesicht dieser engagiert arbeitenden Fachleute in der Suchtprävention.

Rolf Hüllinghorst, der Geschäftsführer der Deutschen Hauptstelle gegen die Suchtgefahren, sagte am 8. November in Kiel auf einer Fachtagung zum Gedenken an Rolf Harken - Herr Schroedter war dabei -: **Cannabis** hat ein hohes **Suchtpotential**. So ein Modellversuch ist nicht umkehrbar. Der Verkauf von Cannabisprodukten in Apotheken suggeriert Harmlosigkeit. Eine bessere Verfügbarkeit ist konsumsteigernd.

Frau Moser spricht ständig von diesen 50 000 bis 80 000 gelegentlichen Cannabiskonsumenten, die sie aus dem kriminellen Umfeld herausführen will. Die CDU-Landtagsfraktion fühlt sich gegenüber allen 506 959 jungen Menschen unter 18 Jahren in Schleswig-Holstein verantwortlich.

(Ministerin Heide Moser: Den anderen 80 000 nicht?)

- Sie sind in dieser Zahl enthalten. - Wir fordern Sie auf: Geben Sie den Modellversuch auf. Er wurde übrigens von der Gesundheitsministerkonferenz in Potsdam nicht einstimmig beschlossen. Wir sollten gemeinsam über Einschränkungsmöglichkeiten der bisher **legalen Suchtmittel** nachdenken, Herr Hentschel. Unsere Gesellschaft hat erhebliche

Probleme und Folgekosten bereits durch Alkohol- und Nikotinsucht zu tragen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dann machen wir da etwas!)

Ein weiteres Suchtmittel zu legalisieren, bedeutet, weitere Abhängigkeiten zu schaffen.

Der drogenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion, Johannes Singer, hat nach einem Hearing im Juni 1996 eindeutig vor der Legalisierung von Cannabisprodukten gewarnt.

Auf uns rast im Moment die Designer- oder Leistungsdroge Ecstasy zu. Sie hat ein ungeheures Zunahmepotential mit unabsehbaren Langzeitfolgen. Nur die Prävention ist eine Chance. Legalisierung hat mit Prävention absolut nichts zu tun, Herr Böttcher. Das sehen Sie bei Nikotin und Alkohol.

(Beifall bei der CDU)

Die CDU-Landtagsfraktion fordert Frau Moser auf, als Gesundheitsministerin, die diese Titulierung verdient, zu handeln. Wir fordern die Landesregierung auf, **Präventionsmaßnahmen** zu sichern und zu verstärken. Es gibt keine Alternative zu einem selbstbestimmten, drogenfreien Leben.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Frau Ministerin Moser.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Tengler, würden Sie auch die verschiedenen Rumspezialitäten und den berühmten schleswig-holsteinischen Pharisäer als gesundes Produkt bezeichnen? - Nur eine Frage.

(Zurufe von der CDU)

Gestatten Sie mir, mich ansonsten auf fünf Feststellungen in fünf Minuten zu beschränken, weil die Argumente in der Tat alle alt sind und wir heute

nicht die Zeit haben, uns noch einmal diskursiv damit auseinanderzusetzen.

Erste Feststellung. Der **Modellversuch** ist nicht die Drogenpolitik des Landes, sondern nur ein Teil davon. Der Modellversuch ist die einzige Möglichkeit, die Entscheidung des **Bundesverfassungsgerichts** von 1994 umzusetzen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Herr Kubicki, lesen Sie nach. Sie haben wahrscheinlich nur einen Satz aus der Entscheidung gelesen. Es steht darin, der Gesetzgeber habe zu überprüfen, - -

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist völliger Unsinn! - Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

- Dies ist kein Unsinn. Ich denke, Herr Hennig, Sie wollten auch nicht sagen, daß uns das Bundesverfassungsgericht einen moralisch verwerflichen Auftrag erteilt hat.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es hat Ihnen keinen Auftrag erteilt! - Zurufe von der CDU)

- Nun regen Sie sich doch ab! Ich kann verstehen: Das Bundesverfassungsgericht macht Ihnen Probleme.

(Weitere Zurufe von der CDU - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, ich bitte um etwas mehr Aufmerksamkeit!

(Fortgesetzte Zurufe von der CDU)

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Zweite Feststellung. Meine Damen und Herren, zur **Drogenpolitik** gehört Nüchternheit.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nicht die Landesregierung und nicht die Mehrheit der Gesundheitsministerinnen und Gesundheitsminister stehen hier im Nebel. Im Nebel steht die CDU/CSU mit ihren allein auf Prohibition fixierten drogenpolitischen Gesundheitsbetern.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Nebelwerfer in Ihren eigenen Köpfen verdüstern Ihnen den Blick auf die Realität.

(Lachen bei der CDU)

Dritte Feststellung. Zur Drogenpolitik gehört Ehrlichkeit. Und ehrlich zu sein, heißt, festzustellen:

a) Eine **drogenfreie Gesellschaft** wird es nicht geben, Frau Tengler. Deshalb sind Aufklärung, Prävention, kontrollierter Umgang, Schadensbegrenzung und Hilfe für Kranke die Prinzipien. Nach denen arbeiten wir.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Frau Tengler, Sie sind neu

(Unruhe bei der CDU)

und haben deshalb alle alten Argumente noch einmal vorgetragen. Aber, Frau Tengler, es gibt keine guten und schlechten Drogen. Es gibt nur Mißbrauch von Drogen. Wer Alkohol mißbraucht, macht Alkohol zu einer schlechten Droge, genauso wie der Cannabismißbrauch es zu einer schlechten Droge macht.

(Zuruf der Abgeordneten Frauke Tengler [CDU])

b) Die bisherige Drogenpolitik ist gescheitert. Sie brauchen nur einen Blick auf die **Epidemiologie des Drogenmißbrauchs** zu werfen.

(Zuruf des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Lieber Herr Stritzl, sehen Sie einmal in die Daten des Landeskriminalamtes. Im Unterschied zur „Cannabiskriminalität“, die kaum angestiegen ist, ist die Benutzung von harten Drogen - Heroin, Kokain und auch Ecstasy - stark angestiegen.

(Zurufe von der CDU)

- Manchmal wird man vor der versammelten Ignoranz hilflos. Entschuldigung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

Ich bin bei 3 c), und das lautet: Politik und Gesellschaft müssen nach neuen Schritten beziehungsweise nach neuen Wegen suchen. Wir in Schleswig-Holstein wissen, was Pharisäer sind. Machen Sie sich doch einmal selbstkritisch Gedanken!

Viertens. Zur Drogenpolitik gehört Mut, gehört Konsequenz und gehört Pragmatismus.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Vor allem ein bißchen Kompetenz!)

Mit aller Bescheidenheit: Das gehört nicht nur zur Drogenpolitik, sondern das gehört überhaupt zur Politik. Wir vereinen dies an dieser Stelle, wenn wir den Spruch des Bundesverfassungsgerichts aufgreifen und wenn wir überprüfen, ob die **generalpräventive Wirkung**, ob der Schutz der Leute und der 50 000 bis 80 000 jungen Leute mit einer kontrollierten Abgabe besser zu gewährleisten ist als mit einem Totalverbot.

Lassen Sie es sich noch einmal sagen: Die CDU/CSU ignoriert die Realität,

(Herlich Marie Todsén [CDU]: Sie ignorieren sie!)

sie ignoriert das höchste deutsche Gericht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist eine solche Unverfrorenheit!)

und sie ignoriert die wissenschaftlichen Erkenntnisse von Medizinern, Juristen und Kriminologen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Ich kann es Ihnen hier nicht ersparen zu sagen, daß allerdings die schleswig-holsteinische Opposition den zweifelhaften Mut hat, gegen geltendes Recht zu verstoßen - dabei meine ich die klaren Bestimmungen des Urheberrechtes -, um einen vermeintlichen Coup zur Denunzierung eines gesundheitspolitisch motivierten Modellversuchs zu landen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das nach der Pfeiffer-Affäre noch in den Mund zu nehmen, ist ziemlich mutig von Ihnen! - Zuruf von der CDU: Meinen Sie damit das Gutachten, das Sie in Auftrag gegeben haben, oder was?)

Meine Damen und Herren, ich dachte, es wäre Ihnen lieb, wenn ich das hier nicht näher ausführte.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das dürfen Sie gern! - Zuruf von der CDU: Im Gegenteil! - Glocke des Präsidenten)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Frau Ministerin, kommen Sie bitte zum Schluß.

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Was haben Sie erreicht, meine Damen und Herren? - Sie haben ein honoriges Gutachten - und das noch nicht einmal in der von mir abgenommenen Endfassung - und einen national und international renommierten Wissenschaftler Mißdeutungen ausgesetzt, Sie haben eine Welle von Berichterstattungen ausgelöst,

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

die allerdings an manchen Stellen so differenziert ausgefallen sind, daß es Sie schmerzen muß. Meine Damen und Herren, achten Sie darauf, daß nicht schließlich die „Bild“-Zeitung Ihr einziger zuverlässiger Partner bleibt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das ist nicht Ignoranz, sondern Arroganz!)

Sie haben eine öffentliche Wahrnehmung und Diskussion ausgelöst, die uns zugegebenermaßen unter einen ungeplanten Zeitdruck gesetzt hat, die uns aber andererseits die Chance gegeben hat, einmal mehr deutlich zu machen, was wir eigentlich wollen, nämlich Prävention und glaubwürdige Aufklärung.

Damit leite ich zur letzten Feststellung, der fünften Feststellung, über: **Drogenpolitik** braucht **gesellschaftliche Akzeptanz**.

(Glocke des Präsidenten)

- Herr Präsident, ich bitte um Nachsicht; diesen Satz möchte ich noch beenden.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Nein, kommen Sie bitte zum Schluß, Frau Ministerin.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Endlich!)

**Heide Moser**, Ministerin für Arbeit, Gesundheit und Soziales:

Ja.

In vielen Gesprächen, Veranstaltungen mit Institutionen - von Schule bis Polizei -, in nationalen und europäischen Zusammenhängen arbeiten wir mit wachsendem Erfolg an dieser Akzeptanz.

(Zurufe von der CDU: Oh, oh!)

Genausowenig wie wir die Drogenprobleme ignorieren, ignorieren wir Unsicherheit und Ängste in der Bevölkerung. Das nehmen wir

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ottfried Hennig [CDU])

wie auch respektable andere Meinungen ernst. Die Angstmacher, die Diffamierer müssen sich allerdings gefallenlassen, daß wir sie zunehmend ignorieren.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Die Aktuelle Stunde ist beendet.

Bevor ich den Tagesordnungspunkt 12 aufrufe, muß ich über den Fortgang der Verhandlungen beschließen lassen, und zwar betreffend den Dringlichkeitsantrag. Die Fraktionen haben versucht, sich untereinander zu verständigen. Der Versuch ist gescheitert.

Es liegt ein Antrag der F.D.P.-Fraktion vor, den Dringlichkeitsantrag heute noch um 15.00 Uhr aufzurufen und zu beraten. Ich muß über diesen Antrag jetzt beschließen lassen.

Ich stelle also den Antrag der F.D.P. jetzt zur Abstimmung. Wer will, daß der Dringlichkeitsantrag heute um 15.00 Uhr aufgerufen wird, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Mit wem war das denn abgemacht?)

Damit hat dieser Antrag keine Mehrheit gefunden. Ich schlage Ihnen vor, daß wir den Antrag morgen an der Stelle des zurückgezogenen Punktes 13, Bericht zum Eider-Treene-Sorge-Projekt, einreihen.

Diejenigen, bei denen dieser Vorschlag Zustimmung findet, bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Stimmenthaltungen?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

Dieser Antrag ist damit angenommen, und wir werden so verfahren.

Ich rufe jetzt den Tagesordnungspunkt 12 auf:

**Entschließung des Schleswig-Holsteinischen Landtages zur Regierungskonferenz der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/245

Änderungsantrag der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/270

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Gerckens [SSW]  
Drucksache 14/278

Bericht und Beschlüßempfehlung des Europaausschusses  
Drucksache 14/336

Ich erteile zunächst dem Berichterstatter des Europaausschusses, Herrn Abgeordneten Döring, das Wort.

**Uwe Döring [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Europaausschuß hat die ihm durch Plenarbeschluß am 26. September 1996 zur Beratung überwiesenen Anträge in zwei Sitzungen am 23. Oktober und am 1. November 1996 beraten. Er ist zu folgendem Ergebnis gekommen. Mit den Stimmen von SPD, CDU und F.D.P. bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuß, den Antrag des SSW, Drucksache 14/278, abzulehnen. Mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt der Ausschuß gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. die Annahme des Antrages Drucksache 14/245 in der Fassung des Änderungsantrages der SPD, Drucksache 14/270.

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Bevor wir in die Aussprache eintreten, begrüße ich auf der Tribüne Besucherinnen und Besucher von der Verwaltungsschule in Bordesholm. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Aussprache ist eröffnet. Das Wort hat der Herr Abgeordnete de Jager.

**Jost de Jager [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir beraten den Antrag der CDU-Fraktion zur Regierungskonferenz der Europäischen Union zu einem Zeitpunkt, an dem offenbar ein wenig

Bewegung in diese Konferenz zu geraten scheint. Von dem Treffen des Europäischen Rates im Dezember in Dublin wird erwartet, daß ein entscheidender Anstoß von ihm ausgeht. Doch seien wir realistisch: Der überwiegende Teil der Beratungsgegenstände wie etwa die Einzelheiten der Vereinfachung der Entscheidungsverfahren innerhalb der EU oder eine vertiefte Zusammenarbeit in der Außen- und Sicherheitspolitik entzieht sich der landespolitischen Verantwortung und sollte nicht Gegenstand einer Landtagsdebatte sein. In einigen wichtigen Bereichen jedoch sind die Länder von möglichen Neuregelungen der Regierungskonferenz direkt betroffen oder haben selber Vorschläge dazu gemacht. Die **Länder** und auch die **Landtage** sollten die Möglichkeit ernst nehmen, ihre **Rechte auf der Regierungskonferenz** geltend zu machen. Schließlich geht es um das künftige Funktionieren der Europäischen Union und zu einem nicht geringen Teil um die Durchschaubarkeit der Abläufe innerhalb der Gemeinschaft.

Bürgernähe wird auf Dauer innerhalb der Europäischen Union nicht erreichbar sein, solange keiner so recht versteht, was dort passiert.

(Beifall der Abgeordneten Klaus Schlie [CDU] und Thomas Stritzl [CDU])

Deshalb sind mehr **Transparenz bei der Entscheidungsfindung** und eine **Stärkung des Europäischen Parlaments** dringend erforderlich; denn gerade das Europäische Parlament hat sich in den vergangenen Jahren zum Anwalt der Bürger gemacht. Das jüngste Beispiel dafür ist der Untersuchungsausschuß zur BSE-Krise, der von dem schleswig-holsteinischen Europaabgeordneten Reimer Böge geleitet wird, der im übrigen ein Parteifreund von mir ist.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Und warum hat er denn im Plenum dagegen gestimmt, Herr de Jager?)

- Unbestritten ist doch, daß Reimer Böge als Vorsitzender dieses Untersuchungsausschusses eine hervorragende Arbeit leistet.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Insofern ist es doch überhaupt nicht nötig, hier so dazwischenzurufen.

Liebe Kollegen, eine der wesentlichen Aufgaben der Regierungskonferenz wird es sein, die **institutionellen Voraussetzungen** für eine **Erweiterung der Europäischen Union nach Osten** zu schaffen. Dies liegt im Interesse der Bundesrepublik insgesamt, und es liegt auch im Interesse dieses Landes. Wir dürfen aber nicht erwarten und auch nicht den Eindruck erwecken, daß es sich dabei um einen Spaziergang handeln würde - weder für die Länder, die neu hinzukommen, noch für uns. Eine Erweiterung wird erhebliche Auswirkungen auf die Verteilung von EU-Mitteln und auf Teile unserer Wirtschaft und unserer Landwirtschaft haben. Darauf zu achten, daß es hier zu verträglichen Regelungen kommt, wird auch mit unsere Aufgabe sein.

Wir glauben, daß unser Antrag eigentlich hätte konsensfähig sein können, weil er sich im wesentlichen an den Beschlüssen des Bundesrates orientiert. Eine von allen Fraktionen dieses Hauses getragene Entschließung hätte mit Sicherheit mehr Gewicht gehabt, als es strittig abgestimmte Änderungsanträge haben. Daß es indes zu keiner Einigung gekommen ist, liegt im wesentlichen an zwei Punkten: Zum einen liegt es an unterschiedlichen Auffassungen zum Ausschluß der Regionen und zum anderen an der Forderung der SPD, die Beschäftigungspolitik als Ziel in die Verträge aufzunehmen.

Lassen Sie mich mit dem **Ausschuß der Regionen** beginnen. Für uns geht es dabei auch um die Frage, ob wir mit einem Europa der Regionen ernst machen wollen. Festgemacht werden kann dies an den Begriffen Kompetenzzuweisung und Subsidiarität. Subsidiarität wird als Prinzip nicht dadurch wirkungsvoll, daß es einer ständigen Auslegung unterworfen ist, und die Probleme des derzeitigen Subsidiaritätsbegriffes werden ja auch in dem Subsidiaritätsbericht der Bundesregierung 1995 ausreichend dokumentiert.

Innerhalb der EU sind deshalb eine klare Kompetenzabgrenzung und eine Abgrenzung der Zuständigkeiten nötig, damit möglichst viele der

Kompetenzen auf den bürgernahen unteren Ebenen der Gemeinschaft verbleiben. Wir sind für eine Stärkung des Ausschusses der Regionen. Über dessen gegenwärtige Funktionstüchtigkeit mag man ja streiten. Unbestritten ist jedoch, daß die Menschen vielleicht sogar in einem zunehmenden Maße in regionalen Bezügen denken. Das muß seine politischen Auswirkungen haben. Das Europa der Regionen bleibt eine hohle Forderung, wenn den Regionen auf Dauer die Instrumente verwehrt bleiben, mit denen sie sich Gehör verschaffen können und über die sie ihre Interessen vertreten können. Gewicht erhalten sie aber nur, wenn sie sich im Zweifelsfall auch zur Wehr setzen können.

Der andere Dollpunkt, an dem eine gemeinsame Resolution gescheitert ist, liegt in dem Antrag der SPD, den Auftrag für eine **aktive Beschäftigungspolitik** in die Verträge als Zielbestimmung hineinzunehmen. Wir können das nicht mittragen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN]: Warum nicht? Das möchte ich wissen!)

- Ich erläutere es Ihnen. Der Deutsche Bundestag hat sich vor kurzem in einer ausführlichen Debatte mit diesem Punkt auseinandergesetzt. Deshalb will ich dazu nur in der gebotenen Kürze Stellung nehmen.

Die dramatisch hohe Zahl von Arbeitslosen - es sind 18 Millionen innerhalb der EU - ist eines der größten Probleme für die Gemeinschaft. Gerade bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wird die Gemeinschaft ihren Bürgerinnen und Bürgern gegenüber beweisen müssen, ob die europäische Einigung in der Tat dazu in der Lage ist, die Probleme, die die Menschen am meisten drücken, auch wirklich zu lösen. Dennoch wäre es geradezu fatal, die aktive Beschäftigungspolitik in den Vertrag aufzunehmen. Dadurch würde kein einziger zusätzlicher Arbeitsplatz entstehen.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein, wenn das immer nur Gerede bleibt!)

Statt dessen würde die Gemeinschaft eine Aufgabe zugewiesen bekommen, die sie allein gar nicht erfüllen kann, und die Bürgerinnen und Bürger

würden es Europa anlasten und nicht den eigentlich Verantwortlichen, wenn der Erfolg ausbleibt.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist die größte Verlogenheit, die ich mir denken kann!)

Die Aufnahme der Beschäftigungspolitik in den Vertrag der Gemeinschaft lenkt nämlich von den eigentlichen Verantwortlichkeiten ab.

Sehr viel wichtiger ist, daß die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben machen. Bei uns gehören auch die Bundesländer dazu.

Das Programm für Wachstum und Beschäftigung der Bundesregierung ist eine sehr viel bessere Beschäftigungspolitik als jede Vertragsbestimmung. Zu den Hausaufgaben gehört auch, daß man hier in Schleswig-Holstein die wirtschaftlichen Herausforderungen annimmt und sie nicht verschleppt. Würden Sie in den Regierungsfractionen sich nicht wichtigen wirtschaftlichen Entwicklungen in den Weg stellen, wie zum Beispiel bei der A 20 oder beim Transrapid, würden wir sehr viel mehr für die Beschäftigung hier im Lande tun als mit einer Verankerung der Beschäftigungspolitik in den Verträgen.

Deshalb fordere ich Sie auf: Versuchen Sie nicht, mit den Rezepten von gestern das Europa von morgen zu gestalten. Der Versuch wird nicht funktionieren.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

Lassen Sie mich auch noch ein Wort zu dem Antrag des SSW sagen. Unabhängig davon, daß der gesamte Duktus des Antrages nach meinem Empfinden grundsätzliches Mißbehagen mit dem Stand der europäischen Einigung ausdrückt, liegen Sie in puncto **Währungsunion** ganz und gar falsch. Wenn Sie, Frau Spoorendonk und Herr Gerckens, ernsthaft fordern, daß beschäftigungspolitische Ziele Vorrang vor den Zielen der Währungsunion haben müssen, haben Sie nicht verstanden, worum es bei der Währungsunion geht.

(Beifall bei der CDU - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie

haben nicht verstanden, worum es beim Sozialabbau in Europa geht!

Denn natürlich geht es dabei um die Stärkung der Wirtschaftskraft Europas und um die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze. Alle Experten sind sich darüber einig, daß von der Währungsunion wirtschaftliche Impulse ausgehen, die zur Schaffung von Arbeitsplätzen in einem erheblichen Umfang führen werden. Voraussetzung dafür ist jedoch, daß jetzt, wo alles auf den Weg gebracht wird, an den Bestimmungen der Währungsunion nicht im nachhinein herumgedeutelt wird. Ihre Forderung, „die Konvergenzkriterien müssen daher aufweichbar und nicht bindend für die einzelnen Mitgliedsländer sein“, ist dazu angetan, die gesamte Währungsunion in Frage zu stellen.

Ich sage Ihnen: Wenn es zu einer Währungsunion kommen soll und diese Währungsunion tatsächlich eine stabile Währung hervorbringen soll,

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: So wie Luxemburg!)

darf in gar keinem Fall an den Kriterien herumgerüttelt werden.

(Beifall bei der CDU)

Zum einen garantieren die Konvergenzkriterien die Stabilität der Währung unabhängig von der jeweiligen politischen Konjunktur, zum anderen wäre das Vertrauen in diese Währung hin, wenn wir die Kriterien aufweichten und ihre Erfüllung in das Belieben der Teilnehmer stellten. Auf eine solche Währung würde ich persönlich auch keinen Pfifferling mehr setzen.

Doch im Unterschied zum SSW wollen wir die gemeinsame Währung. Wir wollen ihren Erfolg. Wir wollen ihre Stabilität. Deshalb lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Saxe.

**Bernd Saxe [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Präsident der Europäischen Kommission, Jaques Santer, ein luxemburgischer Christdemokrat, und der Präsident des Europäischen Parlamentes, Klaus Hänsch, ein deutscher Sozialdemokrat, haben kürzlich in öffentlichen Erklärungen kritisiert, daß die Regierungskonferenz seit nunmehr mehr als sechs Monaten ohne Fortschritt sei. Sie haben festgestellt, es fehle der politische Wille an diesem Fortschritt. Sie werfen den Staats- und Regierungschefs Untätigkeit und mangelndes Engagement vor. Dies werfen sie allen Regierungs- und Staatschefs vor.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag wird diesen Mangel sicherlich nicht heilen können. Aber wir können unseren politischen Willen deutlich machen, daß es endlich **Fortschritte im Prozeß der europäischen Einigung** geben muß. Wir können an die Regierung in Bonn appellieren, daß sie dazu beitragen möge, daß Europa endlich von der Stelle kommt. Es genügt nämlich nicht, wenn sich der deutsche Kanzler immer selbst als europäischer Musterknabe, als Motor der europäischen Bewegung feiert, wenn hiermit nicht auch tatsächliches Handeln verbunden ist. Wer Motor sein will, muß auch Kraft entwickeln, muß Energie aufwenden und darf sich nicht nur hinter seinen eigenen Worten verstecken.

Wir wollen heute mit diesem Entschließungsantrag und mit dieser Debatte unseren Beitrag zur **Meinungsbildung im Bundesrat** leisten, wo eine gemeinsame Haltung zu den Themen der Regierungskonferenz noch in Arbeit ist, wo die Diskussionsprozesse noch nicht abgeschlossen sind und wo wir daher eine Chance haben, mit unserer Position Gehör zu finden und den Ausgang des Prozesses zu beeinflussen.

Wir Deutschen haben ein besonderes Interesse an zügigen und erfolgreichen Verhandlungen. Dies hat historische Gründe. Die deutsche Geschichte lehrt uns, daß eine enge Zusammenarbeit der Völker und Regionen, feste Bindungen über Grenzen hinweg den Frieden sicherer machen, das Verständnis füreinander fördern und die Toleranz stärken.

Wir Norddeutschen haben sicherlich ein besonderes Interesse hieran, denn der Abschluß der Regierungskonferenz ist auch Voraussetzung für die **Osterweiterung der Europäischen Union**. Wir an der Ostsee wissen vielleicht noch ein bißchen besser

als andere, wie wichtig die EU-Mitgliedschaft der Staaten Ost- und Mitteleuropas für Frieden und Stabilität, für Wachstum und Wohlstand in dieser Region ist.

Die Regierungskonferenz ist deshalb Voraussetzung für die Osterweiterung, weil die europäischen Strukturen schon heute kaum noch geeignet sind, ein Europa der 15 zu organisieren. Sie werden erst recht nicht ausreichen, um ein Europa der 27 funktionsfähig zu halten.

Die Regierungskonferenz muß also die europäischen Strukturen fit machen für das neue, für das größere Europa. Wer für die Osterweiterung ist, muß auch energisch für einen durchgreifenden Erfolg der Regierungskonferenz sein.

Wer die Osterweiterung bald will, muß auch für einen zügigen Abschluß der Regierungskonferenz sein.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Was macht der deutsche Bundeskanzler? - Seine Reden von einer schnellen Osterweiterung stehen in krassem Gegensatz zu einem mangelnden Engagement für einen zügigen Fortschritt der Regierungskonferenz. Diese Inkonsequenz bringt Europa nicht voran und hilft auch den Menschen in Polen, im Baltikum und in den anderen Ländern Osteuropas nicht weiter.

Auch wir treten für ein **Europa der Regionen** ein. Auch das größere und stärkere Europa der Zukunft muß eine starke regionale Identität ermöglichen, damit sich die Menschen in einem größeren Gemeinwesen wiedererkennen und zurechtfinden können. Aber weitreichende Vorstellungen etwa hinsichtlich der unmittelbaren Mitwirkungsmöglichkeiten der Regionen an den Entscheidungsprozessen der europäischen Institutionen sind eher kritisch zu betrachten, so zum Beispiel Vorstellungen, der Ausschuß der Regionen müsse eigene Klagerechte erhalten oder gar eine Organstellung im Kreis der europäischen Institutionen bekommen. Diese Vorstellungen gehen entschieden zu weit.

Das Zusammenspiel zwischen den bestehenden europäischen Regionen, zwischen dem Parlament, der Kommission und dem Rat, ist schon jetzt

schwierig genug. Der Aufbau einer weiteren Säule daneben ist eher kontraproduktiv, behindert den erforderlichen zügigen und zielstrebigem Aufbau Europas mehr, als er ihm nützt.

Der **Ausschuß der Regionen** ist zweifellos ein wichtiges Gremium, in dem die Regionen ihre Interessen formulieren und artikulieren. Aber das Instrument, mit dessen Hilfe die Regionen, zum Beispiel die deutschen Länder, ihre Wünsche durchsetzen können, ist die nationale Regierung, sind die verfassungsmäßigen Institutionen des Bundes oder der anderen Mitgliedsländer. Hier ist die Möglichkeit, sich einzubringen. Hier ist die Möglichkeit, wirksam zu werden. Hier ist die Möglichkeit, Einfluß zu nehmen.

Ich glaube übrigens auch, daß die grenzenlose Konstituierung neuer umfassender Klagerechte für den Ausschuß der Regionen Europa nicht einen Schritt voranbringen wird.

Wir setzen uns demgegenüber für eine starke Verankerung des Subsidiaritätsprinzips und für das Recht der kommunalen Selbstverwaltung in den neuen europäischen Verträgen ein. Dies ist der richtige Weg, um der regionalen Identität in einem neuen, größeren Europa eine Chance zu geben und den Menschen das Recht zu belassen, ihre Belange in die eigenen Hände zu nehmen.

Der schon zitierte Präsident des Europäischen Parlaments, Klaus Hänsch, hat zu Recht kritisiert, daß die **Europäische Union** über Deklamationen hinaus im Bereich der **Beschäftigungspolitik** nichts zu Wege gebracht hat. Die Vorschläge des Weißbuches für Wachstum und Beschäftigung aus dem Jahr 1993 sind noch immer nicht umgesetzt. Seit drei Jahren hat jeder EU-Gipfel - so Hänsch - die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit immer wieder mit höchster Priorität versehen, aber letztlich zu konkreten Maßnahmen immer nur neue Prüfaufträge beschlossen. Dies ist in einer Lage, in der mehr als 18 Millionen Bürger die in der Europäischen Union ohne Arbeit sind, ein unerträglicher Zustand, den es schnellstens zu beseitigen gilt. Aber die Konservativen, die Bundesregierung und andere Regierungen, auch die CDU in diesem Hause, wie wir eben gehört haben, verweigern der EU bislang jede Zuständigkeit auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik. Herr de Jager, ich will folgendes hinzufügen. Ich habe Ihre Begründung zu diesem Punkt überhaupt nicht

verstanden. Einen solchen Eiertanz, eine solche Aneinanderreihung von Luftblasen und leeren Sprüchen habe ich lange nicht gehört.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

Sie haben dafür offensichtlich nicht einmal eine richtige, nachvollziehbare Begründung, sondern nur Allgemeinplätze.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sie sind  
Großeuropäer!)

Ich denke, Sie sollten Ihre Haltung dazu überdenken.

Wie wollen Sie bei den Bürgerinnen und Bürgern in Europa um Akzeptanz für den Prozeß der europäischen Einigung werben, wenn Sie den europäischen Institutionen auf diesem Feld, das den Menschen in Europa doch die meisten Sorgen macht, schon die Koordinierungskompetenz verweigern? Wenn wir ein großer Wirtschaftsraum sind, wenn wir die großen Reden immer wieder ernst nehmen, welche bedeutsame Wirtschaftsmacht auf dem alten Kontinent neu entsteht und zusammenwächst, dann kann das doch nicht ohne Einfluß auch auf dem Gebiet der Beschäftigungspolitik bleiben, dann kann dieses wichtige Feld doch nicht mutwillig ausgeklammert werden.

Die europäischen Nationalstaaten, die Mitglieder der EU machen mit den Möglichkeiten ihres nationalen Instrumentariums mehr oder weniger intensive Anstrengungen zur Verbesserung der Beschäftigungssituation der Menschen und versuchen, Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. Um wieviel erfolgreicher könnten die nationalen Aktivitäten sein, wie sehr könnten sich die Effekte gegenseitig ergänzen, unterstützen und verstärken, wenn wir diese Maßnahmen über die nationalen Grenzen hinweg auf der europäischen Ebene koordinieren und aufeinander abstimmen würden?

Es spricht also alles dafür, zu einer europäischen Beschäftigungspolitik zu kommen. Darum lassen Sie uns gemeinsam gegenüber dem Bund darauf dringen, daß die EU endlich auch auf diesem wichtigen Feld Zuständigkeiten erhält und in die Lage versetzt wird, einen Beitrag zur Lösung der Probleme zu leisten! Lassen Sie uns gemeinsam an

die Bundesregierung appellieren, ihren unsinnigen und unverständlichen Widerstand gegen diese Ergänzung des Aufgabenkatalogs endlich aufzugeben!

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

#### **Präsident Heinz-Werner Arens:**

Meine Damen und Herren, wenn eine kritische Masse in der Anwesenheit im Plenum unterschritten ist, hat der Präsident festzustellen, daß das Haus beschlußunfähig ist. Ich bitte die Parlamentarischen Geschäftsführer, dafür zu sorgen, daß ich eine solche Feststellung nicht treffen muß.

(Beifall bei der CDU)

Im übrigen hat das Thema etwas mehr Aufmerksamkeit verdient. - Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

#### **Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Herr de Jager, auch ich lobe gern Parteifreunde, wenn sich die Gelegenheit ergibt. Was aber die Motivation eines Ausschußvorsitzenden, der das Geschäft als Ausschußvorsitzender des BSE-Untersuchungsausschusses mit großem Public-Relation-Aufwand betreibt, im Plenum gegen den Untersuchungsausschuß zu stimmen, das mag das Mysterium eines Reimer Böge bleiben.

(Beifall der Abgeordneten Irene  
Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Das war ein gründlich danebengegangenes Beispiel dafür, die EU-Politik Ihrer Kollegen erfolgreich darzustellen.

Die Regierungskonferenz hat für Europa eine große Bedeutung. Von den dort getroffenen Regelungen werden wir alle, wird auch die Landespolitik berührt sein. Die bedeutendste Regelung - das sieht auch Herr de Jager so - wird sicherlich die **Wirtschafts- und Währungsunion** sein. Von daher hat auch der Antrag, den Herr de Jager in den Landtag eingebracht hat, seine Berechtigung. Ich

kann vielen Punkten durchaus folgen, zum Beispiel seinen Gedanken zum Subsidiaritätsprinzip; in vielen Punkten ist das Papier jedoch eine Aneinanderreihung von Plattheiten und gleicht einer Autobahn für Wirtschaftsinteressen alter Schule mit den bekannten Folgen. Daher werden wir dem viel akzeptableren, differenzierten Änderungsantrag der SPD, Drucksache 14/270, zustimmen.

Beiden Anträgen ist allerdings gemeinsam, daß sie für dieses Parlament beziehungsweise die Landesregierung wenig handlungsleitend sind. Es sind eher Grundsatzbetrachtungen, die natürlich auch ihren Wert haben. Wie soll zum Beispiel die Zusammenarbeit mit der dänischen Polizei gestaltet werden? Wir haben ja mit Dänemark gemeinsam eine Schengen-Grenze. Solche konkreten Probleme bleiben Gegenstand weiterer politischer Arbeit. Andere Beispiele, wie die Einwirkung auf die Gestaltung von EU-Förderprogrammen, ließen sich aufzählen.

Hauptproblem der EU ist, daß sie so weit weg scheint, von den Bürgern entfernt, ja selbst den Abgeordneten eines Landtages erscheint sie als ein Moloch, den zu bewegen fast unmöglich erscheint. Man steht immer wieder staunend vor den grundsätzlich in der Dimension von Büchern gefaßten Vorgängen, vor den über 700 Änderungen jährlich mit gesetzlicher Regelungskraft, die die EU produziert. Transparenz und Demokratie sind die **Defizite der EU**, und es fehlt an gelebter Demokratie und lebendiger Erlebbarkeit für die Bürger Europas.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Heinz-Werner Arens:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Dr. Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Europapolitik führt in der deutschen Öffentlichkeit und - wie man an der Anwesenheit im Plenum erkennt - auch in diesem Hohen Hause seit vielen Jahren leider ein Schattendasein. In diesem Schatten der vermeintlich wichtigeren Themen hat sich 1996 jedoch ein bemerkenswerter Umschwung in der politischen Diskussion in der Bundesrepublik vollzogen. Europa ist in ganz bestimmter Weise zu

einem Thema der Innenpolitik geworden. Genauer gesagt: Regionale Profilierung und Landtagswahlkämpfe finden neuerdings, jedenfalls in einigen Fällen, mit entschieden europafeindlichen, populistischen Parolen statt, und zwar nicht mehr nur bei Parteien am Rande oder außerhalb des demokratischen Spektrums, sondern bei den großen deutschen Volksparteien. Was bei Herrn Spöri und der baden-württembergischen SPD im Frühjahr zu einer politischen Bauchlandung beigetragen hat, das praktizieren die Herren Stoiber und Biedenkopf weiterhin als ein Rezept zum Machterhalt in ihren Ländern. **Stimmungsmache gegen Brüssel** als Mittel zur Mobilisierung heimischer Wähler - so lautet das Rezept, das anderswo praktiziert wird.

Daß diese Vorbilder in Schleswig-Holstein keine Nachahmer finden, zeigt die bisherige europapolitische Diskussion im Landtag - nicht nur heute, sondern auch in den letzten Jahren, und das ist gut so. Ich möchte ausdrücklich sowohl den Europaminister Gerd Walter als auch die Ministerpräsidentin Heide Simonis dafür loben, daß sie im Frühjahr sehr kritische Worte an die Adresse ihrer eigenen Parteifreunde in Saarbrücken und in Baden-Württemberg gefunden haben, als von dort in der Wahlkampfzeit dezidiert antieuropäische Akzente in die öffentliche Diskussion hineingebracht worden sind.

(Beifall bei der F.D.P.)

Eine wichtige Botschaft der heutigen Europadebatte lautet: Alle wesentlichen demokratischen Kräfte in Schleswig-Holstein stehen zum **Ziel einer erweiterten europäischen Integration**. Dabei kann man sich über den Weg und die Form durchaus streiten, und das tun wir ja auch heute.

Wir Liberale halten es zum Beispiel ebenfalls für falsch, die Aufgaben der Europäischen Union unnötig zu erweitern, Kollege Saxe. Die SPD-Forderung, Brüssel müsse auch noch die **Koordination in der Beschäftigungspolitik** übernehmen, führt in die falsche Richtung, nämlich zu mehr Bürokratie, mehr Regulierung und mehr Bürgerferne - ganz abgesehen von der Frage, wovon das alles bezahlt werden soll.

Auch die europaweite Festlegung eines **Grundbestandes öffentlicher Dienstleistungen** - so Ihr Änderungsantrag - ist aus meiner Sicht

absoluter Nonsens. Entweder bleibt die Verwirklichung dieser Vorgabe in Allgemeinplätzen stecken - dann ist das absoluter Unsinn -, oder man torpediert auf diese Weise das Ziel, weniger Staat durchzusetzen und den aufgeblähten öffentlichen Sektor endlich zu verkleinern. Für die Verwaltungspartei SPD, die ja in Schleswig-Holstein bekanntlich den Bruttoabbau von 1600 Stellen mit einem Nettozuwachs von rund 100 Stellen einleitet,

(Beifall der Abgeordneten  
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

sind solche liberalen Grundvorstellungen, nämlich weniger Staat, einen kleineren öffentlichen Sektor zu erreichen, natürlich ein Graus. Kollege Saxe, Sie werden verstehen, daß wir aus unserer politischen Grundhaltung heraus Ihrem Änderungsantrag nicht werden zustimmen können.

(Beifall bei der F.D.P. - Bernd Saxe  
[SPD]: Manchester!)

Im übrigen werden die deutschen Sozialdemokraten ihre Vorstellungen zwar vielleicht im Landesparlament durchsetzen, aber nicht in der Europäischen Union; denn da gibt es außer den Skandinavien und den Belgiern niemanden, der Ihre Vorstellungen zu einem Beschäftigungskapitel in den Beschlüssen der Regierungskonferenz teilt und unterstützt; das wird nicht zum Zuge kommen, und das ist auch gut so.

Europa hat heute wichtige Aufgaben zu bestehen. Wir müssen die Europäische Union fit machen für das 21. Jahrhundert. Wir müssen verhindern, daß Stillstand und Zögerlichkeit bei der europäischen Integration dazu führen, daß es in Europa zu einer Renationalisierung kommt, das heißt zu einer Rückentwicklung der Europäischen Union, zu einem bloßen Staatenbund.

(Vizepräsident Dr. Eberhard  
Dall'Asta übernimmt den Vorsitz)

Alle Mitgliedsländer, alle Bürger der Europäischen Union hätten am Ende durch eine solche Fehlentwicklung nur Nachteile. Das gilt in ganz besonderer Weise für die Deutschen. Meine Damen und Herren, eine Abkehr von der Wirtschafts- und Währungsunion würde für die D-Mark einen enormen **Aufwertungsdruck** erzeugen und damit

die deutschen Exporte schwer belasten, also auch viele Arbeitsplätze kosten.

Es ist ein verheerender Irrweg, liebe Kollegin Anke Spoorendonk, die Konvergenzkriterien von Maastricht für hiesige Sparmaßnahmen verantwortlich zu machen und so zu tun, als könnten wir uns ohne diese Maastricht-Vorgaben tatsächlich noch mehr Staatsschulden in Deutschland leisten. Wir wissen doch alle, daß das nicht möglich ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ich möchte in diesem Zusammenhang noch einmal auf das verweisen, was der Präsident der Landeszentralbank Hamburg/Schleswig-Holstein/Mecklenburg-Vorpommern, Herr Krupp, kürzlich erklärt hat. Er ist ja Ihr Parteifreund von der SPD. Er hat zu Recht darauf hingewiesen, daß allein die Währungsturbulenzen im Frühjahr 1995 in Deutschland nach Modellrechnungen der Europäischen Kommission zu Wachstumsverlusten von 1,1 Prozentpunkten geführt haben, was laut Krupp bedeutet, daß 200 000 Arbeitsplätze in den folgenden Monaten verlorengegangen sind beziehungsweise nicht entstehen konnten. Meine Damen und Herren, wir brauchen die Wirtschafts- und Währungsunion, wir brauchen die gemeinsame Euro-Währung, auch um unsere Arbeitsplätze in Deutschland zu sichern und sie vor den Auswirkungen solcher Wechselkursschwankungen in Zukunft zu schützen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Auch bei dem zweiten großen Thema der Europapolitik, der **Osterweiterung** der EU, müssen wir mit aller Deutlichkeit darauf hinweisen, wie sehr Wohlstand und Sicherheit der Deutschen vom europäischen Fortschritt abhängen. Ein Versagen bei der Aufgabe, die ostmitteleuropäischen Reformstaaten in die Europäische Union einzubeziehen, würde jenseits der deutschen Ostgrenzen eine gefährliche politische und wirtschaftliche Instabilität hervorrufen. Von jeder Krise, die dort entstünde, wären wir hier in Deutschland zuallererst mit betroffen.

Mit einem Handelsvolumen von 120 Milliarden DM und einem Anteil von 9 % des deutschen Außenhandels ist übrigens der Handelsaustausch mit den ost- und

mitteleuropäischen Nachbarstaaten inzwischen vom Anteil her von größerer Bedeutung als der Handel mit den USA, der 7 % Anteil am deutschen Außenhandel hat.

Meine Damen und Herren, es ist eine Führungsaufgabe der Politik, die Bürger unseres Landes von der Notwendigkeit der beiden europapolitischen Hauptziele der nächsten Jahre zu überzeugen. Die Währungsunion und die Osterweiterung der EU müssen entgegen der Ängstlichkeit oder Zögerlichkeit, die es in großen Teilen der Bevölkerung hier noch gibt, energisch vorangetrieben werden. Gute Politik schießt nicht auf Meinungsumfragen, sondern nimmt Führungsverantwortung wahr und überzeugt damit schließlich auch die Bürger.

(Beifall bei der F.D.P. - Zurufe von der SPD)

Wer in der Europapolitik mit Mut und Überzeugungskraft seine Zukunftsfähigkeit unter Beweis stellt, wird am Ende auch Mehrheiten gewinnen. So, meine Damen und Herren, hat es im Februar, als wir hier in Kiel in einer Präsidiumssitzung der F.D.P. über die **antieuropäischen Mißtöne** im baden-württembergischen SPD-Wahlkampf gesprochen haben, sinngemäß auch unser Freund Hans-Dietrich Genscher gesagt. Ich bin sicher, daß seine Einschätzung zutrifft. Diejenigen, die als Bedenkenträger und als rückwärtsgewandte Verhinderer auftreten, werden in dieser Diskussion am Ende verlieren. Das sollten Sie Ihren Parteifreunden, die solche antieuropäischen Anwendungen haben, weiterhin sagen.

Natürlich ärgern sich die Bürger zu Recht über manche **Auswüchse** bisheriger Europapolitik. Das Hauptärgernis ist hier eindeutig ein Zuviel an Bürokratie und regulierenden Eingriffen. Deshalb muß es unser erstes Ziel sein, weitere überflüssige Regulierungen zu verhindern. Das ist ein Grund dafür, Ihren Antrag in den genannten Punkten abzulehnen.

Der zweite Schritt lautet dann: radikale Deregulierung und Umsetzung des Prinzips der **Subsidiarität**. Viele Klein- und Kleinstprogramme der EU können ohne Probleme ersatzlos wegfallen. Das europäische Regelwerk gehört insgesamt auf

den Prüfstand. Möglichst viel sollte aussortiert oder zumindest vereinfacht werden.

Meine Damen und Herren, die Gesamtheit der bis heute beschlossenen EU-Regelungen umfaßt inzwischen 310 000 Seiten Papier. Davon sind allein 60 000 bis 80 000 Seiten für die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten von Relevanz.

Als ersten Vorgeschmack haben die Beitrittskandidaten im ersten Halbjahr dieses Jahres aus Brüssel einen 200 Seiten umfassenden Fragenkatalog erhalten. So sollten die Bewerber unter anderem eine genaue Beschreibung der Infrastruktur der Mehrwertsteuer- und Verbrauchsteuerverwaltung ihres Landes abliefern, ebenso über nationale Regelungen für Getreide, Seidenwürmer und Honig wie über die Herstellung isolierter Elektrokabel, von Speiseeis und Polstermöbeln Auskunft geben. Allein in Warschau ist für die Beantwortung dieses Fragenkatalogs ein Arbeitsstab von 400 Beamten gebildet worden, nicht eingerechnet die Zuarbeit aus den anderen Behörden des Landes.

Sechs Monate lang hat die Kommission in Brüssel über diesen Fragenkatalog gebrütet, und drei Monate dauerte die Frist, die man den Beitrittskandidaten für die Beantwortung gegeben hat.

Bei allem Verständnis für ein gewisses Maß an EU-einheitlichen Regelungen stellt sich doch die Frage: Muß das alles sein? Muß das alles wirklich so im Detail geregelt werden, wie es bisher gemacht wird?

Vieles - das möchte ich allerdings ausdrücklich einräumen - stammt dabei nicht aus Brüssel, sondern aus einzelnen nationalen oder regionalen Verwaltungen und Regierungen.

Zum Schluß bringe ich ein Beispiel für das, was ich gesagt habe. Da gibt es eine EU-Richtlinie zu Form und Beschaffenheit der Sitze in landwirtschaftlichen Traktoren. Wenn man in der Entstehungsgeschichte dieser bemerkenswerten EU-Richtlinie nachforscht, wo wird man dann wohl landen? Man landet in der bayerischen Ministerialverwaltung. Ich weiß nicht, meine Damen und Herren, ob die allerwertesten Hinterteile bayerischer Treckerfahrerinnen und -fahrer wirklich so beschaffen sind, daß man dafür

partout europäisch normierte Sitzgelegenheiten braucht. Ich möchte diese Frage an sich eher verneinen.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In der Frage der Europäischen Union spielt die Debatte in den skandinavischen Ländern für den SSW verständlicherweise eine große Rolle. Hier gibt es starke Vorbehalte gegen den Gedanken einer Union, jedoch nicht gegen den europäischen Gedanken an sich. Nicht nur die Volksabstimmungen über die EU in Dänemark und Norwegen, sondern auch die Wahlen zum Europäischen Parlament in Finnland beispielsweise spiegeln die Bedenken von großen Teilen der Bevölkerung wider. In Finnland hat die Zahl der EU-Kritiker zugenommen; damit meine ich nicht die EU-Gegner. Schon das sagt etwas über die Tendenz aus.

Der SSW tritt für einen **Bund freier Staaten** ein, so sagen wir in unserem Antrag, nicht für einen europäischen Bundesstaat. Wir haben uns immer für eine enge und vertrauensvolle europäische und internationale Zusammenarbeit aller Staaten und Völker in Europa ausgesprochen: beim Freihandel, beim Umweltschutz, bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der sozialen Unterschiede.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Diese Zusammenarbeit ist 19. Jahrhundert!)

- Ja, ja. Leider haben die bisherigen Erfahrungen mit der EU gezeigt, daß in diesen wichtigen Fragen immer noch relativ wenig erreicht ist. Das ist doch Sache.

Die EU existiert. Wir können also nicht so tun, als gäbe es sie nicht. Darum müssen wir uns aktiv zur EU verhalten.

Dem SSW ist es nicht egal, zu welchen Ergebnissen die Regierungskonferenz in Dublin gelangt. Eine der wichtigsten Zukunftsaufgaben der europäischen Zusammenarbeit im allgemeinen ist die Lösung der

**sozialen Probleme** Europas. Ohne eine Verbesserung der Situation der vielen Millionen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfänger in den europäischen Staaten ist eine friedliche und gemeinsame Entwicklung Europas in Gefahr. Der sozialen Dimension muß also in der gemeinschaftlichen Politik eine weitaus bedeutendere Rolle zukommen.

Von Anfang an hat sich die EG mit Wirtschaftspolitik befaßt. Das war damals eine maßgebliche Motivation, als man sich Anfang der fünfziger Jahre mit der EG beschäftigte. Wirtschaftspolitik allein reicht aber nicht. Deshalb müssen Beschäftigungsprogramme Vorrang vor der **Währungsunion** haben. Das sage ich noch einmal, und ich bleibe dabei. Daraus ergibt sich, daß ein Aufweichen der Konvergenzkriterien notwendig ist.

Es würde den Rahmen dieses Redebeitrages sprengen, wenn ich noch auf weitere Einzelheiten einginge. Aber aus meiner Sicht, lieber Ekkehard Klug, ist es so, daß die Währungsunion ein politisches Projekt ist. Ich kann auch Experten zitieren, die sagen, daß die ganze Geschichte unter finanziellen Gesichtspunkten wenig Bedeutung hat. Darum sage ich noch einmal: Das Sparen für Maastricht muß ein Ende haben. Man muß andere Prioritäten setzen. Man meint, daß man irgendwann doch noch zu einer Art Währungsunion kommt. Ich glaube aber nicht, daß es Sinn macht, und so, wie es im Moment durchgezogen wird, bringt es überhaupt nichts.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir wollen eine bürgernahe europäische Zusammenarbeit. Das ist klar. Der SSW unterstützt deshalb eine stärkere Verankerung des Subsidiaritätsprinzips in einem neuen Vertrag. Das **Subsidiaritätsprinzip** - man kann das Wort kaum aussprechen - wird unterschiedlich interpretiert. In Frankreich bedeutet dieses Prinzip etwas ganz anderes als in den skandinavischen Ländern. Das hat etwas mit Politik von oben und mit Politik von unten zu tun. Auch da muß man Klarheit schaffen. Wir wollen Subsidiarität als ein Prinzip für Politik von unten verstanden wissen.

Gleichzeitig fordern wir, daß die nationalen Parlamente ihren Einfluß auf die Entwicklung der

EU durch den **Ministerrat** beibehalten. Denn wie sollen beispielsweise die kleineren Länder, die nur wenige Abgeordnete im Europaparlament haben, ihre Interessen vernünftig vertreten, wenn nicht durch den Ministerrat. Ich weiß, daß man andere Abstimmungsregelungen diskutiert, und ich weiß, daß man diskutiert, das Vetorecht aufzugeben. Aber im Grunde genommen muß man sagen: Die politische Verantwortung liegt bei den nationalen Parlamenten. Die politischen Wege sind da kürzer.

Wenn man im Sommer die Diskussion in Schweden über Lobbyismus im EU-Parlament verfolgt hat und wenn man die Diskussion in Dänemark über den Diätenmißbrauch verfolgt hat, dann sieht man das Problem: Das EU-Parlament Straßburg liegt so weit weg, daß es nur zur Politikverflüchtigung und Politikverdrossenheit führen kann.

Die **Transparenz** der Europäischen Union muß auch verbessert werden. Das ist klar. Daher muß die öffentliche Debatte über die Ziele und Folgen des europäischen Einigungsprozesses verstärkt geführt werden. Das Fällen wichtiger Entscheidungen ohne vorhergehende öffentliche Diskussion ist ein Mangel der bisherigen Europapolitik.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein Beispiel für eine unzureichende Informationspolitik sind die Auswirkungen des Schengener Abkommens über die Öffnung der Grenzen. Auch da könnte ich Ihnen viele Beispiele über die Diskussion im Norden geben, beispielsweise darüber, daß man sich in Dänemark bewußt wird, daß das ganze aus dem öffentlichen politischen Raum herausgezogen wird. Es ist ja nicht so, daß die Kontrolle wegfällt; im Gegenteil. Es wird mehr Kontrolle und mehr Überwachung geben. Wollen wir das?

In der Frage der Minderheiten Europas innerhalb der EU hat sich bisher wenig bewegt, was sich auch nicht ändern wird, solange Länder wie Frankreich oder Griechenland nicht einmal die Existenz von **Minderheiten** innerhalb ihrer Staaten anerkennen. Unsere Erfahrungen im deutsch-dänischen Grenzland beziehen sich auf zwischenstaatliche Lösungen wie die Bonn-Kopenhagener Erklärungen. Für uns ist Minderheitenpolitik

Innenpolitik. Auch die Rahmenkonvention des Europarates zum Schutz nationaler Minderheiten findet im zwischenstaatlichen Raum statt. Das gleiche gilt für die Arbeit der OSCE. Ohne eine Lösung der Minderheitenfrage innerhalb und außerhalb der EU werden wir in der europäischen Zusammenarbeit nicht weiterkommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Unserer Meinung nach sind wir dabei in erster Linie auf **zwischenstaatlich organisierte Gremien** angewiesen.

Dem SSW ist es wichtig, daß es zu einer schnellen und notwendigen Erweiterung in der **Zusammenarbeit mit Osteuropa** kommt. Das wollen wir, und wir wollen auch, daß die einzelnen Mitgliedstaaten in Abstimmung mit ihren europäischen Partnern selbst entscheiden können, in welchem Umfang und in welchen Bereichen sie sich in die Arbeit der europäischen Union einbinden lassen wollen. In eine offenere und flexiblere Zusammenarbeit müssen auch die demokratischen Länder Europas einbezogen werden, die nicht Mitglieder der EU sind. Wir wollen kein zentralistisches Europa - Herr Hennig, das ist ein Modell von gestern -, sondern wir wollen ein für alle Länder offenes Europa.

(Glocke des Präsidenten)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Frau Abgeordnete Spoorendonk, ich darf kurz unterbrechen. Leider ist das rote Licht nach wie vor kaputt. Eigentlich müssen Sie wie auch alle zukünftigen Redner ein bißchen auf die Uhr gucken. Sie haben bereits zwei Minuten überzogen. Ich bitte, zum Schluß zu kommen.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Ich bin glücklicherweise beim letzten Satz. Ich will nur noch einmal ganz deutlich sagen: Wir wollen kein zentralistisches Europa, sondern ein für alle Länder offenes Europa. Eine Vertiefung der Europäischen Union, so wie es im Moment diskutiert wird, kann der SSW nicht mittragen.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung der Herr Abgeordnete Dr. Hennig.

**Dr. Ottfried Hennig [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich komme hierher, um zwei Dinge schnell zu sagen.

Erstens. Frau Kollegin Spoorendonk, Sie sollten zur Kenntnis nehmen, daß die Dänen seinerzeit unter anderem Vorzeichen der Europäischen Union beigetreten sind, nicht zu zwischenstaatlicher Zusammenarbeit oder zu zwischenstaatlichen Gremien. Dieses Europa soll und muß eine andere Qualität haben. Es muß eine gemeinsame Außenpolitik machen. Sonst müssen wir wieder zuschauen, wie beispielsweise in Jugoslawien Völkermord geschieht.

(Beifall bei der CDU)

Unter genau diesen Auspizien sind auch die Schweden und die Finnen beigetreten. Die Norweger leider nicht. Ich hoffe, daß sie diesen Schritt irgendwann nachholen werden.

Das heißt, Zusammenarbeit ist das falsche Stichwort für das, was wir jetzt in Europa zu tun haben.

Zweitens. Ich habe mich insbesondere gemeldet, um den Kollegen Böge gegen einen Angriff des Kollegen Matthiessen in Schutz zu nehmen.

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Wie rührend!)

- Nein, das ist nicht rührend, sondern es ist ganz selbstverständlich. Denn die Aussage, daß der Kollege Böge im Europäischen Parlament gegen die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses gestimmt habe, ist falsch. Das sollten Sie zurücknehmen, Herr Matthiessen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Er hat lediglich bei der Einsetzungsdebatte, nach der dann alle zugestimmt haben, er auch, gesagt,

daß die Kommission unverändert mit ihrer internen Überprüfungsarbeit fortfahren muß und daß er sich selber, weil er schon sehr viel weiß, nicht viele zusätzliche Erkenntnisse davon erwartet. Aber er hat zugestimmt, und ich glaube, er ist ein hervorragender Vorsitzender. Sie sollten solche Falschmeldungen also nicht weiterverbreiten.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Herr Minister Walter.

**Gerd Walter**, Minister für Justiz, Bundes- und Europaangelegenheiten:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Gern nehme ich das Wort von der Führungsaufgabe auf, weil das auch heißt, daß die Notwendigkeit, sich mit Fragen der Europapolitik auseinanderzusetzen, weit über die Mauern dieses Hohen Hauses hinausreichen sollte. Denn wir werden in den nächsten Monaten und Jahren außerordentlich schwierige Diskussionen zu bestreiten haben, vor deren Dimension übrigens manche kleine Kontroverse in dieser Debatte eher verblaßt.

Ich finde es gut, daß der Landtag sich das Thema zu eigen macht; denn die Zukunft der Europäischen Union wird nicht zentralistisch sein, sondern sie wird regionaler werden, und das **Europa der Regionen** kann nicht nur Sache der Landesregierungen, es muß auch Sache der Landtage sein. Ich werde mir deshalb im übrigen erlauben, Ihnen demnächst einen Vorschlag zu machen, von dem ich glaube, daß er geeignet sein könnte, den Landtag kontinuierlicher in die Arbeit des Ausschusses der Regionen einzubeziehen.

Diese Debatte unterstreicht, daß wir in Schleswig-Holstein im Zeichen Europas aus den Gräben des Krieges herausgekommen sind. Es ist im Zeichen Europas gewesen, daß die schleswig-holsteinisch-dänische Aussöhnung zustande kam. Es ist im Zeichen Europas gewesen, daß die alte Grenze nach Osten überwunden werden konnte. Es ist auch im Zeichen Europas, daß die Vision einer Zusammenarbeit rund um die Ostsee Wirklichkeit werden kann. Mit einem Wort: Europäische Zusammenarbeit, europäische Integration, europäische Union sind in unserem ureigensten schleswig-holsteinischen Interesse.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Es gilt in der Tat, Position zu beziehen in einer Zeit, in der sich einige große europäische Entscheidungen bündeln. Wir werden die Ratifikation der Regierungskonferenz im Jahre 1998 bekommen, also Maastricht II. Wir werden die Finanzreform der Europäischen Union im Jahre 1998 verhandeln und ratifizieren müssen. Wir werden den Einstieg in die Währungsunion in den Jahren 1998/99 bekommen. Wir werden danach den Beginn der Osterweiterung erleben, ein Vorhaben, das in unserer Bevölkerung nicht nur mit Begeisterung begrüßt wird. Außerdem werden wir die Reform der Struktur- und Agrarfonds bekommen, etwas, was uns im Detail noch wird sehr beschäftigen müssen. Und alles ist vermengt mit wichtigen nationalen Wahlterminen.

Ich wäre deswegen übrigens froh, wenn deutlich würde, daß wir, Frau Spoorendonk, nicht für Maastricht sparen. Das ist die Ausrede, die bei Finanzministern beliebt ist. Wir sparen für die zukünftige Generation,

(Beifall bei CDU, F.D.P. und Abgeordneten der SPD)

weil die öffentlichen Haushalte in einer Art und Weise überschuldet sind, daß wir auch ohne Maastricht über Sparmaßnahmen entscheiden müßten. Dann kann man trefflich darüber streiten, welches die angepaßten sind. Dazu habe ich eine Meinung. Aber die Ausrede „Maastricht“ in diesem Zusammenhang ist schon der Beginn des Verlierens der Debatte über die Währungsunion.

Es wird ganz schwierige Diskussionen geben. Ich schließe mich gern dem an, was Herr Klug gesagt hat: Alle diese Themen gehören in Deutschland nicht auf den Hauklotz des innenpolitischen Populismus. Ob er in München oder in Hannover steht, das ist ganz gleichgültig. Hier geht es um die Zukunft der Republik.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

Wer würde bestreiten wollen - das klingt ja auch in den Anträgen durch -, daß es **Fehlentwicklungen** in dieser Europäischen Union gibt? Das EU-Europa

hat sich von der Vision, die dem europäischen Projekt zugrunde liegt, ein gutes Stück entfernt. Das **Europa der Regionen** ist eine Antwort auf diese Fehlentwicklung. Die deutschen Länder haben dazu eine ganze Menge beigetragen. Aber nicht alles, was unter der Fahne des deutschen Föderalismus in der Europapolitik segelt, ist deshalb automatisch schon gut und zustimmungswert. Auch die Länder in Deutschland müssen die Grenzen beachten. Deutschland ist keine Föderation unabhängiger deutscher Länder, sondern ein Bundesstaat, der am Ende in Brüssel auch mit einer Stimme sprechen muß.

(Beifall bei der F.D.P.)

Das sage ich als Repräsentant einer Landesregierung. Auch den Ländern muß bewußt bleiben: Die Europäische Union ist eine **Rechtsgemeinschaft**. Sie kann nur so funktionieren. Sie hat keine eigene Polizei. Vorsätzlicher Rechtsbruch à la Sachsen zerstört diese Rechtsgemeinschaft und verstößt deshalb gegen deutsches Interesse, übrigens auch gegen das Interesse aller deutschen Länder, die diese Suppe mit auslöffeln müssen, die uns der sächsische Ministerpräsident in Brüssel eingebrockt hat.

(Beifall bei SPD und F.D.P.)

Die Länder sollten auch in der Lage sein, selbstkritisch mit dem umzugehen, was wir - im Grundsatz richtig - unter der Überschrift des Artikels 23 an Beteiligungsmöglichkeiten der Länder in der Europapolitik erreicht haben. Manches von dem, was sich dort entwickelt hat, hat nichts mit mehr Demokratie zu tun, sondern hat vor allen Dingen mit mehr Beteiligungsbürokratie zu tun. Das muß auf das notwendige und effektive Maß zurückgeschnitten werden.

Was zur Zeit an Diskussionen über die Zukunft der Strukturfonds in der Europäischen Union beginnt, ausgelöst durch ein Positionspapier, das die Bayerische Staatsregierung vorgelegt hat, ist etwas, das des genauen Hinsehens bedarf. Wir wollen alle gern vereinfachen. Es gibt Fehlentwicklungen bei den Gemeinschaftsinitiativen, manche übrigens provoziert durch deutsche Überregulierung. Es gibt Unklarheiten bei den Zielen. Es gibt Überbürokratisierung bei den **Genehmigungsabläufen** - gar keine Frage -, und es gibt viele gute Vorschläge zur **Vereinfachung**.

Aber was hier von der bayerischen Regierung auf den Tisch gelegt worden ist - wir haben nicht die Zeit, das jetzt im Detail zu diskutieren; ich will aber dazu ermuntern, es in naher Zukunft zu tun -, das nützt Bayern, aber es schadet Schleswig-Holstein, und es beschädigt am Ende die europäische Integration.

Die Landesregierung hat deshalb gestern beschlossen, keine vorzeitigen Festlegungen im Kreise der Ministerpräsidenten oder in der Europaministerkonferenz oder sonstwo zu diesem Papier zu treffen, das sich in vielen Teilen gut anhört, in manchem auch unsere Unterschrift verdient hat, aber in vielen Teilen große Probleme aufwerfen kann. Ich kann die Länder in Deutschland nur davor warnen, sich erneut von München am Nasenring durch die Europapolitik und durch die Republik ziehen zu lassen. Hier müssen wir genau hingucken. Ich will dazu ermuntern, dies bei passender Gelegenheit vielleicht auch im zuständigen Ausschuß oder in den Ausschüssen dieses Landtags zu tun.

Lassen Sie mich noch einen Satz zum Thema der **Beschäftigungspolitik** sagen, Herr de Jager oder auch Herr Klug. Das ist eine Diskussion, die im Augenblick sehr aufgeheizt geführt wird. Übrigens hat der Bundesrat - weil Sie gesagt haben, Sie orientierten sich am Bundesrat - auf der letzten Sitzung mit Ausnahme von zwei Ländern auch beschlossen, es solle in den Vertrag. Der Ausschuß der Regionen hat es in der letzten Woche nach ziemlich erbitterter Diskussion ebenfalls beschlossen. Sie haben gesagt, es wäre fatal, wenn es im Vertrag stünde. Es wird am Ende im Vertrag stehen. Die einzige Frage ist, wann der Bundeskanzler den Schritt tut, der nötig ist, um einen Konsens bei den Vertragsverhandlungen zu erreichen. Es wird nicht in der reinen Lehre oder reinen Lesart der schwedischen Regierung drinstehen, auch nicht in der Lesart des sozialdemokratischen Parteitages, aber es wird eine **Verstärkung der Beschäftigungskomponente** im europäischen Vertrag geben, oder es wird Maastricht II nicht geben - in der Zwischenzeit fordern dies übrigens zehn von dreizehn Regierungen, Herr Klug. Und warum? - Nicht weil man sich davon verspräche, durch Regelungen im Vertrag irgendwo auch nur einen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz zu schaffen - das ist überhaupt nicht die Frage -, sondern weil man die Erfahrung gemacht hat, daß die freiwilligen

Zusagen von nationalen Regierungen etwa zur Umsetzung des gemeinschaftlich beschlossenen Weißbuchs „Wachstum, Wettbewerb und Beschäftigung“ - das ist jetzt zwei oder drei Jahre her -, nicht eingehalten würden. Sie werden nicht angewendet. Praktisch nichts von dem, was dieses Weißbuch einmal den Regierungen mit auf den Weg gegeben hat, ist heute realisiert.

Solange die Europäische Union eine Milliarde DM im Jahr an Subventionen für den Tabakanbau aus ihrem Haushalt aufwendet, aber die Finanzminister nicht in der Lage sind, die eine Milliarde DM zur Anschubfinanzierung auf den Weg zu bringen für das größte Zukunftsinvestitionsprogramm, das Europa jemals gesehen hat, nämlich das Programm für die **Transeuropäischen Netze**, so lange wird man die Herzen der Bürgerinnen und Bürger für die Europäische Union nicht zurückgewinnen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Deshalb geht es darum, Zeichen zu setzen, übrigens auch im Hinblick auf die nordische Debatte. Das Zeichen, das es zu setzen gilt, ist, daß es bei dem europäischen Projekt nicht nur um Markt geht, sondern daß es am Ende auch um Menschen geht.

Eine letzte Bemerkung: Es wird in Deutschland schwer sein, für das große Ziel der **Erweiterung** Unterstützung zu finden. Es ist sehr leicht, diese Prognose zu machen. Aber es ist eine Chance für uns alle. Europa ist eben größer als die Europäische Union. Diese Vision bliebe unvollständig - sie hätte übrigens auch keinen Bestand mit einer Armut- und Wohlstandsgrenze mitten durch den europäischen Kontinent -, wenn es nicht am Ende das ganze Europa würde.

(Beifall der Abgeordneten  
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]  
und Martin Kayenburg [CDU])

Aber die Gefahr ist natürlich auch, daß die Erweiterung so etwas sein könnte wie das Trojanische Pferd, mit dessen Hilfe der Bazillus der Freihandelszone in die Europäische Union hineingetragen wird.

Um so wichtiger ist daher Maastricht II. Der Herr Bundespräsident hat das - ich zitiere mit

Genehmigung des Herrn Präsidenten - neulich so ausgedrückt:

„Es wäre absurd, wenn Europa die Strategie der Integration gerade in dem Moment vergessen würde, in dem der Rest der Welt beginnt, sie von ihm zu lernen. Es wäre ebenso absurd, wenn nach 50 Jahren künstlicher und erzwungener Trennung zwischen Ost- und Westeuropa nicht das gemeinsame europäische Erbe in den Vordergrund rückte, sondern am Ende das Nationale.“

Dies zu verhindern, die Renaissance des Nationalistischen und Nationalen, meine Damen und Herren, sollte, allen Meinungsverschiedenheiten auch in diesem Parlament zum Trotz, das gemeinsame Anliegen aller auch bei uns in Schleswig-Holstein sein.

(Beifall bei SPD, CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Der Europaausschuß empfiehlt, den Änderungsantrag Drucksache 14/278 abzulehnen und den Antrag Drucksache 14/245 in der Fassung des Änderungsantrags Drucksache 14/270 anzunehmen.

Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? -

(Ute Erdsiek-Rave [SPD] zur F.D.P.:  
Da können Sie ruhig mitstimmen! Das ist ganz in Ordnung!)

- Wie hat sich die F.D.P. verhalten?

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]:  
Dagegen!)

- Dagegen. Die Beschlußempfehlung des Ausschusses ist damit angenommen worden mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da ist die Welt wieder in Ordnung!)

Ich rufe Punkt 11 der Tagesordnung auf:

**Entschießung zur Abschaffung der Verordnung zur Erhebung von Gebühren für die Auftragsbearbeitung zur Erlangung von Ausgleichszahlungen der Europäischen Union**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/347

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. Das Wort hat der Herr Abgeordnete Hopp.

**Claus Hopp [CDU]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Verordnung zur Erhebung von Gebühren für die Gewährung von Ausgleichszahlungen der Europäischen Union muß endlich abgeschafft werden.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Dies ist die Forderung meiner Fraktion, Herr Minister. Ich glaube, es ist das vierte oder das fünfte Mal, daß ich hier vorn stehe, um diese Forderung zu begründen. Und es ist auch das vierte oder das fünfte Mal, daß Sie, Herr Minister, innerlich zustimmend genickt haben,

(Heiterkeit)

daß ich im Grunde genommen recht habe.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Warum ist es denn eigentlich so schwer, davon abzusehen, uns eine Gebühr aufzuerlegen - Sie haben das ja nicht aus Lust und Tollerei getan, und auch Ihre tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben dies ja nicht aus Lust und Tollerei getan -, die zwar nicht erhoben wird, die aber doch nach wie vor besteht? Sie haben das aus einer Finanzenge und aus Finanzzwängen heraus getan. Wenn sich jetzt herausstellt, daß Sie sich gar nicht trauen können, diese Gebühr zu erheben, weil wahrscheinlich auch die Juristen in Ihrem Hause gesagt haben, „damit könnten wir auf den Bauch fallen“,

(Zuruf von der CDU: Gute Juristen!)

dann frage ich Sie, Herr Minister: Warum zeigt man dann nicht die politische Größe und läßt diese Gebühr endgültig fallen?

(Beifall bei der CDU)

Zunächst war vorgesehen, die Kommission zu veranlassen, ein Vertragsverletzungsverfahren durchzuführen. Davon hat die Kommission Abstand genommen, weil die Gebühren - wie ich eben schon sagte - nicht eingezogen wurden und weil ein nationales Gericht zur Entscheidung angerufen wurde. Das Gericht in Schleswig hat vor einigen Tagen den Europäischen Gerichtshof aufgefordert, eine bindende Entscheidung zu treffen. Die Entscheidung in dem Verfahren in Schleswig wird von der EU als Vorabentscheidung gesehen; jetzt ist der Europäische Gerichtshof gefordert, diesbezüglich - wahrscheinlich aber erst in einem Jahr oder in zwei Jahren; so lange wird das vermutlich dauern - eine Entscheidung zu treffen.

Ich kann meine Forderung nur wiederholen, Herr Minister. Es ist zu hoffen - und aus Ihrer Sicht zu befürchten -, daß der Gerichtshof entscheiden wird: Diese Gebühr würde die schleswig-holsteinischen Bäuerinnen und Bauern zu Unrecht belasten. Wenn das aber so ist - ich nehme an, daß das in Ihrem Hause ebenfalls so gesehen wird -, dann sollten wir diesen Streitpunkt eigentlich - es gibt in der Agrarpolitik so viele Möglichkeiten, sich miteinander auszutauschen - endlich zu den Akten legen und den Weg gehen, den ich Ihnen eben beschrieben habe.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Nicht jeder Minister kann von sich sagen - Sie sind wohl der einzige in Europa -, daß sein Name mit einer Steuer in Verbindung gebracht wird. Darüber kann man lächeln. Mir geht das aber schwer über die Lippen, weil ich weiß, wie sich ein Minister fühlen muß, der so sehr mit einer negativ empfundenen Steuer im ländlichen Raum und in der Landwirtschaft belastet wird. Ich kann nur immer wieder an Sie appellieren, diese Gebühr wegfällen zu lassen.

(Meinhard Füllner [CDU]: Zocker, Abzocker!)

Das Verfahren, das den Landwirten aufgezwungen wurde, nämlich **Ausgleichszahlungen** für die Getreidepreiseinbußen beantragen zu müssen, haben Sie mit einer **Gebühr** belegt. Man kann auch von einer zusätzlichen Strafgebühr sprechen. Das ist für uns wirklich unverständlich.

(Beifall bei der CDU - Peter Jensen-Nissen [CDU]: So ist es!)

Es ist wirklich unverständlich. Wenn jemand einen Bauantrag stellt, ist es verständlich, daß er dafür eine Verwaltungsgebühr zu entrichten hat; das ist eine Selbstverständlichkeit. Wenn ich aber Ausgleichszahlungen, die mir zu Recht zustehen, für einen Schaden beantrage, den ich vorher schon erlitten habe, dann ist es unverständlich und - wie ich meine - auch unmenschlich, dieses Verfahren zusätzlich mit einer Gebühr zu belegen. Da Schleswig-Holstein das einzige Bundesland ist, das diese Gebühr erhebt - und Sie sind nun einmal der dafür verantwortliche zuständige Minister -, muß es doch eigentlich allen allmählich zu denken geben, daß man davon Abstand nehmen sollte.

Wir haben dieses Thema heute deshalb noch einmal auf die Tagesordnung setzen lassen, auch in Ihrem Sinne, Herr Minister, und auch, damit Sie keinen weiteren Schaden nehmen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die CDU hat ja ihre Lieblingsthemen. Claus Hopp, vier- oder fünfmal - das bedeutet ja, daß dieses Thema nicht nur einmal in jeder Legislaturperiode, sondern mehrmals aufgegriffen wird. Wir können unsere Manuskripte also aufheben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sie bleiben immer wieder aktuell. Rabenvögel und Gebührenfrage haben also einen sehr hohen Unterhaltungswert.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die Auswirkungen der Bonner Finanzpolitik auch!)

Man möchte meinen, es sei schon alles gesagt worden - auch während des Wahlkampfes; Sie haben das Thema ja weidlich ausgewälzt. Aber der CDU reicht es nicht, und sie will wohl mit diesen - ich betone das - Scheinaktivitäten

(Beifall bei der SPD)

von der jahrelang verfehlten Landwirtschaftspolitik ihrer politischen Entscheidungsträger ablenken.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei CDU und F.D.P.)

- Nein? - Das muß doch wohl so sein.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Wer ist damit gemeint, Hans Wiesen?)

Ich versuche einmal, auf Fakten einzugehen. Die Unredlichkeit der CDU beginnt schon beim Begrifflichen. Es handelt sich nicht um eine Steuer, es handelt sich um eine **Gebühr**.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Im Ergebnis ist es aber das gleiche!)

Lieber Claus Hopp, laß diesen Begriff „Wiesen“-Steuer“. Ich halte es auch für ein bißchen „scheinheilig“ - so will ich einmal in Anführungszeichen sagen -, hinterher den armen Minister zu bemitleiden, daß dieser Begriff mit seinem Namen belegt sei. Es ist keine Steuer, es ist eine Gebühr.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Also sagen wir: Wiesengebühr!)

In allen öffentlichen Institutionen - übrigens auch bei der Landwirtschaftskammer - ist es durchaus gängige Praxis, für Leistungen Gebühren zu erheben.

(Beifall bei der SPD - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Hier erbringt aber keiner eine Leistung!)

Oder erheben zum Beispiel die Amtsvorsteher Ehlers, Hopp und Siebke in ihren Ämtern keine Gebühren?

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das wäre ja das erstmal, daß Wiesen etwas leistete!)

Herr Jensen-Nissen, ich frage Sie: Ist Schuby eine gebührenfreie Zone? Dort bekommen die Bürger eine Leistung - es wurde hier davon geredet, daß die Bürger zu Recht eine Leistung erhielten - ebenfalls zu Recht, auch wenn sie eine Gebühr bezahlen müssen.

Um auch dies deutlich zu machen: Es ist nicht die Schuld der Landwirte, daß wir in Europa eine grundsätzlich falsche und schlechte Landwirtschaftspolitik betreiben. Ihre Funktionäre - und vor allen Dingen die Bonner Regierungsparteien - tragen daran aber ein ganz gerütteltes Maß an Verantwortung.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Alte Leier!)

Wenn das eine alte Leier ist,

(Gerhard Poppendiecker [SPD]: Aber recht hat er, Peter!)

dann frage ich mich, warum dann nicht eine Umkehr stattfindet. Es ist den Verbrauchern und Steuerzahlern aber nicht zuzumuten, in Form von **Verwaltungskosten** nochmals für diese verfehlte Politik bezahlen zu müssen. Das, meine Damen und Herren von der CDU, ist unsere prinzipielle Aussage.

Ich möchte mich hier nicht auf weitere Spekulationen über die Rechtmäßigkeit der Abgabe einlassen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Warum nicht?)

In diesem Zusammenhang ist ein Verfahren anhängig, und wir erwarten eine Klarstellung von seiten des Europäischen Gerichtshofs.

(Beifall bei der SPD)

Allerdings beurteile ich die drei Urteile des OVG Schleswig durchaus anders als Herr Hopp, Herr Ehlers, denn das OVG Schleswig erwartet eine Klärung durch den Europäischen Gerichtshof, und wir erwarten, daß die Haltung der Landesregierung bestätigt wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und wenn nicht?)

Sollte die Gebührenerhebung nicht dem EU-Recht entsprechen, dann werden wir die Gebühr nicht mehr erheben;

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Aha!)

allerdings sage ich an dieser Stelle auch klipp und klar: Für sachlich gerechtfertigt halte ich sie nach wie vor. Das ist keine Vorabentscheidung. Dies sage ich, damit hier nicht so etwas im Raum stehenbleibt.

Wir sollten die drei Urteile differenzierter betrachten; denn in dem einen Fall, was die Schafprämie anlangt, haben wir ja Recht bekommen. Das ist entschieden, Herr Hopp; das sagen Sie ja auch deutlich.

1994 wurden zirka 400 Millionen DM an EU-Mitteln an Landwirte in Schleswig-Holstein ausgezahlt. Die Bearbeitung der Anträge - ebenfalls aufgrund der komplizierten EU-Richtlinien - kostete das Land zirka 4 Millionen DM an Verwaltungskosten. Das ist eine reine Auftragsverwaltung, von Schleswig-Holstein für die EU ausgeführt.

Ein Landwirt, der 20 000 DM an EU-Subvention erhält, müßte dafür zirka 200 DM an Gebühren bezahlen. Bei dieser Relation von Abzocken, von sozialer Kälte oder von einer Existenzbedrohung der bäuerlichen Betriebe zu sprechen,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn sonst?)

ist schlichtweg bösartig. Gleichwohl sollte man überlegen, ob man nicht zu einer sozialen Staffelung kommen kann, die Kleinbetriebe entlasten würde. Großbetriebe müßten dann etwas höher veranlagt werden. Herr Minister, ich möchte Sie wirklich bitten, darüber noch einmal nachzudenken.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

So, wie der Begriff „Steuer“ böswillig verwendet wird, werfen Sie alle anderen Abgaben in einen Argumentationsbrei. Da werden die Abwasserabgabe, der Wassergroschen und anderes ins Spiel gebracht.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ganz schlimm!)

Vernebelung und Ablenkung von der eigenen Ideenlosigkeit ist die Triebfeder.

Diskutieren Sie doch einmal mit dem gleichen Engagement die Auswirkungen der Bonner Sparpakete auf die kleinen bäuerlichen Betriebe. Regen Sie sich über die Kürzungen im Landwirtschaftshaushalt mit der gleichen Vehemenz auf; das wäre schön. Wo bleibt Ihr Einsatz für neue Wege zu einer verbraucher- und umweltorientierten Produktion in der Landwirtschaft?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Sie wissen ganz genau, daß die industrielle Agrarwirtschaft in eine Sackgasse führt und den landwirtschaftlichen Familienbetrieb zerstört.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Die Landwirtschaft verkommt zu einem Produktionszweig der chemischen Industrie, und darüber regen Sie sich nicht auf.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Was hat das mit der "Wiesen"-Steuer zu tun?)

Diese Überlebensfrage wird von CDU und F.D.P. nicht gestellt, beziehungsweise das wird sogar lächerlich gemacht. Statt dessen instrumentalisieren Sie Nebenkriegsschauplätze und stilisieren die Frage nach einer Gebühr zur Überlebensfrage für die Landwirtschaft hoch. Das ist einfallslos und obendrein unehrlich.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Auf einer Veranstaltung mit Minister Wiesen in meinem Wahlkreis wurde dieses Thema von einem

Verbandsvertreter ebenfalls zur Sprache gebracht. Ihnen hätten die Ohren geklingelt, wenn Sie die Antwort gehört hätten. Der Landwirt sagte wörtlich: Peanuts! Ich habe andere Sorgen.

Ich hoffe, daß Sie bald bereit sein werden, mit uns in einen ernsthaften Dialog über die wirklichen Probleme der Landwirtschaft einzutreten. Dazu bedarf es aber erst des Eingeständnisses, daß die Bonner und Brüsseler Landwirtschaftspolitik gescheitert ist. Die Bauern haben dies offensichtlich begriffen und richten ihren Protest in letzter Zeit immer massiver gegen die CDU - auch in Kiel - und gegen ihre eigenen CDU-Funktionäre.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Weil sie von Ihnen gar nichts mehr halten!)

- Diesen Vernebelungsvorstoß der CDU werden wir ablehnen, Herr Dr. Hennig. Ich möchte nicht zitieren, was Sie nach der Bauerndemonstration geäußert haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das können Sie gern voll zitieren!)

#### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, ich möchte noch einmal auf folgendes hinweisen: Das rote Licht leuchtet wirklich nicht, so daß jeder Redner ab und zu mal auf die Uhr gucken muß, um festzustellen, wieviel Redezeit er noch hat.

Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Was hat der Landwirtschaftsminister von Schleswig-Holstein mit Johann Weck oder Humphrey Bogart gemeinsam? Johann Weck lebte von 1841 bis 1914

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Da lebte er noch nicht! - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: So alt ist er auch noch nicht!)

und war Erfinder. Nach seiner Entwicklung eines Glases zur Hitzekonservierung von Lebensmitteln wurde dieses „Weckglas“ genannt, und dieser Vorgang heißt seitdem Einwecken.

Der Schauspieler Humphrey Bogart hatte eine bestimmte Angewohnheit, Zigaretten zu rauchen, und im Amerikanischen heißt „paffen“ seitdem „to bogart“. Vielen - dies sage ich in Anknüpfung an die Aktuelle Stunde heute morgen - ist sicherlich der Song erinnerlich: Don't bogart the joint, my friend!

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Wie diese berühmten Männer hat auch Hans Wiesen das seltene Privileg, daß sein Name Pate eines umgangssprachlichen Neologismus geworden ist. Das Ding heißt „Wiesen“-STeuer.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Als Sänger ist er bedeutend!)

Herr Minister, Sie wissen, daß ich in einer anderen politischen Situation - es war Wahlkampf - diese Gebühr nicht gerade gelobt habe.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber jetzt!)

Aber die Zeiten ändern sich.

(Beifall bei der F.D.P. - Unruhe bei der CDU)

Natürlich wird diese Verwaltungsgebühr in anderen Bundesländern nicht erhoben. Insofern könnte man von einer Benachteiligung unserer Landwirtschaft reden. Die Ursachen dafür sind aber nicht hier im Lande zu suchen.

(Lachen bei CDU und F.D.P.)

#### Die "Wiesen"-Steuer

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Die heißt jetzt Wiesengebühr!)

hat nämlich ihre Logik. Sie ist darin begründet, daß die große Agrarreform 1993 mit einem unbeschreiblichen bürokratischen Verwaltungsaufwand einherging.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: In den 15 anderen Ländern nicht?)

Angesichts der Tatsache, daß die Ausgleichszahlungen in Schleswig-Holstein bekanntlich recht üppig sind, ist der Wettbewerbsnachteil durch die Gebühr sehr relativ. Es gibt also gute Gründe für die "Wiesen"-Steuer. Insbesondere ist die Dämpfung der **Verwaltungskosten** zu nennen, deren Abwälzung auf die Landeskasse eine weitere Subventionierung der Landwirtschaft wäre.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Als nicht so relativ ist es aber anzusehen, Herr Kubicki, wie die Kriterien der Ausgleichszahlung ausgestaltet sind. Ich rede von der **Nettoflächenberechnung**. In der Tat ist es für einen Landwirt heutzutage dreimal zu überlegen, ob er dort, wo ein Wirtschaftsgebäude an seine Wirtschaftsflächen grenzt, Birken pflanzt, weil ihm das sofort subventionsmindernd ins Portemonnaie greifen würde. Je dichter an den Knick herangepflügt wird, desto mehr Geld gibt es. Das ist ein unhaltbarer Zustand.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Das ist doch nun wirklich Quatsch!)

Das ist ein unhaltbarer Zustand, bei dem der ständige Konflikt zwischen Naturschutz und Wirtschaftsinteressen vorprogrammiert ist. Das wäre ein Feld, das sich agrarpolitisch zu beackern lohnte, Herr Jensen-Nissen und Herr Hopp.

Die Einflußnahme der Bundesregierung in Brüssel hin zu einer Bruttoflächenberechnung ist gleich Null. Wie wäre es, Herr Jensen-Nissen, wenn Sie den Kollegen Ihrer Partei in Bonn und in Europa einmal etwas Dampf machten, statt hier in Kiel Pillepalle zu machen und Vorführanträge zu stellen? - Wir werden den Antrag der CDU selbstverständlich ablehnen.

(Zuruf von der CDU: Ein guter Eiertanz!)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat die Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

**Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich finde, Herr Matthiessen ist in einem Punkt zu loben, nämlich darin, daß ihm auffällt, daß er vor der Wahl anders gesprochen hat, als er das jetzt hier tut, und das auch sagt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU -  
Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Anerkennung!)

Dafür sollte man ihm Anerkennung aussprechen, wengleich ich in der Schlußfolgerung nicht mit ihm übereinstimmen kann.

Herr Wodarz, anders als Sie hoffe ich natürlich, daß wir die Manuskripte über die "Wiesen"-Steuer endlich einmal zu den Akten legen können. Ich freue mich, daß Herr Matthiessen einen Weg gefunden hat, den Namen Wiesen mit Humphrey Bogart in Verbindung zu bringen. Das ist schon eine Leistung, die ihresgleichen sucht.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Sie trafen sich in Casablanca! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Schau mir in die Augen, Kleines!)

Ich erlaube mir, den Begriff „**Wiesen-Steuer**“ zu verwenden, weil ich, wie Claus Hopp, ganz sicher bin, daß der Minister im Geiste dem Antrag von Claus Hopp zustimmt und mit Sicherheit äußerst ungerne die vielen Hiobsbotschaften für die Landwirtschaft im Lande verkauft, die er unter dieser Landesregierung zu verkaufen hat.

Die "Wiesen"-Steuer ist einzigartig. Das ehrt uns nicht. Sie ist ein Dauerbrenner in der agrarpolitischen Diskussion. Nur Schleswig-Holstein verlangt von den Landwirten eine Gebühr für die Bearbeitung ihrer Anträge zur Erlangung der Ausgleichszahlungen von der Europäischen Union. Die F.D.P. lehnt diese Gebühr ab; das haben wir vielfach gesagt.

(Beifall des Abgeordneten Claus Hopp [CDU])

Ich möchte auf eines aufmerksam machen: Mit dieser Gebühr macht die Landesregierung jedem Landwirt und jedem Bürger in diesem Land ganz deutlich, wie sie zur Landwirtschaft steht. Vollmundige Erklärungen zur Landwirtschaft gibt es viele. Diese braucht niemand. Die Landwirtschaft in diesem Lande braucht Taten. Man sollte sich nur einmal den „Agrarreport“ gründlich durchlesen. Aber in Schleswig-Holstein heißen die Taten der Landesregierung zur Landwirtschaft: Abkassieren, mehr nicht.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Es ist schon richtig, daß die Verwaltungsleistung der Antragsbearbeitung nur dieser einen Berufsgruppe zugute kommt. Das begründet aber nicht, daß diese Gruppe für **Verwaltungsleistungen** bezahlen muß, während andere Gruppen, die finanzielle Unterstützungen erhalten, nicht bezahlen müssen. Wohngeldbezieher zahlen keine Gebühren. Die Bearbeitung des Lohnsteuerjahresausgleichs ist ebenfalls gebührenfrei. Aber Landwirte sollen zahlen.

Dies könnte begründet werden, wenn die Landwirtschaft zu den einkommensstarken Berufsgruppen im Lande gehörte. Aber das ist nicht der Fall. Der in diesem Jahr veröffentlichte „Agrarreport“ weist aus, daß auch im vergangenen Jahr nur 20 % der Vollerwerbsbetriebe im Vergleich zu anderen Berufsgruppen eine positive Einkommensbilanz aufweisen. 19 % der Betriebe erwirtschafteten ein Betriebseinkommen unter 70 % des Einkommens vergleichbarer Berufsgruppen. Auch wenn diese Zahlen günstiger sind als im übrigen Bundesgebiet, Argumente für eine zusätzliche Belastung unserer landwirtschaftlichen Betriebe sind sie nicht.

Auch der Bericht des Agrarministers stellt fest: Die Lage der landwirtschaftlichen Betriebe ist nicht zufriedenstellend. Vor diesem Hintergrund ist das Beharren der Landesregierung auf dieser Gebühr nicht zu verstehen. Sie stellt eine **Wettbewerbsverzerrung** dar, und man sollte diese auch nicht kleinreden, wie das hier versucht wird. Sie verschlechtert die Wettbewerbssituation unserer Betriebe zusätzlich zu den besonderen Belastungen für schleswig-holsteinische Landwirte durch die Grundwasserentnahmeabgabe und die überhöhte Fleischbeschaugebühren. - Herr Minister, für die

Betriebe, die das zahlen müssen, ist das nicht zum Lachen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bürokratischer Extraaufwand bei der Umsetzung des Landesnaturschutzgesetzes - Beispiel Knickerlaß. Warum so viel Mißtrauen einer Landwirtschaft gegenüber, die diese Kulturlandschaft in Schleswig-Holstein fördert?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Für 1995 wurde im Landeshaushalt ein Aufkommen in Höhe von 3,5 Millionen DM aus der Gebühr erwartet. Tatsächlich gingen gerade 637 000 DM ein, weniger als 20 %. Auch dies ist eine Ungerechtigkeit. Die einen haben gezahlt, die wenigsten allerdings. Die Landwirtschaft hat mit Verweigerung reagiert, weil von Anfang an klar war, daß der schleswig-holsteinische Sonderweg rechtlich nicht abgesichert ist. Die EU-Kommission hält die Erhebung der Gebühren für unrechtmäßig. Das Verwaltungsgericht hat Zweifel an der **Rechtmäßigkeit** der schleswig-holsteinischen **Gebührenerhebung** geäußert. Jetzt hat sich der Europäische Gerichtshof damit zu beschäftigen. Welcher Sinn liegt eigentlich darin, auch noch europäischen Gremien aufzuzeigen, welcher geringen Stellenwert die Zukunft der Landwirtschaft für die schleswig-holsteinische Landesregierung hat? Nur, um heute das Gesicht zu wahren, lohnt es sich nicht, sich morgen eine Niederlage beim EuGH in Luxemburg zu holen. Es ist an der Zeit, diesen Spuk zu beenden. Die Abschaffung der "Wiesen"-Steuer ist fällig. Sie ist rechtlich zweifelhaft, führt zu Wettbewerbsverzerrungen und ist politisch verfehlt. Es gibt keinen vernünftigen Grund, sie beizubehalten.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

**Das Wort hat jetzt Herr Abgeordneter Gerckens.**

**Peter Gerckens [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Schon jahrelang plädiert der SSW dafür, daß wir unsere landwirtschaftlichen Familienbetriebe

wirtschaftlich und finanziell nicht weiter belasten dürfen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb hat sich der SSW seinerzeit auch im Landtag gegen die Gebührenverordnung bezüglich der Antragsbearbeitung bei EU-Ausgleichszahlungen, die sogenannte "**Wiesen**"-**Steuer** - daran führt kein Weg vorbei: so heißt sie nun einmal -, ausgesprochen.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Dazu steht der SSW auch weiterhin. Für die Landwirte geht es im einzelnen nicht um große Summen. Das wissen wir. Aber prinzipiell sind wir der Meinung, daß die Kosten von Maßnahmen, die in Brüssel beschlossen werden, nicht einfach auf die Landwirte abgewälzt werden sollten. Der einzelne Landwirt hat sich die Regelungen, die für die Landwirtschaft in der Europäischen Union gelten, nicht ausgesucht und sollte deshalb auch nicht durch den Verwaltungsaufwand belastet werden.

Die Landwirtschaft steckt zur Zeit in einer tiefen Strukturkrise. Das wissen wir. Speziell die kleineren landwirtschaftlichen Betriebe in unserem Lande haben gewaltige Probleme. Das ist allen bekannt. Ich brauche nur das Stichwort BSE zu nennen. Wir alle wissen um die existentiellen Probleme, von denen der ganze landwirtschaftliche Bereich betroffen ist. Auch vor diesem Hintergrund ist der SSW gegen zusätzliche **finanzielle Belastungen** der schleswig-holsteinischen **Landwirtschaft**.

Natürlich haben wir Verständnis für die Probleme, die dem Landwirtschaftsministerium in Verbindung mit dem Verwaltungsaufwand für die Antragsbearbeitung von EU-Ausgleichszahlungen entstanden sind. Es ist unbestritten, daß dadurch Kosten in zweistelliger Millionenhöhe durch Personalaufwand oder zusätzliche EDV-Anschaffungen angefallen sind. Doch wir fragen uns, warum Schleswig-Holstein als einziges Land diese Kosten zum großen Teil an seine Landwirte weitergeben will. In keinem anderen Bundesland gilt eine solche Verordnung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

So gerne wir sonst Schleswig-Holstein in einer Vorreiterrolle sehen, in diesem Falle können wir dem nicht zustimmen.

Die bisherigen Ergebnisse der angestrebten Musterprozesse beim Verwaltungsgericht in Schleswig haben gezeigt, daß diese Gebührenverordnung rechtlich zumindest fragwürdig ist. Die Brüsseler Verordnung besagt nämlich, daß die Ausgleichszahlungen ungeschmälert in voller Höhe ausgezahlt werden sollen. Deshalb sind diese Verfahren jetzt an den **Europäischen Gerichtshof** überwiesen worden.

Man könnte natürlich sagen, der Landtag solle erst einmal die Entscheidung des Europäischen Gerichtshofes zu dieser Gebührenverordnung abwarten, auch wenn die Landwirte im Moment durch diese Gebühr nicht belastet werden, da das Landwirtschaftsministerium im Einvernehmen mit dem Bauernverband bis zum Prozeßentscheid auf eine Erhebung verzichtet hat. Doch da der SSW prinzipiell gegen die Einführung dieser Gebühren war und sie als ungerecht empfindet, werden wir den Antrag der CDU zur Abschaffung der "Wiesen"-Steuer, Herr Minister, mittragen.

(Beifall bei SSW, CDU und F.D.P.)

Wir haben uns gerade mit dem Thema Europa intensiv beschäftigt. Ich meine, gerade eine solche Gebühr trägt nicht zur Vertiefung des Verständnisses von einem Europa und schon gar nicht von einem Europa der Regionen bei. Auch da ist dies also kontraproduktiv.

Ein kleines Wort zum Kollegen Matthiessen. Ihr Bekenntnis zum Sinneswandel ist beeindruckend, muß ich sagen. Vergleichen kann ich es nur mit dem Ausspruch eines berühmten dänischen Politikers. Der hieß Jens-Otto Kragh. In Verbindung mit einer Diskussion um das Referendum 1972 sagte er: Man vertritt einen Standpunkt, bis man einen neuen hat. - Das machte ihn bekannt, aber nicht besonders beliebt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Humphrey Wiesen!)

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume,  
Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Es ist mir natürlich ein großes Vergnügen, zu diesem zentralen Thema der Agrarpolitik das fünfte oder sechste Mal hier im Landtag sprechen zu dürfen,

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Martin  
Kayenburg [CDU]: Das sollte Ihnen  
eher peinlich sein!)

wobei ich denn auch beim fünften oder sechsten Mal anmerken möchte: Überzeugender wäre ein solcher Antrag, wenn gerade die, die ihn besonders begründen - Claus Hopp oder Claus Ehlers, Peter Jensen-Nissen, Meinhard Füllner -, die alle Kommunalpolitiker sind, sich schon einen Namen damit gemacht hätten, daß sie gegen die Abschaffung jeglicher Verwaltungsgebühr kämpfen. Das habe ich aber noch nicht gehört. Das wäre überzeugender.

(Beifall bei der SPD - Hans Siebke  
[CDU]: Von Tuten und Blasen keine  
Ahnung, Herr Minister! - Heiterkeit)

- Macht nichts, Herr Siebke. Ich mache trotzdem weiter, nicht wahr?

(Hans Siebke [CDU]: Von  
Kommunalpolitik keine Ahnung!)

Meine Damen und Herren, es ist auch hoch interessant, daß nach dem fünften oder sechsten Mal von denen, die - aus welchen Gründen auch immer oder aus guten Gründen - gegen eine solche Verwaltungsgebühr sind, noch nicht einmal das Wort „Steuerzahler“ in den Mund genommen worden ist. Denn es gibt nur ein paar Möglichkeiten. Entweder die EU bezahlt das über den **Steuerzahler**, die Landwirte bezahlen das, oder es bezahlt der schleswig-holsteinische Steuerzahler aus dem allgemeinen Haushalt. Warum wird dann nicht ehrlich geantwortet und gesagt: Wir möchten nicht, daß die Landwirte es zahlen, sondern wir möchten, daß es die Steuerzahler zahlen?

(Beifall bei der SPD - Zuruf des  
Abgeordneten Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.]

Das kann doch einmal gesagt werden! Das wäre eine wunderbare Klarstellung.

Die **Gerichtsentscheidung** des Verwaltungsgerichts vom 18. Oktober begrüße ich sehr, weil wir uns ja von Anfang an verabredet haben, daß ein Vorlagebeschluß beim Europäischen Gerichtshof notwendig ist, damit rechtliche Klarheit geschaffen wird. In einem Punkt hat uns das Verwaltungsgericht recht gegeben, nämlich als es um die Schafprämien ging. Insgesamt sind wir dafür, daß der Europäische Gerichtshof darüber entscheidet.

Frau Kollegin Happach-Kasan, es gibt keine Weigerung der Landwirte, die Gebühr zu zahlen, die mit der wirtschaftlichen Situation der Landwirte auch relativ wenig zu tun hat. Es hat keine Verweigerung gegeben, sondern sowohl der Bauernverband als auch die Landesregierung haben im „Bauernblatt“ ständig dazu aufgefordert, daß die Landwirte keine Gebühren einzahlen sollten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist  
ja schön! - Zuruf des Abgeordneten  
Thomas Stritzl [CDU])

- Herr Stritzl, wenn Sie das nicht wissen, ist das ja auch nicht schlimm. Die Gebühr kann und soll natürlich erst erhoben werden, wenn wir dafür eine rechtliche Grundlage haben.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Aha! Ihr  
Antrag hat also keine  
Rechtsgrundlage!)

Darüber wird vom Europäischen Gerichtshof entschieden und nicht durch den Antrag der CDU-Fraktion, den ich gern ablehne.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Wer dem Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 14/347, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Der Antrag ist abgelehnt mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU, F.D.P. und SSW.

Jetzt treten wir in die Mittagspause ein. Ich wünsche Ihnen einen guten Appetit. Ich unterbreche die Sitzung bis 15.00 Uhr.

(Unterbrechung: 13.02 bis 15.02 Uhr)

### Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:

Meine Damen und Herren, die Sitzung ist wiedereröffnet.

Ich rufe Punkt 5 der Tagesordnung auf:

### Kinder- und Jugendbeauftragte/r

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/341

Änderungsantrag der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW] und Peter Gerckens [SSW]  
Drucksache 14/371

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache. - Wer meldet sich von der SPD zu Wort? - Sie haben das Wort, Herr Abgeordneter Baasch.

### Wolfgang Baasch [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Kinder und Jugendliche, ihre Interessen und ihre Rechte, sollen im Rahmen der Politik gestärkt werden. Die oder der von uns, von der Sozialdemokratie und den Bündnisgrünen, beschriebene **Kinder- und Jugendbeauftragte** soll eine Anwältin oder ein Anwalt für die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.):  
Wunderbar!)

Die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte ist ein Baustein eines kinder- und jugendpolitischen Weges, auf dem die **Beteiligungsrechte von Kindern und Jugendlichen** umfassend gestärkt und ausgebaut werden sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.): Bravo!)

Bei Planungen von Vorhaben, die die Interessen von Kindern und Jugendlichen berühren, sind die Kommunen heute verpflichtet, diese zu beteiligen. Kommunale Jugendbeiräte oder Jugendparlamente sind in der **Kommunalverfassung** gesetzlich abgesichert. Um diesen Weg konsequent fortzuführen, müssen die Einflußmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen in allen politischen Bereichen ausgebaut und gestärkt werden.

(Beifall bei SPD und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN -  
Wolfgang Kubicki [F.D.P.):  
Wunderbar! Wahllalter 14!)

Die oder der Landeskinderbeauftragte ist hier eine bewährte Institution, die jetzt aus der Ehrenamtlichkeit in die **Hauptamtlichkeit** gehoben wird.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.): Das ist  
das Wesentliche!)

Die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte wird in der Zukunft weisungsunabhängig bei der **Staatskanzlei** angesiedelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.): Na!  
Dorthin gehört er auch, in die  
Staatskanzlei!)

Die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte wird darauf achten, daß die schleswig-holsteinische Landesregierung die Interessen und Rechte von Kindern und Jugendlichen berücksichtigt und daß die Belange von Kindern und Jugendlichen überall Berücksichtigung finden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Genau!  
Die müssen überall das Wahlrecht  
haben! Auch die Sechsjährigen!)

- Ja, dann würden sie vielleicht auch klügere Sachen machen, als Sie es zum Beispiel tun.

(Beifall bei SPD und  
BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

Die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte soll die gesellschaftliche Situation von Kindern und Jugendlichen beobachten und auf Entwicklungen hinweisen, die für Kinder und Jugendliche schädlich sind, oder Entwicklungen fördern und initiieren, die für Kinder und Jugendliche förderlich sind.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Glücksspiel!)

In einer Gesellschaft, in der Kinder und Jugendliche immer mehr eine Minderheitenrolle einnehmen, besteht die Gefahr, daß die Interessen von Kindern und Jugendlichen nicht wahrgenommen werden. Kinder und Jugendliche müssen also die Möglichkeit haben, ihre Positionen zu entwickeln und ihre Meinungen zu äußern.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kinder  
an die Macht!)

Das können Kinder und Jugendliche durch Kinder- und Jugendparlamente, Kinderausschüsse, Zukunftswerkstätten und ähnliche Veranstaltungen tun.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das  
wissen wir doch längst!)

Die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte wird da sehr genau zuhören müssen - Herr Kubicki! -,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Ja, ich  
höre auch zu!)

um dann die Äußerungen von Kindern und Jugendlichen weiterzugeben oder in die politischen Prozesse einzubringen.

Wer heute morgen die „Kieler Nachrichten“ gelesen hat, der weiß, daß Jugendliche sehr wohl sehr kritisch der Zukunft gegenüberstehen und von der Politik einiges an Veränderungen erwarten - oder eigentlich nichts mehr oder wenig von der Politik erwarten.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang  
Kubicki [F.D.P.] )

Dazu gehört dann sicherlich auch Ihr politisches Handeln, Herr Kubicki, wenn man denn Schuldzuweisungen nicht nur einseitig verteilen will.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang  
Kubicki [F.D.P.] )

Zum Anforderungsprofil einer oder eines Kinder- und Jugendbeauftragten gehört, die Interessen von Kindern und Jugendlichen als **Aufgabe mit Querschnittsfunktionen** wahrzunehmen. Fragen des Wohnungsbaus, der Stadtplanung, Fragen der Gestaltung von Freiräumen für Kinder und Jugendliche sowie Schulplanung, aber auch Verkehrsplanung sind Felder, in denen die Interessen von Kindern und Jugendlichen Berücksichtigung finden müssen. Es gibt genug Beispiele dafür, daß an Kindern und Jugendlichen vorbei geplant und gehandelt wird.

So können Achtjährige kaum Fahrpläne an Haltestellen des ÖPNV lesen, weil diese im Regelfall entsprechend der Größe von Erwachsenen angebracht sind, nämlich viel zu weit oben. Spielplätze können nur benutzt werden, wenn man Gefahren bergende Hauptverkehrsstraßen überquert, und es gibt auch immer noch die berühmten Rasenflächen, auf denen nicht Fußball gespielt oder getobt werden darf. Auf neue Trends wie Skateboard fahren oder Inlineskaten wird mit Verboten reagiert, anstatt Kindern und Jugendlichen die Möglichkeit zu geben, diese Aktivitäten für die Freizeit zu nutzen und sie durch die Schaffung geeigneter Anlagen zu unterstützen.

(Beifall der Abgeordneten Konrad  
Nabel [SPD] und Wolfgang Kubicki  
[F.D.P.] )

Aber Kinder und Jugendliche haben nicht nur diese Erfahrungen mit einer oft kindernegierenden beziehungsweise **kinderfeindlichen Umwelt** gesammelt, sie erfahren auch, daß Familien mit Kindern oft nur schwer geeigneten Wohnraum finden, daß es kinderreiche Familien und Alleinerziehende mit deren Kindern besonders schwer haben, bezahlbaren Wohnraum zu finden. Kinderzimmer sind heute vom Grundriß her oft nicht viel größer als größere Abstellkammern.

(Dr. Otfried Hennig [CDU]: Soweit zur segensreichen Arbeit von Herrn Hager!)

Arbeitslosigkeit der Eltern führt dazu, daß etwa 2 Millionen Kinder mit ihren Eltern in finanziellen Schwierigkeiten leben. Diese sehr belastenden Lebenssituationen verschärfen sich noch, wenn Kinder - es sind mittlerweile über 1 Million Kinder - als erste Erfahrung den Sozialstaat auf dem Weg zum Sozialamt kennenlernen. Das kann eigentlich auch nicht das Ziel von Politik sein.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Kinderfeuerwehr!)

Etwa 40 000 Kinder verunglücken jedes Jahr im **Straßenverkehr**. Unsere Form der Mobilität gefährdet Kinder.

**Umweltkatastrophen** gefährden die Gesundheit von Kindern und Jugendlichen. Erkrankungen der Atmungsorgane und Hautallergien hat heute schon fast jedes fünfte Kind.

Die **Medien** setzen Kinder und Jugendliche extremen Belastungen aus. Filme mit Gewaltdarstellungen belasten die Entwicklung von Kindern. Aber auch körperliche Gewalt und sexuelle Gewalt an Kindern und Jugendlichen sind in unserer Gesellschaft Realität. Über 1 Million Kinder werden von Eltern mit Gegenständen geschlagen. Diese erfahrene Gewalt wird weitergegeben. Viele Kinder haben Angst vor der Gewalt anderer Kinder.

Diese und andere Themen soll die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte aufgreifen und als Anwältin oder Anwalt die Interessen von Kindern und Jugendlichen bündeln und in die politische Diskussion einbringen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Die Verbesserung der Lebensqualität von Kindern und Jugendlichen gehört genauso dazu wie die Förderung des sozialen Lernens und die Überprüfung von Konzepten und Planungen auf ihre Kinderfreundlichkeit.

Es ist dringend nötig, daß öffentliche und private Stellen über die Rechte von **Kindern und Jugendlichen** informiert werden. Eine Politik für Kinder und Jugendliche braucht einen direkten Kontakt, einen direkten Draht zu Kindern und Jugendlichen. Für die Politik der Landesregierung soll dies die oder der Kinder- und Jugendbeauftragte leisten.

Wir brauchen eine umfassende Politik für Kinder, um der Verantwortung für die Zukunft gerecht zu werden. Politik für Kinder ist nicht einfach nur eine Lobbyarbeit, sondern sie ist direkte Politik für die Zukunft unserer Gesellschaft insgesamt.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Meine Damen und Herren, auf der Tribüne begrüße ich jetzt Damen und Herren von der 6. Flugabwehrraketengruppe 26, Husum, vom Ring Christlich-Demokratischer Studenten und von der Jugendfeuerwehr Kronshagen. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Das Wort erteile ich Herrn Abgeordneten Geerdts.

**Torsten Geerdts [CDU]:**

Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Nachdem die damalige Regierung Engholm im Jahr 1992 einen **Kinderbeauftragten** bestellt hat, dessen Aufgaben von einem Landtagskollegen und parlamentarischen Ministervertreter in Personalunion mit wahrgenommen werden konnten, soll diese Aufgabe nach dem Willen der Regierungskoalition künftig hauptamtlich geleistet werden. Das ist ein weiterer beeindruckender Beitrag unserer Landesregierung zur Verschlinkung des öffentlichen Dienstes in Schleswig-Holstein.

(Demonstrativer Beifall bei CDU und F.D.P.)

Seit Beginn dieser Legislaturperiode hat das Land Schleswig-Holstein keinen Kinderbeauftragten mehr. Ich muß Ihnen sagen: Niemand hat das bisher gemerkt, und niemandem fehlt er.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Die CDU-Landtagsfraktion hat diesen Beauftragten in der Vergangenheit für überflüssig gehalten. Unsere Position hat sich in dieser Hinsicht überhaupt nicht verändert.

(Beifall bei der CDU)

Sosehr ich den Wunsch verstehen kann, daß die Einhaltung der Rechte von Kindern und Jugendlichen kontrolliert werden soll, so wenig halte ich dieses Instrument für wirklich wirksam. Natürlich wäre es auch in der vergangenen Legislaturperiode schön gewesen, wenn der Kinderbeauftragte zum Beispiel eingegriffen hätte, als von zahlreichen Verbänden festgestellt wurde, daß die Anhörung zur Jugendhilfeplanung schlichtweg nicht stattgefunden hat. Realität ist allerdings, daß außer Schweigen an dieser Stelle nichts geschehen ist.

Für die Wahrnehmung der Belange von Kindern und Jugendlichen bedarf es nach unserer Meinung nicht eines weiteren **hauptamtlichen Landesbeauftragten**.

Wer den Punkt 2 des gemeinsamen Antrags von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN liest, in dem es um die Wahrnehmung und Vertretung der Belange von **Kindern und Jugendlichen** im Gesetzgebungsverfahren und im Verwaltungshandeln über alle Ressortgrenzen hinweg geht, muß sich die Frage stellen, ob für diese Aufgaben nicht eine Zuständigkeit bei der Jugendministerin, beim Jugendministerium, beim Landesjugendamt, bei den jugendpolitischen Sprecherinnen der Fraktionen oder bei jedem einzelnen Abgeordneten insgesamt besteht.

(Beifall der Abgeordneten Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.] )

Mit viel Mühe und äußerster Anstrengung werden in Ihrem Antrag Tätigkeiten zusammengeschrieben, nur um eine weitere hauptamtliche, gut bezahlte Stelle im Landesdienst zu schaffen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Die CDU-Landtagsfraktion sieht es nicht als die Aufgabe eines hauptamtlichen Beauftragten an, die Öffentlichkeit über die bestehenden Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte für Kinder und Jugendliche zu informieren. Dieser Staat führt sich ad absurdum, wenn es in Zukunft für jedes neue Recht, für jedes neue Gesetz einen hauptamtlichen Kontrolleur geben sollte.

Auf die Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte weisen die Verbände der Jugendarbeit vor Ort in ihrer täglichen Arbeit hin. Sie tun dies mit immer größerem Erfolg.

Wer gerade diesen Bereich stärken will, muß dafür sorgen, daß die Jugendarbeit nach dem **Subsidiaritätsprinzip** eine Stärkung in Schleswig-Holstein erfährt.

(Beifall bei der CDU)

Es würde viel mehr Sinn machen, wenn diejenigen, die da regieren, die die Politik machen - auf welcher Ebene auch immer -, die Denkanstöße der jungen Generation und die Denkanstöße aus der Jugendarbeit ernst nähmen, zum Beispiel die Beschlüsse des **Jugendparlaments**.

Für die vom Kinderbeauftragten wahrzunehmenden Aufgaben gibt es bereits heute die gesetzlichen Grundlagen, Gremien und Institutionen. Eine Doppelerledigung von Aufgaben können wir uns auch angesichts der Haushaltslage in Schleswig-Holstein überhaupt nicht leisten.

Die CDU-Landtagsfraktion wird den von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eingebrachten Antrag und damit die Installation eines **hauptamtlichen Kinderbeauftragten** ablehnen. Dort, wo es um die Stärkung und die Stabilisierung von Arbeit mit Kindern und für Kinder geht, haben Sie die CDU-Fraktion auf Ihrer Seite. Wo allerdings Verwaltung und **Bürokratie** nur noch weiter aufgebläht werden sollen, gehen wir nach wie vor unterschiedliche Wege.

Ihr künftiger hauptamtlicher Kinderbeauftragter wird die Lebenssituation von Kindern und Jugendlichen im Land überhaupt nicht verändern können. Der gemeinsame Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist aus unserer Sicht ein Beitrag zu landespolitischem Aktionismus, den wir nicht mittragen wollen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Böttcher.

**Matthias Böttcher** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Eine Demokratie lebt davon, daß sich die in dieser Staatsform lebenden Menschen einander solidarisch gegenüber treten. Die Solidarität darf nicht nur unter Menschen mit gleichen Rechten und Pflichten für notwendig erachtet werden, sie muß insbesondere dort vorhanden sein, wo die Stärkeren den Schwächeren begegnen. Ein Mangel an Begegnung hindert den Stärkeren daran, sich tatsächlich Gedanken zu machen und verantwortlich zu handeln.

Der Geburtenrückgang und die höhere Lebenserwartung haben in Deutschland dazu geführt, daß sich heute die Zahl der über Sechzigjährigen der Zahl der unter Zwanzigjährigen nahezu angeglichen hat. Es wird erwartet, daß die Zahl der über Sechzigjährigen in 40 Jahren die Zahl der unter Zwanzigjährigen um das Doppelte übersteigen wird

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Deshalb brauchen wir einen Seniorenbeauftragten!)

In Anbetracht dieser Zahlen entbehrt der Generationenvertrag zukünftig jeglicher realistischen Grundlage.

Wer keine Verantwortung für die nachfolgende Generation übernimmt, kleingeistig in Wahlperioden denkt und **Kinder und Jugendliche** mit Schulden überhäuft, sollte nicht mit deren Solidarität rechnen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Schulden machen Sie gerade!)

Die Familienpolitik der **Bonner Koalition** unter dem christlichen Deckmantel ist zutiefst kinderfeindlich. Dabei möchte ich den Akteuren in Bonn nicht einmal Boshaftigkeit unterstellen. Vielmehr wird zur Zeit planlos und willkürlich das

soziale Netz zerschnitten. Doch jedes System muß, um nicht zusammenzubrechen, im Gleichgewicht bleiben. Wer Eltern in ihrer Sicherheit beschneidet und viele Familien durch Arbeitslosigkeit ins soziale Elend stürzt, braucht sich nicht zu wundern, wenn die Folgekosten für Hilfen zur Erziehung und insbesondere für Fremdunterbringung ins Unermeßliche steigen. Aber die Last haben im wesentlichen die Kommunen zu tragen, und die sind weit weg vom Alltag in Bonn.

Kinder und Jugendliche zeigen uns deutlich, was sie von der momentanen Situation halten. Weitaus weniger als in den zurückliegenden drei Jahrzehnten reagieren sie nicht mit zielgerichtetem Protest. Verstärkt haben wir es heute mit Jugendlichen zu tun, die den Frust in sich hineinfressen. Viele trauen sich nichts mehr zu und ziehen sich in sich selbst zurück. Nicht wenige flüchten in Traumwelten, in die Medien und - wie wir auch in der Diskussion heute morgen festgestellt haben - in die Drogen. Insbesondere die Zahl der psychosomatisch bedingt sich selbst belastenden Kinder nimmt zu.

Demokratie hat zum Prinzip, daß in ihr alle gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt mitbestimmen können. Dafür müssen aber auch die Strukturen vorhanden sein, die geeignet sind, Minderjährigen Gehör zu verschaffen. Oft nehmen Politiker - dazu gehört insbesondere Herr Kubicki - im besten Fall mit Erstaunen und Rührung zur Kenntnis, daß bereits ein Dreizehnjähriger kluge Gedanken haben kann. Auf kritische Jugendproteste wird mit der Bemerkung „das gibt sich schon wieder“ reagiert. Das würde sich auch geben, wenn sich Jugendliche ernst genommen fühlten oder wenn Erwachsene verantwortungsbewußt mit Weitblick und einer gewissen Weisheit ihre Entschlüsse treffen würden. Doch wir sollten in Anbetracht des Bonner Kabinetts nicht erstarren. Viel sinnvoller ist es, sich Schleswig-Holstein und dem zuzuwenden, was wir hier tun können.

Das **Kinder- und Jugendhilfegesetz** wird im wesentlichen in den Kreisen und kreisfreien Städten umgesetzt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Und finanziell vom Land gedeckelt!)

- Herr Kubicki, ich glaube, Sie dürfen Jugendpolitik und Jugendhilfekosten nicht miteinander verwechseln.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Warum deckelt das Land das denn?)

Aber auf **Landesebene** gibt es eine ganze Abteilung für die Belange von Kindern und Jugendlichen. Ferner gibt es den Landesjugendhilfeausschuß und die Landesarbeitsgemeinschaft sowie diverse Gremien und Jugendverbände, die das Wohl und die Zukunft von Kindern im Auge haben. Sie alle sind unverzichtbar und Spezialisten auf ihrem Gebiet.

Doch was fehlt, ist eine Institution oder eine Person, die vernetzend mit gebotener Distanz und mit Fachkompetenz Jugendarbeit als Querschnittsaufgabe betrachtet. Der Querschnitt ist hier nicht auf die verschiedenen Schwerpunkte im Jugendhilfesystem zu begrenzen, sondern gilt für alle denkbaren Bereiche.

1992 wurde, wie bereits berichtet, hier ein **Kinder- und Jugendbeauftragter** eingesetzt. Im Sinne eines Anwalts für die Interessen von Kindern und Jugendlichen hat Herr Hager, unterstützt von Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Jugendabteilung, diese Aufgabe wahrgenommen. Unter Berücksichtigung seiner Ehrenamtlichkeit konnte ungewöhnlich viel auf die Beine gestellt werden.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Erzählen Sie mal, was war das denn?  
- Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Was denn, Herr Böttcher?)

Das sage ich hier als Vertreter einer Fraktion, die damals noch nicht im Landtag vertreten war. - Die Aktivitäten reichen von der Bearbeitung konkreter Anliegen vor Ort über Fachtagungen bis hin zur Weiterentwicklung von Mitbestimmungsformen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Wahlrecht mit 16 hat er gefordert!)

Die Resonanz läßt es sinnvoll erscheinen, der Tätigkeit eine hauptamtliche Grundlage zu geben. Ideal wären sicherlich zwei Stellen für diesen Bereich,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]:  
Mindestens!)

aber angesichts der Haushaltslage wird es vorerst bei einer Stelle bleiben müssen.

Neben der **Kontaktpflege mit Kinder- und Jugendverbänden** sollte der beziehungsweise die Jugendbeauftragte direkte Ansprechperson für Kinder und Jugendliche sein. Sie sollte in der Öffentlichkeit über bereits bestehende Mitwirkungs- und Beteiligungsrechte informieren und vor allem ressortübergreifend in **Gesetzgebungsverfahren** auf die Wahrung der Interessen von Kindern und Jugendlichen achten. Diese letzte Aufgabe kann aber nur angemessen umgesetzt werden, wenn die Stelle mit entsprechenden Befugnissen versehen wird. Wünschenswert ist daher eine **weisungsunabhängige Stellung**, die es erlaubt, frühzeitig Einblick in Verwaltungshandeln zu nehmen. Wünschenswert ist auch, wenn der oder die Kinder- und Jugendbeauftragte ähnliche Kompetenzen und Befugnisse erhält wie die bereits existierenden Gleichstellungsbeauftragten.

Ob - damit komme ich auf den SSW-Antrag - die Ansiedlung in der **Staatskanzlei** die richtige Lösung ist, muß sich erst erweisen. Sie ermöglicht jedenfalls eine rasche Arbeitsaufnahme. Es wäre eher in unserem Interesse gewesen, die Stelle beim Landtag anzusiedeln, aber wenn zwei Fraktionen einen Antrag stellen, muß man sich einigen.

Die Zukunft der nachkommenden Generation ist auch unsere Zukunft. Wenn wir wollen, daß unsere Demokratie mitgetragen wird, müssen wir parteiübergreifend eine Politik betreiben, die den Jugendlichen zeigt, daß sie die Wege und Mittel haben, sich zu artikulieren, daß sie ernst genommen werden und daß aus ihrem Engagement auch Konsequenzen resultieren. Die Kommunen stehen in der Pflicht, Jugendliche an den Planungen zu beteiligen. Das Land sollte diesem Beispiel folgen.

Die Mehrheit der im Raum Sitzenden dürfte in relativ jungen Jahren einmal eine positive Erfahrung mit Politik gemacht haben. Dieses Erlebnis hat vielleicht auch den Entschluß gestärkt, sich zu engagieren. Unsere Erfahrungen sollten wir auf jeden Fall verantwortungsbewußt weitertragen. - Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich beginne mit Genehmigung des Herrn Präsidenten mit einem Zitat:

„Nach Auffassung der Verbandsvertreter muß beginnend bei der Kindererziehung ein Umdenkungsprozeß einsetzen, der weggeht von der materialistisch ausgerichteten Raffgesellschaft hin zu einer echten Solidargemeinschaft. Ein Bewußtsein für den Wert der ehrenamtlichen Tätigkeit zu schaffen, ist - denke ich - auch und gerade unsere Aufgabe. Ehrenamtliches Engagement ist ein hohes und auch unverzichtbares Gut unserer demokratischen Gesellschaft.“

Soweit die Frau Vorsitzendes unseres Sozialausschusses, Frau Walhorn, am 8. Dezember 1995, als in diesem Hohen Hause die Förderung des Ehrenamtes abschließend beraten wurde.

Nicht einmal zwölf Monate später wollen SPD und Grüne die ehrenamtliche Institution des **Kinder- und Jugendbeauftragten** offensichtlich abschaffen. Seine Aufgaben sollen in Zukunft hauptamtlich wahrgenommen werden.

(Konrad Nabel [SPD]: Sehr gut!)

So sieht es in Wirklichkeit aus, wenn Sie Ihre Sonntagsreden von gestern heute in praktische Politik umsetzen sollen. Dabei ist die Begründung dieses neuerlichen Vorstoßes zur Ausdehnung des Beauftragtenwesens außerordentlich originell. Gleich zu Beginn des Antrages wird festgestellt: „Die Institution einer/eines Kinder- und Jugendbeauftragten hat sich bewährt.“ - So Ihr Antrag!

(Beifall der Abgeordneten Heinz-Werner Arens [SPD] und Konrad Nabel [SPD])

Herr Arens, weil sie sich bewährt hat, wird sie jetzt in eine **hauptamtliche Beauftragtenstelle** bei der Staatskanzlei umgewandelt.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!)

Das zeugt wirklich von einer geradezu bestechenden Logik.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Damit aber noch nicht genug. Der Landtag wolle auch noch darüber beschließen. - Entweder hat sich der Beauftragte bewährt, oder er hat sich nicht bewährt. Wir können im Landtag natürlich nicht beschließen, daß er sich bewährt hat oder nicht. Wir beschließen ja auch nicht darüber, ob es regnet oder schneit.

(Holger Astrup [SPD]: Wir haben schon beschlossen, daß Brokdorf sicher ist!)

Der Landtag wolle in Zukunft vielleicht doch lieber von Anträgen dieser Art verschont bleiben. Gerade in einem so wichtigen Bereich wie der Kinder- und Jugendpolitik fällt Ihnen offensichtlich nichts Besseres mehr ein, als Ihren hauptamtlichen Beauftragtenapparat weiter aufzublähen - was für ein Armutszeugnis!

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Und das, wo gleichzeitig - wie wir wissen - seit einiger Zeit die **Mittel der Jugendhilfe** im Landeshaushalt gedeckelt werden.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.])

Irgendwo muß es da einen gewissen Widerspruch in der Ernsthaftigkeit der Jugendpolitik geben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei den Betroffenen kommt das Geld nicht an, aber neue Beauftragte schaffen! So ist das!)

Frau Kollegin Franzen, die heute bedauerlicherweise nicht hier sein kann, setzte dem ganzen dann noch eine Krone auf. Am 8. November

verkündete sie: „Die **Herabsetzung des Wahlalters** auf 16 Jahre ist ein weiterer konsequenter Baustein unserer Politik.“

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Sauber!  
- Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Die Ministerpräsidentin trat dem heftig entgegen!)

Wie konsequent ist es denn, wenn Sie das Parlament auffordern, es wolle sich konsequent über den zweifachen **Beschluß des Jugendparlamentes** hinwegsetzen?

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Herr Nabel und Herr Astrup, das Jugendparlament hat sich gleich zweimal hintereinander - ich bin anwesend gewesen -

(Holger Astrup [SPD]: Hat sich auch gegen Kernkraft entschieden beispielsweise! Was sagen Sie denn dazu? Für das Abschalten der Kernkraftwerke!)

das Jugendparlament hat sich gegen die Herabsetzung des Wahlalters ausgesprochen, und zwar mit erheblicher Mehrheit.

(Holger Astrup [SPD]: Bestreitet doch keiner! - Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Da gibt es noch mehr Beschlüsse, die Ihnen wiederum nicht passen!)

Sie ignorieren das. Sie stellen sich hier hin und sagen, Sie wollten die **Beteiligungsrechte** erhöhen. Ich frage Sie: Wer soll Sie denn noch ernst nehmen? Sie schaffen Beteiligungsrechte für die Jugend hier,

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

und in der nächsten Plenarsitzung machen Sie das Gegenteil!

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Und selbst?)

Wenn wir die Interessen der Jugendlichen und die Beteiligungsrechte, die Sie geschaffen haben, wirklich ernst nähmen und mehr zuhörten, was uns Kinder und Jugendliche sagen, dann bräuchten wir keinen Beauftragten,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

und wir bräuchten mit Sicherheit keinen hauptamtlichen Beauftragten, den wir schließlich auch noch bezahlen müssen, und zwar unter anderem aus den Mitteln, die anderen Dingen in der Jugendhilfe verlorengehen.

(Beifall bei F.D.P. und CDU - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist weiter nichts als ein weiterer Versorgungsposten!)

Ich bin fest davon überzeugt, wenn wir wirklich zuhörten und wenn wir die Beteiligung von Jugendlichen ernst nähmen, dann würde sich dieser Posten mit ganz großer Sicherheit einsparen lassen. Wir werden den Antrag daher ablehnen.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Wenn es den Beauftragten Ihrer Auffassung nach dennoch geben soll - und Sie werden das ja sicherlich durchsetzen -, hätten wir allerdings große Sympathie dafür, Frau Spoorendonk, den **Beauftragten** wenigstens beim **Landtag** anzusiedeln.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat jetzt Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Herr Präsident! Liebe Kollegen und Kolleginnen! In dieser Debatte ist schon ein paarmal das **Jugendparlament** angesprochen worden. Vielleicht sollten wir uns auch einmal damit beschäftigen, wie das Jugendparlament gewählt wird, wie repräsentativ es in seiner Zusammensetzung ist und was wir mit dem Jugendparlament in Zukunft überhaupt machen wollen. Auch diese Diskussion ist angebracht.

Der SSW ist sehr daran interessiert, daß wir im Lande für **Kinder und Jugendliche** eine **Interessenvertretung** einrichten. Dabei spielt die Bezeichnung, die eine solche Interessenvertretung

erhält, keine entscheidende Rolle. In der letzten Legislaturperiode war Horst Hager Kinderbeauftragter der Landesregierung. Der SSW hat die Bezeichnung „Ombudsmand“, die aus dem skandinavischen Raum stammt, mehrfach in die Diskussion eingebracht, nicht nur in diesem Zusammenhang, sondern auch als es um die Einrichtung des Eingabenausschusses ging. Wir wollen lieber so eine Institution als einen Beauftragten, wie wir die Frage bisher diskutiert haben.

Ob Kinder und Jugendliche durch Beauftragte oder durch Ombudsleute oder schlicht durch Interessenvertreter in ihren Belangen unterstützt werden sollen - auf den Namen kommt es dem SSW nicht in erster Linie an.

Hinter den verschiedenen Bezeichnungen sind nämlich keine einheitlichen Modelle verborgen. Es kommt also nicht auf die Bezeichnung an, sondern auf die Inhalte - das sprach ich vorhin schon an -, mit denen die Bezeichnungen jeweils ausgefüllt werden. Wichtig ist für uns, mit welchen Rechten eine Interessenvertretung für Kinder und Jugendliche ausgestattet ist. In dieser Hinsicht gefällt uns der Antrag vom Inhalt her gut. In der Aufzählung bestimmter Aufgabenbereiche wird deutlich, daß dem oder der Beauftragten Kompetenzen an die Hand gegeben werden sollen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Genau!)

Es wird keineswegs nur darum gehen, Informationsveranstaltungen durchzuführen. Es sollen eigene Initiativen entwickelt werden, und - was aus unserer Sicht sehr wichtig ist - es sollen die Belange von Kindern und Jugendlichen im Gesetzgebungsverfahren wahrgenommen werden können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Machen Sie das nicht?)

Der oder die Beauftragte kann und soll sich also einmischen.

Damit die Interessen der Kinder und Jugendlichen uneingeschränkt vertreten werden können, ist es für uns außerdem ganz entscheidend, daß der oder die Beauftragte keine andere Interessen zu berücksichtigen hat als die der Kinder und Jugendlichen. Dem oder der Beauftragten muß also

eine völlig unabhängige Interessenvertretung möglich sein.

Die Frage, die uns bei dem jetzt vorliegenden Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hauptsächlich beschäftigt hat, ist deshalb auch, wo die Interessenvertretung am sinnvollsten angesiedelt sein soll. Damit gelange ich zum Inhalt unseres Änderungsantrages.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Wenn, dann ist das das Vernünftigste!)

Für uns hat der Gedanke eine große Rolle gespielt, daß im Vordergrund die absolute Unabhängigkeit stehen muß.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Daran ist etwas!)

Wir glauben, daß sich Kinder und Jugendliche dann am besten vertreten fühlen können und auch am ehesten von einer solchen Interessenvertretung Gebrauch machen werden, wenn es sich um eine völlig **unabhängige Institution** handelt. Dann auch hätte man, lieber Kollege Geerds, darauf aufmerksam gemacht - da bin ich ganz sicher -, daß das mit der Jugendhilfeplanung nicht so lief, wie es sein sollte. Wir haben Zweifel, ob die Ansiedlung des oder der Beauftragten bei der Staatskanzlei der Sache dienlich ist.

(Beifall des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.] )

Wir meinen, daß hierdurch unerwünschte Interessenkonflikte entstehen können.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Wenn man dafür eintritt, daß Beauftragte weisungsunabhängig sein sollen, dann sollte man den Schritt auch vollenden und dafür sorgen, daß Beauftragte nicht in einem bestimmten Lager stehen.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: So ist es!)

Dann sollte eine Ansiedlung bei der Landesregierung unterbleiben.

Der SSW ist der Auffassung, daß alles getan werden muß, damit Interessenkonflikte, die durch eine solche Ansiedlung zu befürchten wären, vermieden werden.

In Schleswig-Holstein haben wir positive Beispiele dafür, wozu eine ganz unabhängige Arbeit führen kann. Eine solche unabhängige Arbeit zieht in der Regel sehr positive und fruchtbare Ergebnisse nach sich. In unserem Land beweist uns dies der Landesdatenschutzbeauftragte regelmäßig.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Zum Beispiel!)

Seine Arbeit ist deshalb für uns so wertvoll, weil sie unter keinem Diktat steht. Sie wird außerhalb jeglicher Interessenlage betrieben. Der Datenschutzbeauftragte ist in seiner Beurteilung frei von der jeweiligen Meinung der gesetzgebenden und ausführenden Gewalt. Das ist es, was seiner Beurteilung eine besondere Objektivität verleiht. Man könnte auch sagen, der Landesdatenschutzbeauftragte kommt erst gar nicht in die Verlegenheit, für parteiisch gehalten zu werden. Parteilichkeit kann ihm nur im Bereich des Datenschutzes unterstellt werden, und dort verlangen wir ja auch diese Parteilichkeit von ihm.

Wir würden uns daher freuen, wenn Sie unserem Änderungsantrag zustimmen könnten.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das machen wir!)

Aus unserer Sicht würden wir mit unserem Änderungsantrag einen über den Ursprungsantrag hinausgehenden Schritt zum Wohle der Kinder und Jugendlichen leisten. Wenn wir schon einen solchen Schritt unternehmen, der mit Ausgaben verbunden ist, dann sollten wir doch wirklich auch das Geld für die optimale Lösung investieren.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat Frau Ministerpräsidentin Simonis.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Oh, Kinderkram als Chefsache!)

**Heide Simonis, Ministerpräsidentin:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Viele Menschen in Deutschland halten unser Land für kinderfeindlich.

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das stimmt!)

Das mag ein überzogenes Vorurteil sein, aber die Antwort, dies einfach nicht zur Kenntnis zu nehmen, ist keine Antwort; denn es sind vor allem die Kinder und die Jugendlichen, die dieses Gefühl haben, und die Kinder und Jugendlichen haben ein Recht darauf, daß wir uns damit auseinandersetzen, warum sie die Gesellschaft so einschätzen, was sie zu ihrem Urteil bringt.

Wie leben unsere Kinder eigentlich heute? Vielen, fast erschreckend vielen Kindern fehlt die familiäre Geborgenheit, weil die Eltern immer weniger Zeit für sie haben. Viele Kinder kennen das Leben mit Großeltern überhaupt nicht mehr, und viele Kinder leben in Teilfamilien.

Kinderreiche Familien werden materiell nicht ausreichend unterstützt; es fehlt schlicht an Geld, und laufend wird ihnen weiter ins Portemonnaie gegriffen. Eine Million Kinder leben unter der Armutsgrenze. Das Durchboxen der Erhöhung des Kindergelds um 20 DM im Monat mußte über den Vermittlungsausschuß geschehen.

Zunehmend werden Kinder von Gewalt bedroht, und das auch in den Familien selbst. Wir nehmen mit Entsetzen die entsprechenden Meldungen der Medien zur Kenntnis und tun nichts.

Der Straßenverkehr - ich erinnere an die kleinen Verkehrstoten -, zu enge Wohnungen, fehlende Spielmöglichkeiten schränken Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung ein. „Verboten“ - das ist das erste, was ein Kind lernt.

(Beifall bei der SPD)

Verboten ist, einen Kinderwagen im Hauseingang abzustellen. Verboten ist das Spielen auf der Wiese. Verboten ist das Betreten des Rasens, verboten ist alles, was Kindern Spaß macht,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Bei mir nicht!)

weil es die Erwachsenen stört. Verboten ist eine Bahn, wie sie sich die Kinder zum Beispiel in Bad Oldesloe selbst gebaut haben, um dort mit ihrem Skateboard fahren zu können. Eigentlich ist für Kinder alles verboten, es sei denn, ihre Eltern können ihnen durch Geld die Möglichkeiten schaffen, in denen sich ihre Kinder frei entwickeln können.

Hinzu kommt ein Überangebot an Medieneinflüssen, an Umweltbelastungen in einer gleichgültigen Gesellschaft. Das heißt, die Rechte der Kinder werden nicht ausreichend berücksichtigt. Dies ist ein Schuh, den sich unsere Gesellschaft anziehen muß, auch wenn es ihr unangenehm ist.

Wir erwarten von diesen Kindern, die wir heute reglementieren, deren Wege wir mit Verbotsschildern pflastern, morgen unsere Lasten zu tragen, nämlich uns zu ernähren, wenn wir alt geworden sind. Sollten wir uns dann nicht ein bißchen um diejenigen bemühen, die morgen für uns sorgen sollen?

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

Kinder brauchen also eine Lobby. Im härter werdenden Verteilungskampf oder bei der Gesetzgebung dürfen sie nicht ins Hintertreffen geraten. In Wahlkämpfen dürfen sie nicht nur zur Show in den Vordergrund gezerrt werden. Für mich ist es nach wie vor fast unerträglich, sich vorstellen zu müssen, daß der NDR ein Programm in diesem Jahr gemacht hat „Ein Grundstein für Kinder“, zusammen mit den „KN“, bei dem ich Schirmherrin war, um den Kindern ein ganz klein bißchen materielle Sicherheit zu geben. Und da sagen Sie, eigentlich ist alles das, was wir hier machen, gar nicht so nötig, und es kostet nur. Immerhin ist es schön, daß sich die rechte Seite in diesem Parlament nicht nur unter dem Kostengesichtspunkt mit den Kindern und Jugendlichen auseinandersetzt.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Es geht um den Beauftragten! - Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Das ist bei Ihnen sehr heuchlerisch, Frau Ministerpräsidentin!)

Wir kommen zu dem Ergebnis, daß Kinder in unserer Gesellschaft einen Anwalt oder eine Anwältin brauchen. Kinder haben ein Recht auf Achtung und freie Entfaltung ihrer Persönlichkeit,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Es wird nichts als ein sozialdemokratischer Versorgungsposten!)

auf Partizipation in der Gesellschaft, auf Mitgestaltung und freie Meinungsäußerung. Deswegen haben wir 1992 Horst Hager gebeten, für uns ehrenamtlich als Kinder- und Jugendbeauftragter tätig zu sein. Er hat viel bewirkt, auch wenn es längst nicht so viel war, wie er gern wollte, weil seine Zeit nicht ausgereicht hat. Daß ein ehrenamtlicher Beauftragter leicht überfordert sein kann angesichts der vielen Probleme, die an ihn herangetragen werden, haben wir bei dem Beauftragten für Menschen mit Behinderungen gesehen. Es kann einen Beauftragten auch kaputt machen, wenn er mit Aufgaben überfordert wird, die er allein zeitlich nicht mehr bewältigen kann, obgleich er sich emotional gefordert fühlt.

(Beifall bei der SPD)

Es bleibt, wenn hier das Ehrenamt sozusagen als Ausweg angeboten wird, vor Ort noch genug zu tun, wo Ehrenamtliche sich durchaus engagieren können und deren Arbeit hier in Kiel dann koordiniert werden kann. Mit dem einmaligen Beauftragten ist also weiß Gott noch nicht jedes Problem gelöst. Ich möchte aber ausdrücklich Horst Hager dafür danken, daß er uns auf ein Defizit aufmerksam gemacht hat, das er versucht hat zu füllen, auch wenn er es allein am Ende nicht mehr geschafft hat.

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Daraus haben wir etwas zu lernen. Die Arbeit von Horst Hager wird im kommenden Jahr, wenn der Landtag zustimmt und einen hauptamtlichen **Kinder- und Jugendbeauftragten** bestellt, aufgenommen werden können. Dieser beziehungsweise diese Beauftragte wird weisungsunabhängig sein - darauf legen wir alle Wert- und organisatorisch in der Staatskanzlei angesiedelt werden.

(Klaus Schlie [CDU]: Kein Beitrag zum Thema Sparen!)

Der Beauftragte soll Ansprechpartner für Kinder- und Jugendverbände sein, aber auch für die Kinder und Jugendlichen selber. Er oder sie soll vor allem dafür eintreten, daß bei Planungen die Belange von Kindern und Jugendlichen von Anfang an berücksichtigt und im Gesetzgebungsverfahren gehört werden und daß nicht erst hinterher im Reparaturverfahren noch ein bißchen mit hineingemuschelt wird, was am Anfang vergessen wurde.

Der oder die Beauftragte hat es also mit einer gesellschaftlich wichtigen Aufgabe zu tun, die über alle Fachbereiche hinwegreicht. Er ist auf die fachliche Unterstützung aller Ressorts angewiesen, deren Aufgabenbereiche direkt oder indirekt in die Rechte von Kindern und Jugendlichen oder in ihr Dasein hineinwirken. Ich bitte alle Ressorts, sich dazu als Ansprechpartner zur Verfügung zu stellen und eine Person oder Persönlichkeit zu nennen, damit der oder die Kinder- und Jugendbeauftragte auch immer sofort weiß, wer wiederum für sie der Ansprechpartner ist, wenn irgendwo Probleme auftauchen.

(Zurufe der Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] und Klaus Schlie [CDU])

- Wissen Sie, daß Sie keine Ahnung von Organisation haben, zeigt sich an Ihren Zwischenrufen. Man braucht nun einmal, wenn etwas funktionieren soll, irgendwo auch Ansprechpartner, und es ist schon gut, wenn man im Ministerium einen hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [F.D.P.]

- Auch der Minderheitenbeauftragte hat jederzeit Zugang zu allen Ressorts und bekommt dort alle seine Fragen beantwortet. Aber Sie brauchen das nicht zu wissen. Sie werden es sowieso in nächster Zeit nicht zu beurteilen haben.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ottfried

Hennig [CDU]: Bei dem Höhenflug war das ein Absturz!)

Bei allen einschlägigen Gesetzesvorhaben, bei allen Entscheidungen ist der Kinder- und Jugendbeauftragte frühzeitig zu beteiligen.

Die Entwicklung unserer Gesellschaft, der Sie ja so häufig Ihre Aufmerksamkeit widmen, indem Sie so gern von Werten reden, ist im wesentlichen nicht auf die Werte als solche angewiesen, sondern darauf, daß sozial und politisch handlungsfähige junge Menschen diese Werte als ihre **Werte** anerkennen und sie verfolgen. Zu solchen sozial und politisch handlungsfähigen jungen Menschen werden sie nur, wenn wir schon in ihrem Alter als Kinder und Jugendliche ihre Interessen wahrnehmen und sie auf das Erwachsenendasein auf diese Art und Weise vorbereiten,

(Wolfgang Kubicki [F.D.P.]: Aber doch nicht durch den Beauftragten! Durch einen fünfzigjährigen Beauftragten wahrscheinlich!)

damit sie lernen: Sie haben Verantwortung zu übernehmen, sie dürfen aber auch Verantwortung der anderen einfordern.

Ich darf Sie daher bitten, meine sehr verehrten Damen und Herren, im Interesse der Kinder, die ihre Vorstellungen durchaus zu artikulieren wissen und auch durchaus wissen, was für sie gut ist, und die durchaus beurteilen können, was für sie nicht gut ist, diese Kinder- und Jugendbeauftragte oder diesen Kinder- und Jugendbeauftragten bei ihrer oder seiner Arbeit zu unterstützen und dem Antrag zuzustimmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich Herrn Abgeordneten Kubicki das Wort.

(Ursula Kähler [SPD]: Der muß schon wieder das letzte Wort haben!)

**Wolfgang Kubicki** [F.D.P.]:

Frau Kollegin Kähler, vielleicht melden Sie sich auch noch einmal, wenn Sie etwas zu sagen haben. Dann hätten Sie das letzte Wort.

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in meinem Leben selten etwas Heuchlerischeres gehört als diese Redebeiträge heute von sozialdemokratischer Seite.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie waren doch auf dem F.D.P.-Parteitag!)

Sie kürzen die Kinder- und Jugendhilfemittel um einen zweistelligen Millionenbetrag, indem Sie diese Mittel von effektiv 34 %, wie im Gesetz vorgeschrieben, auf jetzt ungefähr 25 % deckeln, und stellen sich hier hin und reden davon, daß für die Kinder und Jugendlichen etwas getan werden muß, indem Sie nichts anderes schaffen als einen sozialdemokratischen Versorgungsposten für jemanden, der einen B 5-Anspruch haben will.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Was mich auch wundert, ist das Verhalten der Grünen. Sie müssen doch noch einiges lernen, Frau Kollegin Fröhlich. Sie haben eine Kinder- und Jugendministerin, und Sie lassen es zu, daß eine originäre Zuständigkeit aus diesem Bereich in die Staatskanzlei verlagert wird. Das nenne ich Koalitionstreue!

(Heiterkeit und Beifall bei F.D.P. und CDU)

Einen solchen Koalitionspartner würde ich mir auch wünschen. Bedauerlicherweise ist die Union noch nicht soweit, daß sie da ihre Kompetenzen immer vollständig an uns abtritt.

(Heiterkeit)

Aber das nenne ich wirklich Koalitionstreue!

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie würden ja gern, aber Sie dürfen ja nicht!)

- Herr Hentschel, wir wollen mit diesen Sozialdemokraten nicht regieren. Die haben

abgewirtschaftet. Das werden Sie demnächst bei den Wahlen merken.

(Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Ihnen über Treue reden, das ist vielleicht ein Ding!)

Sie werden den Baden-Württemberg-Effekt hier auch noch erleben, daß die Roten zu den Grünen gehen oder einfach zu Hause bleiben, weil sie mit der Politik nichts mehr anfangen können.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wir sind da völlig ruhig und relaxed. Ich habe festgestellt, daß bei der Oberbürgermeisterwahl in Stuttgart der SPD-Kandidat auch nicht mehr Stimmen als der F.D.P.-Kandidat bekommen hat. Insofern sind wir auf einem gemeinsamen guten Weg.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Aber noch einmal: Ich habe unglaubliches Verständnis dafür, daß die Ministerpräsidentin die Sache zur Chefsache machen muß nach dem Kinderkram, der in der Staatskanzlei passiert.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.] )

Aber daß wir wegen dieses Kinderkrams in der Politik einen eigenen Beauftragten brauchen, Frau Ministerpräsidentin, das leuchtet mir nicht ein. Wir sollten tatsächlich für die Kinder und Jugendlichen mehr tun.

- Ich habe noch Zeit, Herr Nabel. Sie müssen nicht ständig „diesen hier“ machen, oder wollen Sie jetzt schwören?

(Heiterkeit bei F.D.P. und CDU - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Schwören Sie doch! - Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Lieber nicht!)

Ich glaube nicht, daß wir dafür einen eigenen Beauftragten brauchen. Wer regiert denn eigentlich in diesem Land seit acht Jahren? Das sind doch Sozialdemokraten, hervorragende Vorreiter, die sich jetzt hinstellen und sagen: Die Situation von Kindern und Jugendlichen in diesem Land ist

besorgniserregend und bedarf eines eigenen hauptamtlichen Beauftragten. Wer sitzt denn eigentlich in den kommunalen Wohnungsbaugesellschaften in Kiel, in Lübeck, in Flensburg, in Neumünster? Das sind doch Sozialdemokraten, die die Regelungen erlassen, wonach die Kinder nicht auf die Spielplätze und nicht auf den Rasen dürfen. Das sind doch keine Christdemokraten oder Liberale!

(Lebhafter Beifall bei F.D.P. und CDU)

Wer fährt denn die Wohnungsbauförderung zurück, gerade auch für kinderreiche Familien? Das sind doch nicht wir. Das tun Sie doch mit dem nächsten Haushalt. Und dann stellen Sie sich hier hin und sagen: Die Situation ist bejammernswert. Ich sage: Das stimmt, aber sie ist bejammernswert wegen dieser Regierung. Das müssen wir schnellstmöglich ändern.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schlie.

**Klaus Schlie** [CDU]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Frau Ministerpräsidentin, ich finde das richtig, was Sie im Kern gesagt haben. Sie haben gesagt, daß Kinder und Jugendliche in unserem Land Schleswig-Holstein in ihrer freien Entfaltung dadurch behindert werden, daß es Gesetze und Verordnungen gibt, daß es bürokratische Hemmnisse gibt, so daß die Kinder beispielsweise keine Skateboard-Bahnen bauen können, wie sie es gern möchten. Sie haben völlig recht, Frau Simonis. Genau das ist der Kern der Dinge. Nur: Die Problematik haben Sie dann falsch erkannt. Die Problematik liegt nämlich darin, daß Sie hier im Land Schleswig-Holstein durch Ihre Landesbauordnung eine Bürokratie aufgebaut haben, durch Ihre Naturschutzgesetzgebung,

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

die dazu führt - meine Damen und Herren, darüber können Sie gern lamentieren oder auch nicht -, daß erst einmal ein riesengroßer bürokratischer

Aufwand notwendig ist, daß man beantragen muß, daß das Antragsverfahren durch alle Prüfinstanzen geht, so daß die Jugendlichen schon gar keine Lust mehr haben, die Eigeninitiative, die sie entwickeln, wirklich umzusetzen. Und welchen Ratschlag geben Sie diesem Parlament, Sie als diejenige, die sich in dieser Bundesrepublik Deutschland hinstellt und sagt:

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Schlanker Staat!)

„Ich entbürokratisiere, ich mache den schlanken Staat?“ Welchen Vorschlag machen Sie dann? Sie sagen, Sie schaffen einen bei der Regierung angesiedelten Kinder- und Jugendbeauftragten. Was soll der denn tun? Der ist dafür zuständig, neue Bürokratie aufzubauen.

(Beifall bei der CDU)

Der soll sich in alle Verwaltungen, in alle bürokratischen Organisationsprozesse, die Sie zustande bringen

(Glocke des Präsidenten)

- nein, ich gestatte keine Zwischenfrage in meinem Kurzbeitrag -, mit einbinden und soll neue Bürokratie aufbauen. Sie dürfen nicht immer nur vom schlanken Staat reden. Sie müssen wirklich einmal ernst damit machen. Sie sollten die Beamten nicht beschimpfen. Sie sollten lieber aufhören mit der Politik der Verordnungen und der bürokratischen Hemmnisse, die Sie selber aufbauen. Das wäre sinnvoller - auch im Interesse der Kinder und Jugendlichen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung erteile ich dem Herrn Abgeordneten Nabel das Wort.

**Konrad Nabel** [SPD]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Nach diesen beiden Versuchen karnevalistischer Auftritte von seiten der F.D.P. und der CDU möchte ich doch noch etwas zu der Frage der Deckelung der Jugendhilfe sagen, die Sie, Herr Kubicki, hier benutzt haben, um Ihre, wie gesagt,

Karnevalsversuche anzustellen. Herr Kubicki, überlegen Sie doch bitte einmal mit mir gemeinsam, warum es notwendig gewesen ist, Millionenbeträge - und diese mit einer Steigerung um über 150 % - in den Jahren 1992 und folgende in der Jugendhilfe einzusetzen. Warum ist das nötig gewesen? Weil Ihre Politik in Bonn dafür gesorgt hat.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN - Lachen bei CDU  
und F.D.P.)

Die Politik des maßlosen Sozialabbaus in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 hat dazu geführt,

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Büttenredner!)

daß wir heute davon sprechen, daß Kinder ein Armutsrisiko sind. Das geht nicht spurlos an den Kindern vorbei. Es geht auch nicht spurlos an den Kindern vorbei, daß sie in Jugendhilfeeinrichtungen müssen, die von den Kommunen und dem Land gemeinsam bezahlt werden müssen. Das ist der Grund, weswegen die Jugendhilfemittel gedeckelt werden mußten.

Wir müssen hier einen Punkt finden, von dem aus wir auf neue Wege in der Jugendförderung kommen.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Durch  
Beauftragte!)

Das geht nicht über Jugendhilfe, sondern das geht auf dem Weg, daß wir Jugendarbeit fördern und daß wir vor allen Dingen die sozialen Rahmenbedingungen verbessern. Aber davon haben Sie als Partei der Besserverdienenden keine Ahnung.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Eberhard Dall'Asta:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist nur Abstimmung in der Sache beantragt worden. Zunächst stimmen wir über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW,

Drucksache 14/373, ab. Wer diesem Änderungsantrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und CDU sowie der überwiegenden Mehrheit der F.D.P. gegen die Stimmen des SSW

(Holger Astrup [SPD]: Gibt es so  
etwas?)

und bei einer Enthaltung der Abgeordneten Dr. Happach-Kasan abgelehnt worden. - Gab es eine weitere Enthaltung? - Herr Abgeordneter Weber hat sich ebenfalls der Stimme enthalten.

Wir stimmen jetzt über den Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 14/341, ab. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Der Antrag ist mit den Stimmen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen von CDU und F.D.P. bei Enthaltung des SSW angenommen.

Ich rufe Punkt 6 der Tagesordnung auf:

#### **Wettbewerbs- und umweltorientierte Reform der Energiewirtschaft**

Antrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/343

Antrag der Fraktionen von CDU und F.D.P.  
Drucksache 14/369

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann eröffne ich die Aussprache.

Das Wort hat Herr Abgeordneter Wodarz.

**Friedrich-Carl Wodarz [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der EU-Ministerrat hat am 25. Juli 1996 eine Binnenrichtlinie „Strom“ verabschiedet, die am 1. Januar 1997 in Kraft treten soll. Die EU-Mitgliedstaaten müssen diese Rahmenrichtlinie innerhalb von zwei Jahren mit nationalem Recht ausfüllen. Ziel ist eine Liberalisierung des europäischen Strommarktes, der von Monopolstrukturen und hohen Überkapazitäten aus kernenergetischer Stromerzeugung geprägt ist.

Die schleswig-holsteinische SPD begrüßt diese **EU-Richtlinie** ausdrücklich, da auch wir der Ansicht sind, daß das Energiewirtschaftsgesetz aus dem Jahre 1935 dringend reformbedürftig ist. Das bestehende Gesetz war als Kriegswirtschaftsgesetz entstanden, das auf Autarkie - das heißt Abkapselung von den Märkten - aufgebaut war. Die neue EU-Richtlinie sieht eine **stufenweise Öffnung der Märkte** vor. Man will es Großkunden ermöglichen - sogenannten zugelassenen Stromkunden -, außerhalb des bisherigen Versorgungsgebiets Strom beziehen zu können.

In der ersten Stufe sind zum Wettbewerb zugelassene Kunden solche Kunden, die einen Jahresverbrauch von mehr als 40 GWh haben; nach drei Jahren sinkt diese Schwelle auf 20 GWh und schließlich auf 9 GWh.

Die EU-Richtlinie sieht eine Reihe von Muß-Vorschriften vor, die in nationales Recht umgesetzt werden müssen. Ich zitiere an dieser Stelle einen Auszug - es ist doch interessant, das einmal zu hören -: Regelungen für die Betreiber von Verteilernetzen nach den Kriterien Sicherheit, Zuverlässigkeit, Umweltschutz - Umweltschutz! -, diskriminierungsfreier Netzzugang, keine Bevorzugung konzernangehöriger Kraftwerks- oder Lieferunternehmen, Organisation des Netzzugangs und Aufsicht über den Netzbetreiber haben zu erfolgen; Erzeugungs-, Übertragungs- und Verteileraktivitäten sind zu entflechten und auch in der Rechnungslegung zu trennen.

Neben diesen Muß-Vorschriften enthält die EU-Richtlinie einen langen Katalog von Kann-Vorschriften. So könnten im nationalen Recht Regelungen für folgende Ziele festgelegt werden: Vorrangregelungen für heimische Energieträger, Vorrangregelungen für Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-Koppelung - die beliebten BHKW -, Regelungen über das Verhältnis von konkurrierendem Leitungsbau und Durchleitung durch das Gebietsnetz, und sogar die Einführung des sogenannten „**Single-buyer-Systems**“ nach dem französischen Vorbild entspricht der Richtlinie. In dem „Single-Buyer-System“ hat ein Unternehmen - der sogenannte „single buyer“ - das alleinige Recht, Strom zu verkaufen und das dafür notwendige Netz zu betreiben, zum Beispiel die örtlichen Stadtwerke. Stromintensive Betriebe können dann dem „single

buyer“ einen ausländischen Lieferanten vorschlagen, von dem sie Strom billiger beziehen können. Der „single buyer“ tritt dann nur noch gewissermaßen als Zwischenhändler auf und schlägt dann natürlich dafür etwas drauf.

Der von Bundeswirtschaftsminister Rexrodt vorgelegte Entwurf füllt diese EU-Richtlinie nicht aus, er konterkariert sie sogar. Der Staat zieht sich danach völlig aus seiner Verantwortung für eine sichere, preisgünstige und umweltverträgliche Energieversorgung zurück. Künftig wird es keine Anzeigepflicht mehr für den Bau und die Erneuerung oder Stilllegung von Energieanlagen geben. So würde es nach diesem Gesetz ein leichtes, künftig Hochspannungsleitungen zu bauen. Das möchte ich denjenigen Damen und Herren ausdrücklich ins Stammbuch schreiben, die sich so vehement gegen den Bau von Windkraftanlagen aussprechen, weil diese ja angeblich das Landschaftsbild so wahnsinnig stören.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau übernimmt den Vorsitz)

Jedes Energieunternehmen kann zukünftig in den Kommunen Leitungsnetze aufbauen; ökologische oder ökonomische Fragen spielen da überhaupt keine Rolle. Leitungen können doppelt und dreifach gebaut werden.

Entgegen den ausdrücklichen Vorschriften der EU-Richtlinie findet keine Entflechtung oder getrennte Rechnungslegung von Erzeugung, Transport und Verteilung statt. Es gibt keine Regelung gegen Mißbrauch marktbeherrschender Stellungen, zur Verhinderung von Verdrängungspraktiken und zum Schutz der Verbraucher. Herr Rexrodt überläßt dies alles den Gerichten.

Der Umweltschutz bleibt sich völlig selbst überlassen. Es gibt überhaupt keine Regelung

(Widerspruch des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Herr Kayenburg! -, obwohl die EU-Richtlinie dies ausdrücklich vorsieht; ich habe das vorhin deshalb auch so betont vorgelesen. Herr Rexrodt verläßt sich darauf, daß die Betreiber die kostengünstigste - und die ist dann nach seinem Verständnis

automatisch auch die umweltverträglichste - Lösung finden werden.

Die kommunalen Versorgungsunternehmen sind zusätzlich diskriminiert, weil sie ausdrücklich nicht zu den sogenannten „zugelassenen Großverbraucherkunden“ gehören und somit auch nicht den günstigen Strom an den nationalen Großkonzernen vorbei kaufen können. Bayer oder Hoechst werden das aber tun dürfen.

Selbst der VKU-Präsident Gerhard Widder - sicherlich kein Sozialdemokrat - wirft Rexrodt vor, aus ideologischen Gründen mit seinem Gesetzentwurf zum Teil weit über die Mindeststandards der EU-Richtlinie hinauszugehen. Der **Gesetzentwurf** der CDU/CSU-F.D.P.-**Bundesregierung** richtet sich ausdrücklich an die Großindustrie und gegen die privaten Haushalte, selbst gegen die mittelständischen und kleinen Unternehmen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Sie gucken etwas besorgt, Herr Kayenburg;

(Martin Kayenburg [CDU]: Kritisch!  
- Konrad Nabel [SPD]: Er hat es noch nicht gemerkt!)

vielleicht deshalb, weil sich das auch gegen Ihr Unternehmen richten wird.

Die kommunalen Stadtwerke werden dem Druck der nationalen und internationalen Stromkonzerne unter diesen bundesdeutschen Gesetzesbedingungen nicht standhalten.

Mich würde es schon interessieren, wie CDU- und F.D.P.-Politiker diesen Gesetzentwurf gegenüber unserer mittelständisch geprägten Wirtschaft in Schleswig-Holstein vertreten wollen. So ganz tun sie es ja auch nicht.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Ich zitiere erneut den VKU-Präsidenten:

„Wir wehren uns nicht gegen den Wettbewerb. Die Kommunen müssen aber in das Verfahren zur Reform des

Energiewirtschaftsgesetzes einbezogen werden.“

(Christel Aschmoneit-Lücke [F.D.P.]:  
Das werden sie doch!)

„Der von der Bundesregierung im Oktober verabschiedete Gesetzentwurf greift in das kommunale Selbstverwaltungsrecht ein, begünstigt Großunternehmen zu Lasten von Privathaushalten und mittelständischen Betrieben und bedeutet Verdrängungswettbewerb hin zu mehr Konzentration.“

Ich denke, dieser Zeuge ist etwas unverdächtiger, als ich es vielleicht bin.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Diese kleineren Energieversorgungsunternehmen, die bislang die Speerspitze innovativer und umweltfreundlicher Entwicklungen auf dem Energiesektor waren, sollen als lästige Konkurrenz ausgeschaltet werden.

(Beifall des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die kleinen EVU waren es doch bisher, die Konzepte und Wege aufzeigten, die uns aus der Abhängigkeit von der Kernenergie befreien können. Auch das ist von Herrn Rexrodt ausdrücklich nicht mehr gewollt. Der Hinweis, das Stromeinspeisegesetz bleibe ja bestehen - ein ausdrücklicher Hinweis von Herrn Rexrodt -, wird durch Äußerungen von CDU-Politikern wie Herrn Stoltenberg in Frage gestellt; man bereitet sich natürlich schon auf dessen Abschaffung vor.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]:  
Abänderung!)

- Na ja, Herr Hennig, wir wollen einmal sehen, was dabei herauskommt.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Das wissen Sie doch genau!)

So differenziert ist es noch nicht gesagt worden. Die SPD bemüht sich hier in Schleswig-Holstein um die

Schaffung von Arbeitsplätzen für diese Region. Wir haben mittlerweile rund 1200 Arbeitsplätze im direkten Zusammenhang mit Windmühlen, und dieser ehemalige Ministerpräsident des Landes will uns von Bonn aus dieses Standbein wegschlagen.

(Dr. Ottfried Hennig [CDU]: Dummes Geschwätz!)

Herr Geerds - er ist leider nicht hier -, die Kälte Ihres Beitrages heute morgen wird dadurch nur unterstrichen.

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben der SPD bei der Arbeitsplatzdiskussion unterstellt, sie schüre Ängste. Wir schüren keine Ängste. Hier werden Fakten geschaffen. Durch die Novellierung des Stromeinspeisegesetzes werden Arbeitsplätze in Frage gestellt.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie wissen genau, daß die Entwicklung der alternativen Energien mit dem Stromeinspeisegesetz steht und fällt.

Die schleswig-holsteinische SPD fordert daher die Landesregierung auf, den vorliegenden Gesetzentwurf im Bundesrat abzulehnen. Wir begrüßen den **Wettbewerb** und wollen eine Trennung von Stromerzeugung, Transport und Verteilung. Die **Nutzung der Netze** muß zu gleichen und transparenten Kosten erfolgen. Alle Marktbeteiligten müssen auf dem Markt agieren und dessen Vorteile nutzen können. Das Stromeinspeisegesetz ist nicht abzuschaffen, sondern so fortzuentwickeln, daß rationelle und umweltfreundliche Energieumwandlung zu verstärktem Einsatz kommt. Gleichzeitig müssen Energiesparmaßnahmen belohnt und gefördert werden.

(Beifall bei der SPD)

Die **verfassungsrechtliche Stellung der Kommunen** darf nicht ausgehöhlt werden. Wir wollen einen Wettbewerb um geschlossene Versorgungsgebiete in Anlehnung an das Single-buyer-Prinzip ermöglichen.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir wollen einen diskriminierungsfreien Zugang zu den Netzen. Hierzu bedarf es konkreter Vorschriften. Das kann man nicht den Gerichten überlassen.

Bei den Genehmigungsverfahren für Leitungen und Kraftwerke müssen die Minimierung des Flächenverbrauchs, die effiziente Energiebereitstellung und die geeignete Standortauswahl im Vordergrund stehen.

Wir fordern des weiteren generell eine stärkere Ausrichtung des Gesetzes auf eine umweltfreundliche Energieversorgung und Vorschriften über die Sicherheit und den sozialen Schutz der Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Den Änderungsantrag von CDU und F.D.P. lehnen wir ab. Gleichwohl drückt sich darin ja auch Ihre grundsätzliche Unzufriedenheit mit dem Entwurf der CDU/F.D.P.-Regierung aus. Wenn Sie also damit signalisieren, daß Sie für eine konstruktive Diskussion offen sind, dann halte ich es wirklich für sinnvoll, beide Anträge in den Sozialausschuß zu überweisen, um uns die Chance zu geben, zu einer gemeinsamen Haltung gegenüber Bonn zu kommen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

**Reinhard Sager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Lassen Sie mich zunächst meine Freude darüber zum Ausdruck bringen, daß der grüne Staatssekretär wieder hier ist. Auch die Fraktion der Grünen ist bei diesem wichtigen Energiethema zugegen. Ich freue mich darüber. Ich sage das nur deshalb, weil wir am Freitag die Einbringung des Energiehaushalts in den Finanzausschuß gänzlich ohne jede Beteiligung der Grünen erlebt haben. Schön, daß Sie wieder da sind!

(Beifall bei der CDU - Zuruf von  
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Neuregelung des Energiewirtschaftsrechts bringt einen ganz entscheidenden Vorteil: Er weist den Weg zu **Wettbewerb auf dem Strommarkt**. Wettbewerb ist die Voraussetzung dafür, daß sich die Strompreise für alle nach unten orientieren können. Das ist eine gute Nachricht für die Standortbedingungen und somit für die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb begrüßt die CDU-Landtagsfraktion die Gesetzesnovelle und bedauert, daß SPD und Grüne mit ihrem Antrag die Landesregierung auffordern, im Bundesrat gegen diese Reform zu stimmen.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef  
Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Eine solche Position liegt nicht im Interesse der Stromverbraucher. Sie liegt auch nicht im Interesse Schleswig-Holsteins. Die CDU-Fraktion tritt für faire Wettbewerbsbedingungen auf dem Strommarkt ein. Dies heißt für uns, daß einerseits für die Anbieter von Strom ein ungehinderter Zugang zum Markt und andererseits das Recht der Stromabnehmer auf freie Wahl ihres Lieferanten angestrebt werden muß.

Der Richtlinienentwurf aus Brüssel geht genau in diese Richtung, wenngleich ein vollständiger Wettbewerb am Markt - Herr Wodarz ist darauf eingegangen - erst in Etappen erreicht werden wird. Auch die Bundesregierung will den Wettbewerb durch ihre Gesetzesinitiative beleben. Das Gesetzgebungsverfahren ist noch nicht abgeschlossen. So wurde bisher noch nicht die **Durchleitung von Strom durch Leitungen Dritter** expressis verbis im Gesetz geregelt. Diese wichtige Grundvoraussetzung für eine Marktöffnung und für einen Marktzugang für Wettbewerber sollte jedoch meines Erachtens klar im Energiewirtschaftsrecht verankert werden und nicht dem allgemeinen Wettbewerbsrecht des Kartellgesetzes überlassen werden. Das nämlich würde dazu führen, daß die Nutzung von Stromleitungen möglicherweise auf einem langwierigen Prozeßweg erstritten werden müßte.

Deshalb haben wir diesen Punkt in unseren Änderungsantrag mit aufgenommen. Auf seiten der Bundesregierung befindet sich dieser Sachverhalt noch in der Abstimmung und auch in der Überprüfung mit der Europäischen Union.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]: Warum ist es  
denn durch das Kabinett gegangen?)

- Herr Kollege Matthiessen, ich habe doch gerade darauf hingewiesen, daß es einen Kabinettsbeschluß gibt - das haben Sie richtig gesagt - und daß sich dieser jetzt in der Abstimmung mit Brüssel und in der weiteren Erörterung im Bundeskabinett selber befindet. Daß dies noch nicht der letzte Entwurf ist, sieht man genau daran. Da sollten wir noch ein bißchen abwarten. Dann werden wir sehen, was die Endfassung bringt, auf die wir mit dieser Beratung gemeinsam positiv Einfluß nehmen wollen.

Genauso wichtig erscheint es uns, die **Anliegen der kommunalen Seite** stärker zu berücksichtigen. Verteilerunternehmen, zum Beispiel Stadtwerke, sollten ohne Vorbehalte als zugelassene Abnehmer anerkannt werden, um günstige Angebote für Haushaltskunden und für die mittelständische Wirtschaft nutzen zu können. Wenn schon Wettbewerb, dann auch auf dieser Ebene und mit gleichen Chancen für alle.

(Beifall bei der CDU)

Gleiche Wettbewerbsbedingungen heißt für mich auch, daß alle Stromanbieter überall Strom verkaufen dürfen müssen. Kommunale Energieversorger sollten deshalb künftig auch außerhalb ihres Gemeindegebietes operieren dürfen. Sofern denn die Gemeindeordnung entgegensteht, hat der Innenminister entsprechende Vorschläge zu machen, wie dieses Betätigungsfeld von Stadt und Gemeinden für den in Zukunft liberalisierten Strommarkt erweitert werden kann.

Erstmals wird im Energiewirtschaftsgesetz - sozusagen in der Präambel - das Ziel einer **umweltverträglichen Versorgung mit Elektrizität und Gas** festgeschrieben. Dies hat ganz konkrete Auswirkungen. So ist beispielsweise bei dem Bau einer Stromleitung schon nach dem Energiewirtschaftsgesetz die umweltverträglichste Trassenführung zwingend vorgeschrieben. Die noch

gültige Fassung regelt Umweltgesichtspunkte in dieser Form nicht.

Mit der Bonner Gesetzesnovelle erhält der Umweltschutz zugleich eine zu den Zielen Wettbewerb, Versorgungssicherheit und Preisgünstigkeit gleichwertige Stellung. Diese Reform wird aus diesem Grund von der CDU ausdrücklich unterstützt. Lassen Sie es mich so sagen: Nur im Wettbewerb entsteht ein Druck in Richtung Modernisierung und Innovation. Deshalb sind Umweltschutz und Ressourcenschonung, Herr Kollege Wodarz, in diesem System am besten zu erreichen. Monopole leisten dies allenfalls zu höheren Kosten, die bisher bequem an die Kunden weitergegeben werden.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sehr wahr!)

- Verehrte Kolleginnen und Kollegen, meine Rede muß gut sein; denn es kommt sogar schon Zustimmung von Herrn Matthiessen.

(Friedrich-Carl Wodarz [SPD]: Nur der eine Satz!)

Wir als CDU-Fraktion gehen an die Reform des Wettbewerbs auf dem Strommarkt nicht mit einem mäkkelnden Nein, sondern mit einem deutlichen Ja heran, das seinen Aussagewert auch durch das eine oder andere Aber nicht einbüßt.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die **Energierrechtsnovelle**, die vom Bonner Kabinett beschlossen worden ist, ist nicht irgendein Gesetz, sondern es ist ein Gesetz von überragender ökologischer und ökonomischer Bedeutung.

Zur **Ökologie**: Der größte Teil der Umweltprobleme läßt sich auf unsere immense Energiekonsumtion zurückführen, ob es das Waldsterben ist oder der Treibhauseffekt, die Nitratauswaschung in der Landwirtschaft oder der

sanfte Tourismus, dessen Umsetzung zu 80 % auch ein Energieverbrauchsproblem ist; zu nennen sind auch die auf unabsehbare Zeit radioaktiven Abfälle, die Flächenversiegelung und der Verkehr. - Dies alles sind Folgen überschießenden Energiereichtums und fehlender Kompensationsmöglichkeiten einer geschundenen Umwelt.

Zur **Ökonomie**: Durch das Energierecht wird in der Bundesrepublik ein Markt von 120 Milliarden DM Umsatz im Jahr nur im Strombereich geregelt. Die hohen Investitionen in diesem Bereich legen uns allein wirtschaftlich auf lange Sicht fest. Wenn man, mit Amory Lovins gesprochen, Kapital auch als begrenzte Ressource begreift, dann mindern wir durch die Ausgaben für den harten Energiepfad die Entwicklungsmöglichkeiten hin zu einer Einsparung durch Effizienzrevolution und hin zur solaren Energiewende mit den entsprechenden Folgen für kommende Generationen.

Armut und Reichtum der Welt läßt sich auch im Spiegelbild der Energieverfügbarkeit ablesen: Eine Kanadierin oder ein Kanadier verbraucht im Durchschnitt 10 t Steinkohleäquivalente im Jahr, eine Durchschnittsuganderin oder ein Durchschnittsugander lediglich über 20 kg im Jahr.

So wird die Beschäftigung mit dem Thema Energie für mich - und ich denke für alle, die das Thema etwas intensiver durchdenken - zur Gewissensfrage, die nicht beliebiges politisches Tagesgeschäft sein und sich nicht in Fraktionsdisziplinen einzwängen lassen darf.

Daher mache ich hier den ernsthaften Versuch, auch die zu überzeugen, die aus meiner Sicht mit voreilig gefaßter Meinung hier sozusagen mit innerem Abschluß zur Sache sitzen.

(Reinhard Sager [CDU]: Wer ist denn das?)

Wir stimmen - Herr Sager! - in der **Zielformulierung** der Energierrechtsnovelle mit vielen Punkten überein. Stichworte sind, Umweltschutz und Wirtschaft zu harmonisieren oder auch Kommunalinteressen einzubeziehen.

Folgende fünf Punkte werden auch von den Grünen als konsensual angesehen.

Erstens: **Märkte für Verkauf und Erzeugung von Strom** - ergänzend natürlich Gas - sollten wettbewerblich organisiert werden, aber nicht die Netze, die natürliche Monopole sind.

(Reinhard Sager [CDU]: Was?)

Zweitens: Den Wettbewerb wollen wir nicht nur dort, wo ihn die EU zwingend vorschreibt, also für die Großkunden. In einem solchen System hätten nur diese den Vorteil. **Wettbewerb** soll allen Kunden und allen **Interessenten am Marktzugang** zugute kommen.

Drittens: Deregulierung im Sinne von Entbürokratisierung und Entmonopolisierung wünschen wir auch. Wettbewerbliche Marktordnung und Umweltinstrumente sind so intelligent zu formulieren, daß sie nicht Bürokratie nach sich ziehen, sondern daß der Markt selbst reguliert. Aufsicht nur dort, wo der Wettbewerb dennoch nicht funktioniert - natürlich mit dem Ziel, auf Wettbewerb hinzuwirken und vor Wettbewerbsbeschränkungen zu schützen.

Viertens: **Umweltschutzziele** sollen mit dem Gesetz erfolgreich umgesetzt werden, das heißt unter anderem Verbrauchsreduktion, Lastglättung, CO<sub>2</sub>-Minimierung, Ressourcenschonung und Vermeidung atomarer Abfälle.

Fünftens: Die **Anpassung an europarechtliche Vorschriften** soll durch das Gesetz selbstverständlich ermöglicht werden.

Mit der Formulierung dieser Ziele, wie sie die meisten hier im Hause teilen und wie sie beispielsweise auch Presseerklärungen des Bundeswirtschaftsministeriums zu entnehmen sind, hören die Gemeinsamkeiten aber dann auch schon auf. Die handwerkliche **Umsetzung** dieser Ziele in der „Rexrodt“-Novelle kann man nur als katastrophal bezeichnen. Im wesentlichen weist dieser Gesetzentwurf möglichen Mitbewerbern zwei Wege: Sie können das Stromnetz ihrer Konkurrenten benutzen - zu den Bedingungen, die diese diktieren -, oder sie können selber eine Leitung oder ein ganzes Netz zur Versorgung ihrer Kunden bauen.

Übereinstimmung mit den energiepolitischen Zielen unserer Partei besteht lediglich in der **Aufhebung der Demarkationsgebiete**, die ja in der Tat

Lieferkartelle sind, nicht jedoch in der Aufhebung der Vergabehoheit in Konzessionsgebieten, wie es in § 8 in Aussicht genommen ist, die auf die Errichtung von Verteilnetzen abheben. Dieser angepeilten Aufhebung logisch folgend, in Verbindung mit der Möglichkeit, eigene Leitungen zu bauen, stellt der Entwurf in weiten Teilen - in den §§ 6, 7 in Verbindung mit Artikel 3 - ein Planungsbeschleunigungsgesetz

(Reinhard Sager [CDU]: Quatsch!)

und ein Rechtsschutzverkürzungsgesetz dar.

(Reinhard Sager [CDU]: Nein!)

Damit ist ein gesellschaftliches Konfliktpotential ersten Ranges vorprogrammiert. Man kann - nebenbei bemerkt - jedoch erwarten, daß sich dies nicht realisieren wird, weil den Unsinn des Parallelleitungsbaus vernünftigerweise niemand machen wird.

(Reinhard Sager [CDU]: Sie müssen § 6 ganz lesen!)

- Ich habe das ziemlich genau gelesen, Herr Sager!

(Reinhard Sager [CDU]: Das scheint mir nicht so!)

Um es, in Anlehnung an Dr. Euler, einmal plastisch zu schildern: Mercedes besitzt das Autobahnnetz, und VW darf sich eines daneben bauen, wenn es Autos verkaufen will, und Opel noch eines - es sei denn, Mercedes gestattet Opel und VW die Benutzung seiner Straßen, natürlich, nachdem alle „Mercedesse“ zu Vorzugsbedingungen darauf fahren und noch Platz für andere ist und - bitte schön - zu den Bedingungen, die sich Mercedes für Opel und VW ausdenkt. Das ist kein Witz, sondern so soll die Energiewirtschaft wettbewerblich geregelt werden. Herr Sager, Sie mögen sagen, ich hätte das nicht genau gelesen, das sei alles rot oder gar grün, was da geredet wird.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Bei so unterschiedlicher Einschätzung der Tauglichkeit des Gesetzes ergibt sich hier die Frage nach einer hinsichtlich der handwerklichen

Umsetzung normgebenden Institution, die von Partei- und Interessengruppen weitgehend frei ist.

In diesem Zusammenhang mag ein Verweis auf die Ausführungen in der Einleitung des 11. Hauptgutachtens der Monopolkommission 94/95 - Bundesratsdrucksache 549/96 - hilfreich sein. Insbesondere lesen Sie, Herr Sager, das Kapitel C, „Liberalisierung in Ausnahmebereichen mit Netzstruktur“, worin sich die Abschnitte 67 bis 74 bei aller Vorsicht in der Formulierung als fundamentale Kritik an den jetzt ins Auge gefaßten Regelungen interpretieren lassen. Dort wird als positives Beispiel auf ein anderes **natürliches Monopol** verwiesen, nämlich auf die Schienenwege. Hier ist in der Tat die Benutzung **für alle Marktpartner** zu gleichen Bedingungen geregelt, wie es im Straßenverkehr ja auch der Fall ist. Sie können aber auch die Berichte „Marktöffnung und Wettbewerb“ der Deregulierungs-Kommission - Verlag C. E. Poeschel - als Zeugen gegen diesen verkorksten Gesetzentwurf lesen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

In der vorgeschlagenen Richtlinie der EU steht in Artikel 8 Abs. 3 - ich darf mit Ihrer freundlichen Genehmigung zitieren -:

„Der Mitgliedstaat kann dem Betreiber des Übertragungsnetzes zur Auflage machen, daß er bei Inanspruchnahme von Erzeugungsanlagen solchen den Vorrang gibt, in denen erneuerbare Energieträger oder Abfälle eingesetzt werden oder die nach dem Prinzip der Wärme-Kraft-Kopplung arbeiten...“

Artikel 11 Abs. 3 regelt das wortgleich auch für den Betreiber des Verteilnetzes. - Nichts dazu regelt Rexrodt.

Aus unserer Sicht sind die wesentlichen Inhalte tatsächlich das, was der Entwurf nicht regelt. So wird auch zur Gaswirtschaft nur gesagt, daß für das Leitungsmonopol ebenfalls die Demarkationsgebiete wegfallen sollen. - Nichts regelt Rexrodt.

Was wird mit dem Einspeisegesetz? Was wird aus unseren Windmüllern? Ihrem Verschwinden vom Markt jubelt die Stoltenbergsche Presseerklärung vom 6. November entgegen. Aus schleswig-holsteinischer Sicht völlig unverantwortbar!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wenn der Gesetzgeber mit diesem Modell, das Rexrodt wählt, deutlich macht, der vom Gesetzgeber primär eröffnete Weg ist die **konkurrierende Leitung**, wertet er dadurch mittelbar den **Durchleitungsweg** durch das vorhandene Netz ab. Der Entwurf will damit zwar den Standort Deutschland aufwerten, er stärkt aber lediglich den Gerichtsstandort Deutschland und die bestehenden großen Unternehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Daß es auch völlig anders gehen kann, zeigt ein Blick nach **Norden**. Anke Spoorendonk wird dazu bestimmt einiges ausführen. In Dänemark kann jeder zu gleichen Kosten ins Netz, und die **Durchleitungskosten** liegen mengenunabhängig bei unter einem Pfennig pro Kilowattstunde. Dabei ist das Strompreisniveau außerordentlich günstig.

Die Richtung, in die es gehen soll, ist in einem gemeinsamen Antrag von SPD und Grünen aufgezeigt. Dabei teile ich allerdings nur bedingt die Ansicht, daß die Reform überfällig ist. Herr Möller, ich darf Sie hier einmal in Ihrer Funktion als Reichswirtschaftsminister im Sinne des Energiewirtschaftsgesetzes ansprechen.

(Thorsten Geißler [CDU]: Müssen wir Sie jetzt immer so ansprechen?)

Wir haben im Koalitionsvertrag gemeinsam die Möglichkeiten formuliert. Wir können schon heute **fortschrittliche Energiepolitik** machen. § 4, Investitionsaufsicht, § 5, Preisaufsicht, oder § 6 Abs. 1, Strompreisgestaltung für A-Gemeinden, bieten hinlängliche Möglichkeiten einer ökologischen Lenkung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Man kann auch heute schon zentralen, großen Kraftwerkstrukturen entgegenwirken. Man kann die flächenhafte Erdgasdirektversorgung aufsichtlich, energiewirtschaftlich als das bewerten, was sie sind, nämlich als Festigung umweltfeindlicher, wettbewerbsfeindlicher Strukturen, als trojanisches Pferd der Atomindustrie.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Man muß nur vom Energiewirtschaftsgesetz Gebrauch machen.

Zurück zur Novelle! Artikel 28 GG regelt die Daseinsvorsorge. Die **Energieverteilung** ist als **kommunale Aufgabe** definiert. Dabei sollte es auch bleiben. Die Netzbesitzer der verschiedenen Ebenen sind dabei nicht nur single buyer, sondern auch single seller, zu gleichen Bedingungen für alle. Die Konzession, die wir im Gegensatz zu Bonn erhalten wollen, ist, rechtlich gesehen, ein Geschäftsbesorgungsvertrag, das Wegerecht in dem Sinne nur eine Nebenpflicht, die dazugehört. Wirtschaftlich gesprochen ist die Konzessionsabgabe, die Rexrodt ja merkwürdigerweise wie wir auch erhalten will, eine Beteiligung der Kommunen an der von den mit der Verteilung beauftragten Unternehmen erwirtschafteten Monopolrente. Auch dabei soll es bleiben, mit den ganzen Möglichkeiten der Querverbandsfinanzierung für die kommunalen Finanzhaushalte. Man kann und sollte vielleicht auch über eine kommunale Energiesteuer nachdenken.

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Herr Abgeordneter, kommen Sie bitte langsam zum Schluß!

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Die Richtung, meine Damen und Herren, ist klar: für Wettbewerb, für Umweltschutz. Darüber sollte auch die Opposition noch einmal verschärft nachdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Aschmoneit-Lücke.

**Christel Aschmoneit-Lücke** [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Reichswirtschaftsminister! Habe ich das richtig verstanden? Ich werde mir das merken und Sie jetzt immer so anreden, jedenfalls solange das Gesetz noch nicht geändert worden ist.

Herr Matthiessen, gestatten Sie mir vorab eine Bemerkung. Wir hatten vor einigen Wochen darüber gesprochen und Sie hatten dafür geworben, daß die energiepolitischen Sprecher alle nach Berlin zu dem Energiekongreß fahren. Ihre Begründung dafür war, daß wir uns alle schlau machen sollten. Ich glaube, es wäre eine sehr schlaue Idee gewesen, dies zu tun, bevor man einen solchen Antrag stellt, bevor man die Debatte hier anzettelt. Ich jedenfalls - ich verspreche Ihnen das - werde am 29. November nach Berlin fahren. Ich hoffe, Sie auch.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Da sehen wir uns!)

Ich jedenfalls werde versuchen, für mich ein **differenziertes Bild** hinsichtlich der **Auswirkungen der gesamten Energienovelle** zustande zu bringen. Selbstverständlich sind wir bereit, uns konstruktiv in eine Diskussion zu begeben. Natürlich werden wir auch der Ausschußüberweisung zustimmen. Und dann werden wir uns darüber unterhalten, ob wir alle noch die Auffassungen haben, die wir heute austauschen. Ich habe den Eindruck, daß dieser Antrag heute nicht zuletzt dadurch zustande gekommen ist, daß der strahlende Staatssekretär im Finanz- und Energieministerium Krümmel wieder angeschaltet hat und daß ein Nebenkriegsschauplatz aufgemacht werden soll, um von den Problemen abzulenken, die Sie offensichtlich zur Zeit haben.

(Beifall bei der F.D.P. - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nein! - Konrad Nabel [SPD]: Herr Rexrodt hat diese Novelle eingebracht, nicht wir!)

- Den Antrag, Herr Nabel! Sie haben nicht richtig zugehört.

(Konrad Nabel [SPD]: Nur, es ist eine „Rexrodt“-Novelle!)

Ich hatte das vorhin schon begründet. Der Antrag wurde - ich wiederhole das gern noch einmal - eingebracht, nachdem Herr Matthiessen zu mir gesagt hatte, wir sollten uns doch alle erst einmal durch die Teilnahme an einem Kongreß schlau machen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist aber zeitlich notwendig!)

Meine Damen und Herren, Herr Hentschel, ich will heute trotzdem versuchen, mich mit den Argumenten, die vorgebracht worden sind, auseinanderzusetzen. Ich bin der ganz festen Überzeugung - und ich habe den Eindruck, da liegen wir auch überhaupt nicht auseinander -, daß der **Wettbewerb**, der ja Grundpfeiler unserer marktwirtschaftlichen Ordnung ist, endlich auch in die **Strom- und Gaswirtschaft** Einzug halten muß. Hier darf es nicht länger eine Ausnahmeregelung geben.

Bei dieser Reform des Energiewirtschaftsgesetzes geht es um zweierlei, was übrigens häufig vermischt wird. Ich möchte diese Aspekte jetzt einmal genau differenzieren. Zum einen geht es um Markt und Wettbewerb bei Strom und Gas, und zum anderen geht es um die berechtigten politischen und wirtschaftlichen Interessen der Städte und Gemeinden.

Unumstritten sowohl bei den **Kommunen** als auch bei den Stadtwerken ist der eine Teil der Reform. Ich will ihn einmal nennen: das neue Energiewirtschaftsgesetz an sich. Sie wissen, was ich damit meine. Es bringt **zusätzlichen Wettbewerb** und damit die Voraussetzung für weniger staatliche Aufsicht und Gängelei der Strom- und Gaswirtschaft. Die besondere Investitionskontrolle für Kraftwerke und neue Leitungen entfällt. Neue Anbieter kommen leichter auf den Markt.

Problematisch aus **kommunaler Sicht** ist der zweite Teil der Reform, die **Abschaffung der kartellrechtlichen Ausnahmen für Strom und**

**Gas**. In diesem Zusammenhang werden insbesondere folgende Befürchtungen geäußert.

Erstens: Mit dem geschlossenen Versorgungsgebiet falle auch der dominierende Einfluß von Städten und Gemeinden bei der Energieversorgung.

Zweitens: Die Gemeindehaushalte gerieten ohne die Einnahmen aus der Konzessionsabgabe gefährlich ins Rutschen.

Drittens: Der Wettbewerb nutze ausschließlich großen Abnehmern, die sich die Rosinen herauspikten, wobei Mittelstand und kleine Verbraucher auf der Strecke blieben.

Gerade weil diese Einwände gravierend sind, wäre es wünschenswert, wenn wir uns sachlich mit ihnen auseinandersetzen könnten. Ich nehme zum Beispiel die Befürchtungen der Kommunen außerordentlich ernst. Das sage ich ganz deutlich. Ich hoffe aber auch, daß es gelingen wird, diese zum Teil unbegründeten Befürchtungen auszuräumen. Das ist jedoch nur im Rahmen eines konstruktiven Dialogs möglich, zu dem die kommunalen Vertreter ja auch bereit sind.

Zum Stichwort **geschlossene Versorgungsgebiete!** Auch mit der Reform bleibt die Monopolstellung der Kommunen beim Wegerecht unangetastet. Dies gilt selbstverständlich auch für die Planungshoheit der Kommunen. Das bedeutet in der Konsequenz, daß die Kommunen auch in Zukunft dem Energieversorger ihrer Wahl ein umfassendes Recht zur Benutzung aller gemeindlichen Wege einräumen können. Hierbei können sie selbstverständlich frei entscheiden, ob die Versorgung durch ein eigenes Stadtnetz oder ein anderes Unternehmen erfolgen soll. Allerdings werden die Kommunen nicht mehr berechtigt sein, andere Anbieter von Strom und Gas vom Tätigwerden auf Gemeindegebiet generell auszuschließen. Das heißt, konkurrierenden Anbietern können die Leitungsverlegungsrechte nicht mehr prinzipiell verweigert werden. Das ist richtig.

Stadtwerke werden in größerem Umfang als bisher verpflichtet, ihr Netz zur Verfügung zu stellen, damit andere Anbieter Strom und Gas im Gemeindegebiet durchleiten können. Mit dieser Aufhebung der kartellrechtlichen Sonderstellung, die gleichbedeutend ist mit dem Entfallen von

Demarkationsverträgen und der Ausschließlichkeit von Konzessionsverträgen, wird vor allen Dingen eines erreicht: Der brancheninterne Wettbewerb bei Strom und Gas wird endlich möglich. Und zu diesem Wettbewerb über Durchleitungen und über Direktleitungen gibt es aus unserer Sicht keine sachgerechte Alternative.

(Beifall bei der F.D.P.)

Ein Wettbewerb um geschlossene Versorgungsgebiete, wie Sie dies in Ihrem heutigen Antrag fordern, ist keine Alternative. Die Verbraucher blieben nach wie vor vom bisherigen Lieferanten abhängig. Nicht die längst überfällige Optimierung, sondern eine Strukturkonservierung bei den Versorgungsgebieten wäre die Folge. Und obwohl Sie genau wissen, wozu es führen würde, wenn man den Stadtwerken den Status eines Alleinkäufers einräumte, fordern Sie genau dies in dem Antrag. Oder wissen Sie womöglich nicht, daß dies bei den mehreren hundert Stadtwerken zu einem unvermeidbar hohen Aufwand an Regulierung und Bürokratie führen würde?

Sie haben vorhin das Single-buyer-Prinzip angesprochen, Herr Matthiessen, und sind dabei natürlich von der EU-Richtlinie ausgegangen. Aber warum ist es denn dort so geregelt? Das wissen Sie doch auch. Weil es die Electricité de France gibt. Die wollen natürlich ihr Monopolsystem in Frankreich aufrechterhalten.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Für das ganze Land!)

- Für das ganze Land! - Ich bin außerordentlich skeptisch, ob dies ausgerechnet für Deutschland, wo wir eine völlig andere Struktur haben, der richtige Weg ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Zum Stichwort **Konzessionsabgabe**, § 9 des Entwurfes. Es ist doch völlig unbestritten, daß das Aufkommen aus der Konzessionsabgabe durch die Reform nicht reduziert werden darf. Wozu also schrille Töne? Besser wäre es, sich mit dem Gesetz etwas näher zu befassen. Denn auch künftig werden die Gemeinden in der Lage sein, die Höchstsätze nach der Konzessionsabgabenverordnung durchzusetzen. Das gilt auch für einfache

Wegerechte ohne Ausschließlichkeitsvereinbarung. Darüber hinaus können Gemeinden den Abschluß von Konzessionsverträgen verweigern, wenn das Versorgungsunternehmen nicht zur Zahlung der Konzessionsabgabe bereit ist. Das gilt ausdrücklich auch für Direktleitungen. Weiterhin stellt das Gesetz klar, daß auch im Falle von Durchleitungen Konzessionsabgaben zu zahlen sind. Es legt schließlich fest, daß ablaufende Konzessionsverträge unverändert weitergelten, auch wenn das Ausschließlichkeitsrecht mit der Reform wegfällt. Damit ist klar, daß der vereinbarte Höchstsatz auch für einfache Wegerechte gilt.

Schließlich zum Stichwort **Rosinenpicken!** Dahinter verbirgt sich die Vorstellung, nach der Reform würden einzelne Großverbraucher aus dem bisherigen Versorgungsgebiet herausgebrochen. Der zu deckende Fixkostenanteil müßte dann auf die verbleibenden Verbraucher umgelegt werden.

(Konrad Nabel [SPD]: So ist es!)

In Wahrheit würde der Wettbewerb auf dem Rücken der Tarifabnehmer und des Mittelstandes ausgetragen.

Ich warne mit allem Nachdruck vor Kleinmut und Larmoyanz in dieser Frage. Sie unterstellen doch den Stadtwerken, sie seien per se dem Wettbewerb nicht gewachsen. Damit diskreditieren sie nicht zuletzt die Leistungsfähigkeit der kommunalen Wirtschaft insgesamt.

Das sehen Bürgermeister - Herr Nabel, übrigens auch SPD-Bürgermeister - und Chefs von Stadtwerken völlig anders.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Sie trauen ihren Unternehmen sehr wohl Wettbewerbsfähigkeit zu. Wenn ich mir manche Dinge ansehe, habe ich allerdings hin und wieder auch Zweifel. Aber wenn die das selbst so sehen, dann sollen sie sich eben auch mit ihren guten Unternehmen dem Wettbewerb stellen können.

Bei nüchterner Betrachtung spricht vieles dafür, daß sich gut geführte - das möchte ich in dem Zusammenhang betonen -, leistungsfähige Stadtwerke im Wettbewerb behaupten können; denn gerade im kommunalen Querverbund gibt es

spezifische Kostensenkungspotentiale. Außerdem haben Stadtwerke im Verhältnis zu den von Ihnen so oft zitierten Großunternehmen wie PreussenElektra oder RWE **Kostenvorteile bei der Lohn- und Gehaltsstruktur.**

Im übrigen ist die Gefahr, Großkunden im Wettbewerb zu verlieren, um so geringer, je wettbewerbsfähiger der Strom- und Gaspreis ist, den ein Stadtwerk anbietet. Darüber hinaus enthält das Gesetz weitere Sicherungen. Ich nenne erstens: Die **staatliche Preisaufsicht** über die Stromtarife für Haushalte, Landwirtschaft und Gewerbe bleibt erhalten. Zweitens. Es bleibt bei der **kartellrechtlichen Mißbrauchsaufsicht**, soweit marktbeherrschende Positionen zunächst fortbestehen. Drittens. Der sogenannte anlegbare Ölpreis bildet bei Gas eine **Preisobergrenze.**

Die Befürchtungen, Herr Matthiessen, Mittelstand und private Haushalte müßten sich mit der Reform auf steigende Preise einstellen, ist daher meiner Meinung nach unbegründet. Bereits die Ankündigung der Reform hat zum Teil umfangreiche Kostensenkungsprogramme ausgelöst.

Der westdeutsche Strompreis liegt um rund 30 % über dem durchschnittlichen Preis in den EU-Ländern. Die F.D.P.-Fraktion begrüßt es daher grundsätzlich, daß in Bonn und in Brüssel endlich die Weichen für mehr Wettbewerb auf dem Strommarkt gestellt werden. Zur Entlastung bei den Energiekosten durch mehr Wettbewerb gibt es keine Alternative.

Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit und freue mich auf die weitere Diskussion.

(Beifall bei der F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Meine Herren und Damen! Wir vom SSW begrüßen ausdrücklich den Antrag von SPD und Bündnisgrünen. Anlässlich der Debatte zur Regierungserklärung haben wir ja schon die Reformierung des Energiewirtschaftsgesetzes von 1935 gefordert. Diese Forderung wird in dem

vorliegenden Antrag berücksichtigt. Insoweit ist eine Anlehnung an die Bundesratsinitiative von SPD und SSW aus der Mitte der achtziger Jahre gegeben. Ich sage das noch einmal, weil das eine so schöne Initiative war. Es ist also gut, daß wir das Thema endlich wieder anpacken.

Zu dem konkreten Hintergrund will ich nichts mehr sagen. Der ist schon genügend erläutert worden. Ich will nur hinzufügen, daß aus der Sicht des SSW die Reform des Energiewirtschaftsgesetzes maßgeblich dazu beitragen muß, daß die **Energiemonopole** der Energieversorgungsunternehmen aufgebrochen und die dezentrale Energieversorgung nachhaltig gefördert werden.

Der Ausstieg aus der Atomenergie wird seit Jahren auch vom SSW gefordert. Als wir in den siebziger Jahren die Ölkrise hatten, war das Ergebnis die Entscheidung für die Atomkraft. Das Ergebnis dieser Entscheidung ist, daß uns die großen Energieversorger den **Ausstieg aus der Atomkraft** heute fast unmöglich machen. In Dänemark hat man sich gegen die Atomkraft entschieden und gemeinsam mit den Energieversorgungsunternehmen andere Wege eingeschlagen. Detlef Matthiessen sagte das vorhin schon; darauf will ich nicht näher eingehen. Ich denke, daß wir das im Ausschuß weiter erörtern können. Ich hoffe also, daß es uns auch in der Bundesrepublik gelingen wird.

Eines unserer wichtigsten Probleme ist der vorrattsschonende, **klimaverträgliche Umgang mit Energie.** Das haben die internationalen Klimakonferenzen in den letzten Jahren ja ganz deutlich gezeigt. Es ist also dringend erforderlich, daß Bund, Länder, Kreise und Kommunen zusammen mit den Versorgungsunternehmen und den einzelnen Bürgern in einen verantwortungsvollen Dialog eintreten. Hier ist die parteiübergreifende Zusammenarbeit von ganz entscheidender Bedeutung. Einen Profilierungsstreit können wir nicht gebrauchen. Wir können einen Streit um alternative Energieformen ebensowenig gebrauchen. Wir müssen uns vielmehr dafür stark machen, daß schnellstens alle zusätzlichen umweltschonenden Energien genutzt werden. Es ist eine neue Energiepolitik erforderlich, die die Möglichkeit bietet, umweltfreundliche Techniken anzuwenden. Davon sind wir noch weit entfernt.

Als im vergangenen Jahr die große Gefährdung unseres Klimas durch die neuen Kohlekraftwerke der Chinesen kritisiert wurde, erwähnte jemand, daß wir vielleicht das schlechte Vorbild sind. In China werden einfache Kohlekraftwerke gebaut, die lediglich mit einem Wirkungsgrad von 35 % arbeiten. Der durchschnittliche Wirkungsgrad des Kraftwerkparks der öffentlichen Stromversorgung in Deutschland liegt bei 35 %. Lediglich 6 % der öffentlichen Stromversorgung kommen aus Kraftwerken, die auch die Abwärme nutzen. Das ist dann ein seltener Fall von Kraft-Wärme-Koppelung. Bei der **Kraft-Wärme-Koppelung** ergeben sich Wirkungsgrade bis zu 90 %. Die nicht genutzte Abwärme aus den Kraftwerken entspricht einer Ölmenge von 40 Millionen bis 50 Millionen t jährlich. Das ist eine unverantwortliche Verschwendung.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Uns ist völlig klar, daß die **Abwärmenutzung** nicht problemlos ist. Auf der einen Seite würde die Abwärmenutzung aus öffentlichen Kraftwerken gleichzeitig einen Rückgang des Verkaufs fossiler Brennstoffe durch die öffentlichen Versorgungsunternehmen bedeuten. Hieran haben die Versorgungsunternehmen, für die Wirtschaftlichkeit im Vordergrund steht, kein Interesse. Das ist klar. Auf der anderen Seite verfügen unsere Städte nicht über die ausreichende Infrastruktur, um die Wärme zu den Haushalten transportieren zu können. Hier muß dringend der Ausbau der Fernheizung erfolgen. Das kostet nicht nur Zeit, sondern vor allem auch Geld.

Wir haben hinsichtlich des Antrages insofern eine zusätzliche Anregung, die wir auch gern in die Debatte einbringen würden. Wir hoffen, daß wir im Ausschuß darauf noch eingehen können. Eine Möglichkeit sehen wir darin, die ungenutzte Abwärmemenge der Kraftwerke mit einer Steuer in Höhe des Marktpreises der Primärenergie zu belasten. Ich muß hinzufügen: Wir haben in den letzten Wochen in den Medien sehr viel über die Steuerreform erfahren, aber die **Energiesteuer** und überhaupt dieser Ansatz, den wir ja Anfang des Jahres mit diskutiert haben, sind in der Debatte verlorengegangen.

Wie gesagt: So würden wir die Energieversorgungsunternehmen dazu anregen können, endlich Energie nicht zu vergeuden, sondern zu nutzen. Das wäre aus unserer Sicht eine Möglichkeit, mit der wir uns eingehender befassen sollten. Beim Energiesparen würden wir allerdings auch damit noch nicht weiterkommen.

Ich hoffe also auf eine gute Debatte im Ausschuß. Der Überweisung dieser Anträge an den Ausschuß stimmen wir zu.

(Beifall bei SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Sager.

**Reinhard Sager [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich dachte in der Tat, daß zuerst der Minister sprechen würde. Aber ich habe mich gemeldet, um hier zwei Punkte klarzustellen.

Herr Kollege Matthiessen, Sie können hier nicht so tun, als stünde die **erneuerbare Energie** bei Verabschiedung dieses Energiewirtschaftsgesetzes vor dem Aus. Bevor Sie so etwas sagen, sollten Sie schon einmal ganz konkret in den § 3 hineingucken, in dem zum Beispiel die Genehmigungspflicht geregelt ist, die ausdrücklich nicht für die Versorgung benachbarter Abnehmer vorgesehen ist - ich zitiere insoweit einmal aus dem Gesetz -, sofern die Belieferung überwiegend aus Anlagen zur Nutzung erneuerbarer Energie kommt.

Ich denke, daß sich gerade mit dieser Novelle nicht nur die Vermarktungschancen für Strom auf der Basis erneuerbarer Energie verbessern, sondern auch die industrielle Eigenerzeugung von Strom aus der **Kraft-Wärme-Koppelung** vorangetrieben werden kann. Es ist ja auch wichtig, wenn dies vernünftig so betrieben wird, daß eine entsprechende dauerhafte Nachfrage nach Wärme gegeben ist. Das ist doch etwas, was wir gemeinsam anstreben sollten. Deshalb hat es überhaupt keinen Sinn zu versuchen, uns in einer sachgerechten Debatte an dieser Stelle künstlich zu entzweien. Das ist der eine Punkt.

Der andere Punkt ist das Thema Windkraft. Manchmal sind Sie ja wirklich auch von einer seltenen Unverfrorenheit - mit Verlaub.

(Beifall des Abgeordneten Meinhard Füllner [CDU])

Daß Sie sich hier heute hinstellen und sich so zum Thema Windkraft einlassen, wie Sie es getan haben, schlägt wirklich dem Faß den Boden aus. Ihr Kollege Hentschel läuft in der letzten Woche Amok gegen die eigene Landesplanung dieser Landesregierung und gegen die Kreiskonzepte für einen geordneten Ausbau der **Windenergie**. Sie tun heute so, als müßten Sie dieses Thema retten. Das ist nun wirklich das Allerletzte, was wir uns in dieser Hinsicht bieten lassen müssen.

(Beifall bei der CDU)

Windenergie braucht einen geordneten Ausbau, braucht eine begleitende Planung. Diese muß durch die Landesplanung geschehen. Ich halte den Erlaß, den diese Landesregierung in Sachen Windenergie herausgegeben hat, für äußerst sachgerecht; ich betone das. Die Landesplanung leistet hier eine wertvolle Arbeit.

Genauso ist es wichtig, daß wir auf der Kreisebene zu kommunal abgestimmten **Kreiskonzepten** kommen. Sonst ist der geordnete, konfliktarme Aufbau von Windenergieanlagen in diesem Land überhaupt nicht möglich, Herr Matthiessen. Nehmen Sie das bitte zur Kenntnis!

Ich hätte mich gefreut, wenn Sie hier Herrn Hentschel korrigiert hätten. Aber daß Sie sich hier heute als Retter, Verfechter und Verteidiger der Windenergie dicke tun, das ist wirklich das Allerletzte.

Unser Bundestagskollege und Freund Dr. Gerhard Stoltenberg hat zum Stromeinspeisungsgesetz genau das gesagt, was Politik der Landes-CDU ist, nämlich daß wir uns überlegen sollten, wie wir aus den Anschubsubventionen für Windenergie keine Dauersubvention werden lassen, weil dies niemand verantworten kann. Genau dahin gehen auch unsere Vorstellungen zur Novellierung des Stromeinspeisungsgesetzes. Auch das ist wichtig; das möchte ich hier gern klarstellen.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Möller.

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Reform des 61 Jahre alten Energiewirtschaftsgesetzes aus dem Jahr 1935 ist in der Tat längst überfällig. Die Aufgabe der Politik besteht jetzt darin, in der Energiewirtschaft neue Perspektiven für technologische und ökologische Investitionen zu schaffen. Die Energiepolitik ist ohne Frage ein wichtiger Schlüssel beim ökologischen Umbau der Wirtschaft. Dafür bietet die EU-Binnenmarktrichtlinie Elektrizität eine gute Grundlage und viele Möglichkeiten zur Verwirklichung von Umwelt- und Klimaschutzziele, die allerdings durch nationales Recht ausgeschöpft werden müssen.

Im Gegensatz dazu ist die Energierechtsnovelle der Bundesregierung für Markt und Umwelt aus meiner Sicht eine Katastrophe.

(Beifall des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich finde, es ist beschämend, daß ausgerechnet ein liberaler Wirtschaftsminister wie Herr Rexrodt diese Gesetzesnovelle unter der Flagge „mehr Markt im Energiebereich“ einführt.

Ich hoffe, daß die EU-Binnenmarktrichtlinie Ende des Jahres vom Europäischen Parlament beschlossen wird. Sie muß dann von der Bundesrepublik innerhalb von zwei Jahren umgesetzt werden.

Obwohl die EU-Richtlinie einige ärgerliche Kompromisse enthält - das Stichwort EDF ist gefallen -, strebt sie im Grundsatz das einzig mögliche und richtige **Wettbewerbskonzept** an, das in den ganz besonderen Märkten mit Netzstruktur unbedingt erforderlich ist.

Dieses Prinzip - das ist vorhin schon gesagt worden - haben wir bei der Neuordnung des Eisenbahnwesens vorbildlich umgesetzt, und zwar mit der konkreten, richtigen und konsequenten

Trennung zwischen Schienenweg und dem Unternehmen für den Fahrbetrieb. Der Netzbetrieb wurde unter staatliche Aufsicht gestellt, um sicherzustellen, daß die Wettbewerber einen fairen Zugang zum Netz bekommen. Sonst wären wir nicht so weit, daß die LVS schon ankündigt, es solle eine Strecke ausgeschrieben werden und es gebe mehrere Wettbewerber. Wenn die Deutsche Bahn selber auf dem Schienennetz säße und die Bedingungen bestimmen könnte, dann hätten wir diesen Wettbewerb nicht, auf den wir im öffentlichen Personennahverkehr hoffen.

Es ist auch richtig, daß wir faire Netzzugangsbedingungen in der Telekommunikation brauchen. Das ist das Interessante: Als in Bundesrat und Bundestag die Neuordnung des Telekommunikationsgesetzes anstand, sind es die Konzerne gewesen - RWE, Bayernwerk, VEBA -, die sich demnächst alle in der Telekommunikation tummeln wollen, die an die Politik appelliert haben - ich kann Ihnen die Briefe zeigen -: Bitte schafft faire Netzzugangsbedingungen für jedermann!

Nichts anderes fordern wir auch bei der Stromrechtsnovelle ein: daß es **faire und transparente Zugangsbedingungen** zum Netz geben muß, auch für Stadtwerke.

(Beifall bei der SPD)

Gerade die Unternehmen, die solches bei der Telekommunikation eingefordert haben, müssen wir daran erinnern, daß sie sich jetzt genauso verhalten, wenn es um ihre eigene Pfründe geht.

Das neudeutsch „Unbundling“ genannte Prinzip der organisatorischen Trennung, insbesondere der Höchstspannungsnetze im Netzbetrieb einerseits und Kraftwerksbetriebe und Verteilerbetriebe andererseits, ist das Kernstück des von der EU angestrebten Wettbewerbs. Dies ist notwendig, um zu verhindern, daß der Netzbetreiber seine eigenen Kraftwerke gegenüber anderen Kraftwerken bevorzugt und durch gezielte Preisdifferenzierung auf der Verkaufsseite seine Monopolstellung weiterhin zur Marktbeherrschung ausnutzen kann.

Unverzichtbare Voraussetzung ist daher eine **staatliche Preisaufsicht** über das Höchstspannungsnetz, die den disziplinierungsfreien Netzzugang und die für alle

gleichermaßen geltenden Netznutzungsbedingungen sorgfältig überwacht.

Gegenwärtig unterliegt das Verbundnetz weder einer effektiven Kontrolle durch Markteinflüsse noch einer solchen durch eine Preisaufsicht. Viele Leute sprechen davon, es gebe lediglich ein Frühstückskartell der großen Verbundunternehmen mit Absprachen über die Regelung der Durchleitung.

Die **EU-Elektrizitätsrichtlinie** enthält eine Reihe solcher bindender Vorgaben, die durch nationales Recht präzisiert werden müssen. Das betrifft die Benennung eines unabhängigen Betreibers für das Übertragungsnetz, der befristet lizenziert wird, die Organisation des Netzzugangs, die Aufsicht über die Netzbetreiber, die Regelung zur Erreichung von Transparenz bei der Entflechtung von Erzeugung, Übertragung und Verteilungsaktivitäten durch staatliche Einsichtnahme in die Buchführung.

Die Erkenntnis, die die EU jetzt hat, haben andere Länder der EU längst vorher gehabt. England, die Niederlande, alle skandinavischen Länder sind bereits viel weiter, als es die EU jetzt vorschlägt.

Wenn die EU vorschreibt, innerhalb von zwei Jahren sei zum Beispiel die **Netztrennung** im Wege der Entflechtung zu verwirklichen, dann ist zu fragen, warum Herr Rexrodt jetzt nationales Recht ohne diese Muß-Bestimmung umsetzen will. Will er es zwei Jahre laufen lassen und bestimmte Strukturen plattmachen und dann eine Regelung finden? Es ist nämlich in der Tat richtig: Wenn sich nach dem Vorschlag Rexrodts ohne diese Bedingungen in der Rosinenpickermethode die Großen tummeln können, dann werden wir nicht mehr die gemischte Energieversorgungsstruktur - mit Stadtwerken und Gemeindewerken - haben; das prophezeie ich. Das müssen wir verhindern.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Daneben enthält die Richtlinie eine Reihe von Möglichkeiten zur Berücksichtigung **umweltfreundlicher Energieerzeugungstechniken** und Techniken zur Nutzung regenerativer Energien. So ist in Artikel 8 der Richtlinie ausdrücklich die Möglichkeit eingeräumt, Vorrangregelungen für Strom aus erneuerbaren Energien und Kraft-Wärme-

Koppelung im Übertragungsnetz und im Verteilnetz national festzulegen. Das hat Dänemark bereits vorbildlich umgesetzt.

Dies brauchen wir. Wir brauchen es auch im Zusammenhang mit einer Neuregelung des Stromeinspeisungsgesetzes. Mit Hilfe dieser Regelung ist es beispielsweise Dänemark gelungen, bereits in diesem Jahr ein Energiegesetz zu beschließen, das einerseits den weiteren vorbildlichen Ausbau der Kraft-Wärme-Koppelung und der Nutzung regenerativer Energien ermöglicht, andererseits den Wettbewerbsanforderungen der EU-Richtlinie durch Sicherstellung eines organisatorisch unabhängigen Netzbetreibers und einer in Einrichtung befindlichen Netzüberwachungsstelle voll genügt.

Jetzt muß ich kurz etwas sagen, was im Zusammenhang mit Möglichkeiten der Einspeisung regenerativer Energien in Netze steht. Dazu haben Sie, Herr Matthiessen, etwas gesagt. Sie machen es sich etwas einfach, wenn Sie Baltic Cable, Viking cable oder andere Projekte als Trojanische Pferde der Atomenergie bezeichnen. Wir haben das Baltic Cable genehmigt. Wir stehen vor Entscheidungen, was andere Kabelprojekte angeht. Ich stehe dem im Grundsatz positiv gegenüber. Ich halte es für richtig, daß man die regenerativen Ressourcen Skandinaviens - es geht hier um das Norwegen-Kabel; da gibt es nur die eine Ressource -, zum Beispiel die Wasserkraft aus Norwegen, optimal in Europa einsetzt, zum Beispiel in Stromspitzenlastzeiten. Ich bin auch dafür, daß die Stadtwerke Kiel den Wasserstrom einkaufen können.

Sie haben in Ihrer Rede vom Viking Cable gesprochen. Bei uns geht es konkret um das **Euro-Kabel**. Dazu werden wir eine energiewirtschaftliche Bewertung durch Wissenschaftler vornehmen lassen. Ich sehe darin nicht ein Trojanisches Pferd der Atomindustrie, es könnte darin vielmehr auch ein Hebel zum Ausstieg aus der Kernenergie in Schleswig-Holstein liegen. Darüber sollten wir reden, wenn es soweit ist.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch  
der Abgeordneten Irene Fröhlich  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Im Gegensatz zur EU-Richtlinie ist die von der Bundesregierung im Oktober beschlossene

Novellierung des Energierechts in Sachen Umwelt- und Klimaschutz kontraproduktiv. Der Gesetzentwurf nennt zwar den Begriff „umweltverträglich“ in § 1, enthält dazu aber keine einzige Regelung. Es wird uns mit dieser Überschrift so gehen wie beim CO<sub>2</sub>-Konzept: Man schreibt ein Ziel fest, aber in der Umsetzung tut sich nichts.

Der **Entwurf** der Bundesregierung ist auch unter Wettbewerbsgesichtspunkten Etikettenschwindel. Er fördert Monopole und ist **wettbewerbsfeindlich**. Durch den Gesetzentwurf wird keine einzige Muß-Regelung der EU-Richtlinie umgesetzt - keine einzige! Nicht einmal eine Durchleitungsregelung ist im Gesetzentwurf enthalten. Als angebliches Wettbewerbsselement ist der zusätzliche Bau von Direktleitungen vorgesehen.

(Reinhard Sager [CDU]: Möglich!)

Wer sich vorstellt, daß in Lübeck ein potentieller Wettbewerber zum Verbundunternehmen dadurch zur Kraftwerkserrichtung gebracht werden soll, daß er mit großzügiger Erlaubnis von Herrn Rexrodt dort noch ein zweites Hochspannungsnetz bauen darf, der weiß, wie unrealistisch dieses Wettbewerbskonzept ist, und ich wünsche ihm viel Spaß im Raum Bad Schwartau.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard  
Sager [CDU])

Darüber hinaus hat die vom Bundeswirtschaftsministerium geplante Abschaffung des ausschließlichen kommunalen Wegerechts und die Möglichkeit des Baus zusätzlicher Leitungen in den Kommunen natürlich konkrete Auswirkungen, da die Umspannstationen der großen Verbundunternehmen dann direkt in den Städten und Kommunen liegen. Durch den Bau von direkten Zusatzleitungen kann ein Vorversorger dann die Marktregeln außer Kraft setzen, indem er unkontrolliert auch bei sonst gleichen Bedingungen für einzelne „Rosinen“ innerhalb der Stadtgebiete günstigere Strompreise anbietet als das Stadtwerk selbst. Auch im kommunalen Bereich müssen sowohl das Konzessionierungsrecht als auch das geschlossene Netz erhalten bleiben, und der Zugang zum Netz muß auch hier ohne Diskriminierung sichergestellt werden.

Frau Aschmoneit-Lücke, Sie haben gesagt, die Stadtwerke seien wettbewerbsfähig. Ich teile Ihre Auffassung, aber es muß gleiche Bedingungen geben. Es darf nicht zugelassen werden, daß sich die großen Konzerne, die mit ihren 70 Milliarden DM Rücklagen, die sie aus anderen Bereichen haben, natürlich eine ganz andere Potenz haben, auf dem Markt zu agieren, auf dem schleswig-holsteinischen Markt in Kiel HDW herausuchen, in Itzehoe Gruner + Jahr, in Ahrensburg Springer, in Neumünster die Aluminiumwerke, sich also die interessanten Kunden herauspicken, die mit ihrer Finanzkraft natürlich günstiger beliefern können als die Stadtwerke, und die Stadtwerke dann die Kosten auf die mittelständischen und die Tarifkunden meinen umlegen zu können und die Stadtwerke selbst nicht die Möglichkeit haben, in Norwegen oder woanders einzukaufen. Das sind die Befürchtungen des Landes und der Kommunen. Wir fürchten nicht den Wettbewerb, aber es müssen **gleiche Wettbewerbsbedingungen** bestehen, und die gibt es nach dem Gesetzentwurf nicht; es handelt sich vielmehr um Rosinenpickerei. Das ist kein Marktgesetz, sondern es ist - wenn es so bleibt - ein reines Flurbereinigungsgesetz zugunsten der großen Verbundmonopole, es bedroht durch die Entwertung der Konzession die Kommunalfinanzen, und schließlich höhlt es - wenigstens auf längere Sicht - auch das Stromeinspeisungsgesetz und damit den Ausbau der regenerativen Energien aus.

Meine Damen und Herren, was erwarten Sie denn an großem Wettbewerb? Glauben Sie, daß RWE als Miteigentümer der VEAG im Osten nach dieser Regelung dort die großen Wettbewerbspreise anbietet? Oder glauben Sie, daß sich RWE und VEBA, die sich in der Telekommunikation zusammengeschlossen haben, auf dem Strommarkt wettbewerbsmäßig groß bekämpfen? - Nein, die werden schon ihre Spielregeln wie bisher finden. Es wird zu Lasten der Stadtwerke gehen und zur Rosinenpickerei führen, und das muß verhindert werden.

(Beifall bei der SPD und des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Minister, ich darf Sie auf die Redezeit aufmerksam machen.

**Claus Möller**, Minister für Finanzen und Energie:

Ja, ich bin gleich durch.

Wie wichtig ein **geregelter Netzzugang** ist, zeigt schließlich ein Beispiel aus Schleswig-Holstein. Es gibt in Deutschland bezeichnenderweise praktisch nur ein Stadtwerk, das wesentlich mehr Kraftwerksleistung installiert hat, als im Winter im Stadtgebiet an Strom benötigt wird. Ansonsten wird ins deutsche Verbundnetz praktisch nur Strom aus Kraftwerken der Verbundnetzbesitzer und ihrer Töchter eingespeist. Diese Stadt heißt Flensburg. Sie hat die hohe Kraftwerkskapazität errichtet, um in dem fast 100 % **fernwärmeversorgten Flensburg** sinnvoll den Strom aus der Kraft-Wärme-Koppelung nutzen zu können. Das Bemerkenswerte ist, daß Flensburg direkt an der dänischen Grenze liegt und nicht mit dem deutschen, sondern mit dem dänischen Verbundnetzbetreiber kooperiert und insgesamt durchaus konkurrenzfähige Strom- und Fernwärmepreise erzielt. Man muß einmal die Fernwärmepreise in Schleswig-Holstein mit denen in Flensburg vergleichen.

(Beifall der Abgeordneten Lothar Hay [SPD] und Anke Spoorendonk [SSW])

Ich begrüße den Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zum Energiewirtschaftsrecht ausdrücklich. Die Kritik am unter Marktgesichtspunkten völlig unzureichenden Konzept der Bundesregierung stammt übrigens nicht nur von der SPD und von den Grünen, sondern wird im elften Hauptgutachten der Monopolkommission - einer durchaus unverdächtigen Instanz - mit dezenten, aber deutlichen Worten geteilt.

Auch wenn man sich den Antrag von CDU und F.D.P. ansieht - er ist eine höfliche Umschreibung, daß auch Sie mit dem vorgelegten Gesetzentwurf bei weitem nicht zufrieden sind. Es ist erfreulich, daß auch Sie hier Nachbesserungsbedarf sehen.

Wir lehnen den Gesetzentwurf der Bundesregierung ab und werden gemeinsam mit anderen Bundesländern einen alternativen Gesetzentwurf einbringen.

(Beifall bei SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Matthiessen.

(Konrad Nabel [SPD]: Muß doch nicht sein! - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Doch!)

**Detlef Matthiessen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Frau Aschmoneit-Lücke, wenn in Frankreich die Idee des Single-Buyer-Prinzips gepflegt wird, dann ist das dort für das ganze Land gedacht; so habe ich es aber für unser zukünftiges Energiemodell nicht gemeint. Vielmehr soll unseres Erachtens die **kommunale Versorgungsstruktur** erhalten bleiben, wie es in Artikel 28 des Grundgesetzes als Daseinsvorsorge geregelt ist.

Wir werden sicherlich noch viel Diskussionsbedarf miteinander haben.

(Meinhard Füllner [CDU]: Klar, bei dem Wechsel des Standpunktes!)

Herr Sager, Sie haben wieder einmal die Windenergie bemüht.

(Zuruf des Abgeordneten Reinhard Sager [CDU])

Sie sprachen von der Subventionierung der Windenergie. Ich bezweifle, daß die Windenergie bei uns subventioniert wird.

(Lachen bei der CDU)

- Es wird schnell gelacht, aber man sollte einmal etwas gründlicher darüber nachdenken. - Herr Sager, eine Sache, die aber nicht Hauptstrang meiner Argumentation ist: Wenn Sie mit dem Auto an einer Windmühle in Dithmarschen vorbeifahren, sich ein Flügel löst und aufs Dach donnert, dann kommt der und bezahlt Ihnen das. Wenn ein Atomkraftwerk hochgeht, werden die Schäden auf das Dreifache des Bruttosozialprodukts unseres

Staates geschätzt. Das versichert niemand. - Ein Unterschied am Rande!

Was Sie aber begreifen müssen, ist, daß Strom ein sehr heterogenes Gut ist, Peter Jensen-Nissen.

(Zurufe von der CDU)

Wir bezahlen zwar immer einen Preis pro Kilowattstunde, und der Strom wird physikalisch als Kilowattstunde gemessen. In der Erzeugung macht es allerdings einen großen Unterschied, ob ich mich im Spitzenstrombedarf befinde oder in einem Nachttal im Sommer.

Da schwanken die **Preise** ganz gewaltig. Ich weise in diesem Zusammenhang auf Punkt 3f hin, wo die Rede von **lastvariablen Tarifen** ist. Wenn wir die Windenergie nämlich gerade in den dunklen, windreichen Jahreszeiten auch in den Tälern der Nacht bezahlen wollten, könnten wir uns gerechterweise nicht auf die 8 Pfennig Niedrigstpreis beziehen, da es sich um Täler auf einem sehr hohen Verbrauchsniveau handelt, so daß eine solche Grenzkostenbetrachtung nicht ausreicht. Die Produktionskosten liegen vielmehr bei mindestens 12 Pfennig auch in der Nacht.

(Reinhard Sager [CDU]: Wieviel bezahlen wir zur Zeit?)

- Ich sage nur, wenn wir auch den Spitzenstrombedarf den Windenergieproduzenten bezahlen würden, wenn sie ihn denn erzeugten, sähe die Sache schon sehr viel anders aus.

Das Problem ist also nicht eines, das wir mit Schlagworten erledigen können, und deshalb möchte ich Sie bitten, mit nach Berlin zu kommen, damit wir uns dort gemeinsam etwas schlauer machen und die Probleme erfüllen und durchdenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor.

Es ist beantragt worden, die Anträge federführend dem Sozialausschuß und mitberatend dem Wirtschaftsausschuß zu überweisen. Wer so

beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen.  
- Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dies ist einstimmig so beschlossen.

Auf der Tribüne begrüße ich jetzt die Besucher des Bundesgrenzschutzes Flensburg-Kupfermühle sowie der CDU-Ortsverbände Kücknitz-Siemens und Schlutup.

(Beifall)

Ich rufe Punkt 10 der Tagesordnung auf:

(Unruhe)

Ich darf auch hier um etwas mehr Aufmerksamkeit bitten.

### **Entschließung zur Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 14/346

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/359 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion der F.D.P.  
Drucksache 14/367

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann eröffne ich die Aussprache und erteile Herrn Abgeordneten Jensen-Nissen das Wort.

**Peter Jensen-Nissen** [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir hätten diesen Antrag fast auf den Tag genau ein Jahr nach der hier in diesem Landtag heiß diskutierten Kammergesetzänderung sicherlich nicht so gestellt, wenn das, was im Haushaltsgesetz steht, nicht unmittelbar auf die Kammer wirken würde.

Das Gesetz sieht eine weitere Kürzung um 2 Millionen DM vor, und insofern hat Präsident Dr. Korthals damals in der Anhörung zum Kammergesetz Recht gehabt, als er sehr deutlich gesagt hat: Bevor man über die Größe des Budgets

diskutiert und bevor man über die Steigerungsraten diskutiert, müsse das **Parlament** klar definieren, welche **Aufgaben** von der **Kammer** dann zu bewältigen sind. Die Mißachtung dieses Grundsatzes, die wir damals in der Beratung zur Änderung des Kammergesetzes festgestellt haben, wird nun sichtbar.

Wir haben in unserem Antrag in acht Punkten dargestellt, was wir für notwendig halten, um die Kammer zukunftsfähig zu halten. Wir sagen, daß dies unabdingbare **Grundsätze** sind, um die **Kammer** über das Jahr 2000 hinaus vernünftig zu entwickeln.

Richtig ist angesichts der hundertjährigen Geschichte der Kammer natürlich, daß in einer Zeit wie der unsrigen auch gespart werden muß, und richtig ist ebenso, daß wir gemeinsam darüber nachdenken müssen, wie wir die Veränderungen in der Landwirtschaftskammer im Interesse der Landwirtschaft und im Interesse des ländlichen Raums und dessen Bevölkerung sowie im Interesse der Sicherung der Lebensmittelqualität angehen können.

Im Laufe der letzten Jahrzehnte sind an die **Landwirtschaft** immer neue **Anforderungen** gestellt worden, die einen ständigen Anpassungs-, aber auch Lernprozeß erfordern. Die Kammer hat einen wesentlichen Anteil am Gelingen dieses Prozesses gehabt. Dies hat erheblicher Anstrengungen bedurft und ist noch lange nicht abgeschlossen.

Die Mangelsituation der Nachkriegsjahre, die spätere Überschußproduktion, die ständig steigenden Anforderungen zum Schutze der Umwelt und - ausgelöst letzten Endes durch Ihre Gesetzgebung - auch die gegenwärtige Existenzkrise vieler Betriebe - Sie kennen die Diskussion, angefangen von BSE bis hin zur EU-Agrarreform - wären ohne die Beratung der Kammer nicht lösbar gewesen.

Ich will in diesem Zusammenhang nicht auf die Probleme eingehen, die die Kammer mit ihrer Selbstverwaltung in der Vergangenheit gehabt hat. Ich denke, sie hat die Zügel kräftig in die Hand genommen, um die Geschicke der Kammer in die richtigen Bahnen zu lenken. Dabei muß sie allerdings - das sage ich sehr deutlich - Planungssicherheit haben.

(Beifall bei der CDU)

Sehr verehrter Herr Minister, ich will Ihnen einmal sagen, worum es dabei geht. Zu Beginn der Kammerdebatte im letzten Jahr hat der Kollege Wilkens in einer emotionalen Aussprache sehr deutlich gesagt, daß es eine Frage der Macht der CDU und des Bauernverbandes in der **Landwirtschaftskammer** sei und daß diese Gesetzesänderung natürlich Machtverlust bedeute und auch bedeuten solle. Dies waren die Aussagen des Kollegen Wilkens, und genau dies wird jetzt eintreten, wenn Sie die Kammer finanziell knebeln.

Nach nunmehr hundert Jahren des Bestehens gerät die Kammer jetzt aufgrund der Finanzlage in ein schwieriges Fahrwasser. Aber dafür ist die Institution selbst nicht verantwortlich, wie ich eben schon ausgeführt habe. Vielmehr bringt die **Landesregierung** die Kammer mit dem Argument, **Einsparungen** vornehmen zu müssen, an den Rand der Existenzfähigkeit. Gerade in einer solchen schwierigen Situation ist die Verlässlichkeit eines Partners außerordentlich wichtig. Um so bestürzender war für uns die Information, daß das Budget erneut um 2 Millionen DM gekürzt werden soll. Es ist im Haushaltsgesetz auf 38 900 000 DM festgelegt. Die Kammer und die Verbände der CDU gingen davon aus, daß das, was wir im letzten Jahr gemeinsam beraten haben, Grundlage für die Kammer sein und Bestand haben würde. Nach nur einem Jahr ist nun alles Makulatur. Das Budget hat den Wert einer Roulettezahl, auf die niemand setzen kann.

Ich möchte nun auf das kommen, was Herr Minister Wiesen in der Landtagsdebatte gesagt hat. Er hat von der langfristigen Verpflichtung gesprochen, die Kammer auf eine gesicherte Grundlage zu stellen. Ich zitiere ihn sinngemäß: Früher habe die Zuweisung von den jährlichen Entscheidungen im Rahmen der Haushaltsberatungen durch das Parlament stattgefunden. Künftig gebe es eine höhere **Planungssicherheit** für die Kammer, und das sei das Gegenteil von dem, was damals praktisch unterstellt worden sei.

Sehr verehrter Herr Minister, sehr schnell sind diese Ihre Worte Makulatur geworden. Sehr schnell ist bewiesen worden, daß das, was Sie damals als richtungweisend verkauft haben, sich ins Gegenteil verkehrt hat.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

Richtig ist aber auch, wenn Sie diesen Weg denn schon gehen, die Verpflichtung gegenüber der Kammer in Fragen der Personaleinsparung einzugehen. Wenn Sie 2 Millionen DM kürzen wollen, müssen Sie auch deutlich machen, wie man das **Personalbudget** gestaltet; denn Sie haben immer die Planstellen durch das Ministerium quergeschrieben. Eine Sparpolitik zu Lasten der Beschäftigten der Kammer ist mit der CDU nicht zu machen. Unkündbare Angestellte wie Lebenszeitbeamte können nicht freigestellt werden. Die Kammer mußte immer ihre Stellenpläne durch das Ministerium genehmigen lassen. Die politisch motivierte Absicht, der Kammer zu schaden, darf nicht auf dem Rücken der Beschäftigten ausgetragen werden.

Richtig ist aber auch, Herr Minister - dies will ich hier noch einmal ausdrücklich betonen, um die Dimension der Einsparung deutlich zu machen -, daß Sie vor der Landwirtschaftskammerversammlung Anfang November sehr deutlich in Zahlen dargestellt haben, wieviel das Land zugewiesen habe. Herr Minister, das wollen wir nicht bestreiten; denn das ist durch den Haushalt auch zu belegen. Aber richtig ist genauso, daß der Kammer beim Unterschied zwischen dem, was das alte Kammergesetz mit seinen Steigerungsraten bis 1998 hergegeben hätte, im Vergleich zum neuen Kammergesetz mit den erneuten Einsparungen, die für 1998 in Höhe von 3,5 Millionen DM vorgesehen sind, rund 23,3 Millionen DM fehlen,

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Hört, hört!)

und dies in einem schwierigen Anpassungsprozeß. Ich denke, vor diesem Hintergrund sind die Einsparungen, die Kürzungen und das Kammergesetz mitverantwortlich für das Desaster, in das Sie die Kammer letzten Endes durch Ihre Politik hineinführen.

Ich will aufgrund der Kürze der Zeit nicht so sehr auf das Schulthema eingehen. Wir haben in unserem Antrag sehr deutlich formuliert: Maßstab für die Schulen muß auch die Schülerzahl sein, muß die Qualität der Ausbildung sein. Das ist sicherlich

unstrittig. Aber wir sagen Ihnen auch sehr deutlich, daß aufgrund der bestehenden Strukturen, der Anforderungen an die Landwirtschaft das 5+2-Modell ein zukünftiges Modell ist, das die flächendeckende Präsenz der Landwirtschaftskammer garantiert.

Ich darf einen weiteren Punkt ansprechen: Wenn es zu der von Ihnen möglicherweise eingeforderten Schließung von **Landwirtschaftsschulen** kommt oder zu dem Vorschlag, den die Landwirtschaftskammer ja selber unterbreitet hat, dann ist die Situation der **Landfrauenberatung**, der Frauen im ländlichen Raum sehr schwierig darzustellen. Hier ist die Finanzierbarkeit unser Kernanliegen im ländlichen Raum. Ich weiß sehr wohl, daß dies möglicherweise nicht alles durch das Kammergesetz abgedeckt ist. Aber dies war und ist letzten Endes die Basis dafür, wie wir Frauen im ländlichen Raum, insbesondere den Landfrauen, einen Rückhalt und eine Basis geben und ihre erfolgreiche Arbeit, die sie in der Altenpflege oder in der Krankenpflege geleistet haben - all das, was ja initiiert worden ist, Frau Schröder -, in Zukunft garantieren können.

(Beifall des Abgeordneten  
Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]

Ich sage Ihnen sehr deutlich: Zwölf Planstellen, die die Landfrauen einfordern, sind das Minimum.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Wir müssen dafür sorgen, daß diese Arbeit in Zukunft finanzierbar bleibt.

In einem technisierten Beruf, der immer wieder neue Entscheidungen verlangt und zunehmend dem Umweltschutz Rechnung tragen muß, kann das vor Jahrzehnten Erlernte nicht ausreichend sein. Die Beratung ist eine Bringschuld der Gesellschaft, denn diese ist es, die ständig Forderungen stellt. Die Sozialpflichtigkeit des Eigentums hat spätestens dort ihre Grenzen, wo mit der Inanspruchnahme die Existenz bedroht ist.

(Beifall der Abgeordneten  
Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Vor diesem Hintergrund ist es sicherlich richtig, daß wir erneut darüber diskutieren müssen, wie weit sich die Beratung aus dem Weisungsbereich

zurückziehen kann. Ich denke nicht, daß der Weg richtig ist, den Sie dort beschritten haben. Unbestreitbar ist es auch, daß eine Spitzenberatung von den Betrieben mitfinanziert werden muß. Ich glaube, dies wird im Grundsatz und im Kern überhaupt nicht bestritten.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen Sie unserem Antrag zu. Wir beantragen Ausschußüberweisung, um dieses brisante und hochkomplexe Thema im Ausschuß weiter diskutieren zu können.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Ich erteile das Wort der Frau Abgeordneten Schröder.

**Sabine Schröder [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Jensen-Nissen, wir sind uns einig in der Einschätzung, daß sich unter dem Druck der Weltmärkte, komplizierter EU-Vorschriften, des wachsenden ökologischen Bewußtseins, geschüttelt von Krisen wie BSE, unsere Landwirtschaft geändert hat und sich auch weiterhin ständig ändert. Der Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln wurde um ein Drittel gesenkt; das darf man auch nicht verkennen. Man legt Wert auf Qualität und Herkunftsnachweis der Produkte. Zuerwerb durch Gästebewirtung und Direktvermarktung sind gang und gäbe.

Wesentlich dazu beigetragen hat unzweifelhaft die gute **Ausbildung und Beratung**, getragen von der **Landwirtschaftskammer**; da sind wir uns einig. Finanzdruck, Aufgabe von Betrieben und sinkende Schülerzahlen erfordern aber auch von der Kammer - es freut mich, daß Sie auch das in Ihrem Antrag formuliert haben - Einsparungen und Effizienzsteigerung.

(Beifall der Abgeordneten Günter  
Neugebauer [SPD] und Monika  
Heinold [BÜNDNIS 90/DIE  
GRÜNEN])

Dabei ist ausdrücklich zu begrüßen, daß die Verwaltung, die Fachausschüsse und der Vorstand der Kammer offensiv selbst an einem Konzept

„Kammer 2000“ arbeiten, das im Personalbereich Einsparungen von 25 % vorsieht.

Die klassischen Aufgaben der **Selbstverwaltung** - da haben Sie recht, erforderlich ist eine Aufgabenüberprüfung durch die Selbstverwaltung und nicht durch die Landesregierung - sind die Anerkennung der Betriebe, Meisterkurse, Fortbildung, Informationen über Fördermaßnahmen, Organisation und Finanzierung der Beratung. Jede Abteilung der Kammer ist aufgefordert, ein **Sparkonzept** vorzulegen. Das ist Fakt. Ich fordere es nicht; Sie tun es.

Der **Weisungsbereich** beschränkt sich auf das Fachschulangebot und auf die Officialberatung.

**Freiwillige Aufgaben** - das ist der dritte Bereich -, für die auch Gebühren eingenommen werden können, sind die Geschäftsführung der Verbände, Betreuung der Betriebshilfsdienste und Maschinenringe, Unterrichts- und Vortragstätigkeit.

Alle Aufgaben gilt es zu durchforsten. Bisher, Herr Jensen-Nissen, konnten trotz der Kürzungen und trotz der seit zehn Jahren stabilen Umlage **Rücklagen** in steigender Höhe gebildet werden. Es ist nicht einzusehen, daß das Land immer stärker Kredite aufnehmen muß und dort Rücklagen gebunkert werden.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD] und Günter Neugebauer [SPD])

Insofern ist es schon ein Anliegen, daß diese Rücklagen erst aufgebraucht werden. Ich meine jetzt nicht die Betriebsrücklage, sondern die Ausgleichsrücklage. Ich kenne den Unterschied sehr wohl.

Trotz der **Kürzung der Landeszuschüsse** muß festgestellt werden, daß die Kammer 1988 25 Millionen DM an Zuschüssen bekommen hat; 1997 werden es 38,3 Millionen DM sein. Das nennen Sie strangulieren? Dagegen sinkt der Haushalt des Ministeriums für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus jährlich, 1997 um 5,81 %. Das ist ein Batzen Geld.

Die **Einsparungen** bei der **Landwirtschaftskammer** - das gebe ich zu - sind schwer zu leisten. Sorgen macht vor allen Dingen

das Defizit bei LUFA/ITL. Auch hier bemüht sich die Kammer selbst um ein offensives neues Konzept.

Strittig sind immer noch die **Trägerschaft** und die **Standortfragen** der Landwirtschaftsschulen. Verbleibt die Trägerschaft allein bei der Kammer, muß konzentriert werden. In Mecklenburg-Vorpommern beispielsweise gibt es für 420 Schüler nur zwei Schulen. Dies bedeutet aber auch Rückzug aus der Fläche. Die beiden Kooperationsstandorte Mölln und Heide haben sich bewährt. Räume, Geräte, Personal können gemeinsam genutzt und ausgetauscht werden.

(Meinhard Füllner [CDU]: Sehr gut!)

Diese Standorte sollten in jedem Fall erhalten bleiben, zumal Verträge zu halten sind. Die Qualität des Unterrichts ist für mich auch als schulpolitische Sprecherin oberstes Gebot. Dann ist die Trägerschaft sekundär.

Erfreulich ist, Herr Minister, daß Sie schon im Vorwege den Lehrplan in bezug auf ökologischen Landbau ändern wollen

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Ernst Dieter Rossmann [SPD])

und auch in Rendsburg die Landwirtschaftsschule mit einem solchen Fach ausstatten. Herzlichen Dank! Das ist voll in unserem Sinne.

Nach Auffassung der SPD-Fraktion sollte das Standortkonzept nicht zentral übergestülpt werden, wenn es regional Kooperationslösungen gibt, die favorisiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Für kaum vorstellbar halte ich die Verlagerung der städtischen Hauswirtschaft nach Hademarschen. Ich glaube, da ist der Landesrechnungshof auf einem falschen Dampfer. Auch hier muß wegen der sinkenden Auslastung eine Lösung gefunden werden. Die Gartenbau-Fachschule hat sich in Kiel-Steenbek als einzülig relativ stabilisiert. Um den Standort der Fischereischule wird noch gerungen.

Die **Offizialberatung**, sozioökonomisch und hauswirtschaftlich, muß in Umfang und Aufgabenstellung neu definiert werden. Ein Erlaß steht noch aus. In jedem Fall muß ein schlüssiges **Beratungskonzept** erarbeitet werden, das die Präsenz in der Fläche gewährleistet.

(Beifall der Abgeordneten Ursula Kähler [SPD])

Das kann nicht, Frau Happach-Kasan, nur an die Schulstandorte gebunden sein.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beispielsweise könnte ich mir gut vorstellen, daß für Ostholstein-Plön ein Beratungszentrum in dem von der Landwirtschaft sehr akzeptierten Versuchsgut Futterkamp eingerichtet werden könnte. Ein Beratungszentrum muß keine Schule sein.

Es ist schon erstaunlich, daß die CDU-Abgeordneten sich demonstrativ zu den protestierenden Landfrauen stellen. Sie haben jetzt auch erwähnt, daß Sie die Forderung von zwölf Beratungsstellen unterstützen. Aber in Ihrem Antrag vermisste ich einen solchen Aspekt.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Deshalb habe ich es Ihnen ja gesagt!)

Die **Beratung für Frauen im ländlichen Raum** bezieht sich längst nicht mehr nur auf Landwirtschaft und Gartenbau. Es gibt erfolgreiche Seminare „Perspektiven für Bäuerinnen“, Beratung und Kurse in der Direktvermarktung, in der Gästebewirtung, Weiterbildung zu Tagesmüttern, in der Altenpflege.

Neu ist der sinnvolle Gedanke von **Dienstleistungsagenturen**. Dies ist ein richtiger Ansatz zur Abkehr von 590-DM-Verträgen. Es kann nicht sein, daß es neben den landwirtschaftlichen Lehrkräften zwölf sozioökonomische Berater, 17 Wirtschaftsberater, 96 Berater in den Beratungsringen gibt und die Beratung für Frauen im ländlichen Raum überproportional gekürzt werden soll. Hier ist aber nicht nur das Land, sondern auch die Kammer gefordert, Umschichtungen vorzunehmen.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Aber auch das Land!)

- Auch das Land; das gebe ich gern zu. - Auf keinen Fall darf der Mutterschutz oder der Erziehungsurlaub zu einem vorzeitigen Wegfall der Stellen genutzt werden. Das wäre eine einseitige Benachteiligung der Frauen bei der Umsetzung von kw-Vermerken.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]

Auch das Angebot für Frauen ist ein einkommensrelevantes Beratungsangebot; das darf man nicht vergessen. Das Beratungsangebot auch hinsichtlich der Wirtschafts- und Spezialberatung muß - ich sagte dies eben schon - nicht an die Fachschulstandorte gebunden werden. Bei den ÄLW gibt es Schwierigkeiten, weil man nicht Beratung und Kontrolle miteinander verbinden kann. Das müßte man noch einmal genau überlegen.

Bei der **Reform der Landwirtschaftskammer** stehen auch die vielfältigen Versuchsfelder auf dem Prüfstand. Ich halte es für richtig, auch in dieser Hinsicht **Kooperationsmöglichkeiten** zu überlegen und **Synergieeffekte** zu nutzen.

Es ist selbstverständlich, daß der notwendige **Personalabbau** sozialverträglich gestaltet werden muß. Betriebsbedingte Kündigungen darf es nach Auffassung der SPD-Fraktion nicht geben. Dabei hat das Land seine Hilfe angeboten. 20 Landwirtschaftsschullehrer wurden in den Landesdienst übernommen; elf sind bereits umgesetzt.

Zudem hat das Landwirtschaftsministerium der Kammer zehn Stellen für die Umsetzung der Rapsanträge angeboten, neuerdings auch eine Stelle für eine wissenschaftliche Laborkraft im Pflanzenschutzamt und eine Stelle für das Konzept „EXPO 2000“. Leider hat die Kammer - das verstehe ich nicht - keinen Gebrauch davon gemacht. Andererseits hat sie eine neue Stelle für einen Marketingfachmann ausgeschrieben. Die Personalpartnerschaft darf keine Einbahnstraße sein, und es kann keine Garantie dafür geben, daß jeder Stelleninhaber sofort in den Landesdienst übernommen wird. Voraussetzung muß vielmehr eine freiwerdende Stelle im Landesdienst sein, die

nicht eingespart werden muß, und Voraussetzung ist natürlich auch die entsprechende Eignung.

Erfreulich ist jedoch, daß sich die Gremien der Landwirtschaftskammer nicht in eine Schmollecke begeben haben, sondern selbst Vorschläge erarbeiten, die dauerhafte Strukturen absichern sollen. Die Akzeptanz der Landwirtschaftskammer beruht auf Präsenz und Leistung, denn es gibt auch aus der Bauernschaft Kritik. Selbst auf der letzten Hauptversammlung wurde geäußert: „Umlageerhöhung - nicht daran zu denken!“ Dazu sei die Kammer nicht genügend akzeptiert. Dies waren übrigens keine Stimmen der Landesregierung, geschweige denn der SPD-Fraktion.

Es wäre schön, wenn wir gemeinsam - zusammen mit der Kammer, dem Ministerium und auch getragen von uns - eine Lösung finden könnten. Ich denke, daß wir Empfehlungen geben können, wir dürfen uns aber nicht in die **Selbstverwaltung** einmischen; wir mischen uns statt dessen, Frau Happach-Kasan und Herr Jensen-Nissen, in den Ausschüssen ein.

Der F.D.P.-Antrag enthält aus meiner Sicht interessante Ansätze - Abgrenzung zu den ÄLW, zum Pflanzenschutzamt und ähnliches -, die man erwägen sollte. Deswegen bin ich damit einverstanden, daß wir alle drei Anträge dem Ausschuß überweisen und uns dort auch über den neuesten Stand informieren lassen. Denn es wird ja in der Kammer an dem Konzept gearbeitet, es wird im MLR daran gearbeitet, und es laufen Gespräche mit der Frauenministerin, so daß wir uns auf dem laufenden halten und gegebenenfalls entsprechende Haushaltsanträge stellen können.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Frau Abgeordnete Heinold.

**Monika Heinold** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Existenzberechtigung der **Landwirtschaftskammer** wird hier und heute von niemandem angezweifelt. Dennoch stellen wir als Grüne bei der Diskussion um die Aufgabe der

Landwirtschaftskammer bewußt bestehende Strukturen in Frage, und wir fordern **Reformen** ein.

Die Situation der Landwirte in Schleswig-Holstein hat sich verändert; vor allem haben sich die Existenzmöglichkeiten für kleine und mittelständische Betriebe drastisch verschlechtert. Die Landwirtschaftspolitik der Bundesregierung, vor allem aber die Entscheidungen in Brüssel haben zu dieser Entwicklung beigetragen. Die CDU schreibt in ihrem Antrag: „Der Erhalt der Landwirtschaftskammer ist für den Berufsstand unverzichtbar.“ Ich sage: Setzen Sie sich in Bonn und Brüssel endlich dafür ein, daß es das Berufsbild „Landwirt“ in den kommenden Jahren überhaupt noch gibt.

Folge der jetzigen Politik ist eine stetige **Veränderung des ländlichen Raumes**, der in Schleswig-Holstein lange Zeit von ländlicher Kultur rund um Haus und Hof geprägt war. Aus dieser Situation heraus ist es zu verstehen, daß die Regionen, die von der Schließung landwirtschaftlicher Schulstandorte betroffen sind, einstimmige Kreistagsbeschlüsse zum Erhalt der Standorte fällen. Verstärkt wird dies dadurch, daß die Kammer ihre ureigene Aufgabe des Beratungsangebots in der Fläche bisher immer an die bestehenden Schulstandorte gebunden hat.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Nicht  
ausschließlich!)

Aus bündnisgrüner Sicht stellt sich die Situation für uns folgendermaßen dar. Während das Landwirtschaftsministerium - das wurde hier ebenfalls schon gesagt - in den Jahren von 1989 bis 1996 eine Kürzung der Nettoausgaben von 13,2 % bewältigt hat, sind die **Landeszuweisungen** an die **Kammer** im selben Zeitraum um 15,2 % gestiegen. Dann können wir natürlich die Frage stellen, wer denn Macht verloren oder gewonnen hat. Die geplante Bezuschussung für die Jahre 1997 und 1998 verringert sich leicht; es soll zu einer Budgetierung kommen, es soll nicht zu einer Steigerung der Zuschüsse kommen, es soll statt dessen zu Planungssicherheit kommen. Ich sage Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CDU: Sehr viele Bereiche in unserem Land Schleswig-Holstein würden sich freuen, wenn sie dieselbe Planungssicherheit in dieser Form und in dieser Höhe hätten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das jetzt befürchtete **Defizit** der Kammer - die CDU spricht hier ja von einem Desaster - entsteht, weil sich die Kammer aufgrund interner Querelen nicht rechtzeitig zu notwendigen Strukturreformen entschlossen hat. So muß sie nun auf ihre **Rücklagen** zurückgreifen. Wer in diesem Zusammenhang der Landesregierung einen heillosen Kahlschlag vorwirft oder vom „Strangulieren der Kammer“ spricht, wie es der Bauernverband öffentlich getan hat,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Sehr richtig! - Caroline Schwarz [CDU]: Der hat recht!)

der verkennt die Realität und der betreibt Volksverdummung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Wer davon spricht - auch dies ist in der Öffentlichkeit ja geschehen -, daß das Vertrauen in die Landesregierung tief erschüttert sei,

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Der hat recht!)

der muß sich auch die Frage gefallen lassen, wie wir als für den Haushalt verantwortliche Politiker und Politikerinnen Vertrauen in das noch immer zerstrittene Management der Kammer haben sollen. Auch dies muß hier diskutiert werden.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Dennoch gehen wir als Grüne offen mit der Situation der Kammer um, fordern aber Reformen und inhaltliche Weichenstellungen ein.

Wir begrüßen die begonnene Weiterentwicklung der Landwirtschaftskammer; wir begrüßen das „Kammerkonzept 2000“ mit dem angekündigten Abbau von 25 % der Stellen. Effektivitätssteigerung und Einsparungsmöglichkeiten werden zur Zeit allen abverlangt und müssen auch von der Landwirtschaftskammer realisiert werden.

Kein Verständnis haben wir für die Darstellung der Kammer, daß das jetzt angesetzte Budget zwangsläufig zur **Schließung von Schulstandorten** führen müsse und daß damit auch die Beratung in der Fläche weg falle. Wir geben an dieser Stelle die Verantwortung an die Kammer zurück. Sie ist verantwortlich für die Ausgestaltung des Schulangebots, sie ist für das **Beratungsangebot** verantwortlich, und sie muß dem Landfrauenverband die Frage beantworten, warum im Frauenbereich überproportional und an erster Stelle gekürzt werden soll. Das geplante Budget und das Eigenaufkommen der Kammer, das durchaus auch - wenn der Wille der Kammermitglieder vorhanden wäre - zu erhöhen wäre, beides zusammen gewährleistet nach unserer Meinung die Möglichkeit eines qualitativ guten und in der Quantität angemessenen Angebots.

Sparmöglichkeiten der Kammer müssen vor allem in der Hauptverwaltung realisiert werden. Aber gerade hier spart die Kammer mit kw-Vermerken und setzt diese kw-Vermerke vor allem bei den Stellen für Berater und Beraterinnen sowie Lehrer und Lehrerinnen an.

Natürlich fordern wir einen sozialverträglichen **Personalabbau**. Meine Vorrednerin hat ja bereits ausgeführt, daß die Landesregierung dafür durchaus auch Angebote gemacht hat. Daß sich das Land aber nicht verpflichten kann, Personal automatisch zu übernehmen, müßte angesichts der Haushaltseckdaten des Landeshaushalts auch der CDU klar sein. Wir halten die Forderung der CDU, alle Personen - egal, aus welchem Grund - jetzt in den Landesdienst zu übernehmen, für gnadenlos populistisch, gibt doch die CDU sonst so gern vor, daß sie zu den großen Sparerinnen und Sparern der Nation gehört.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Die bezahlen sie ja auch!)

- Sie schreiben in Ihrem Antrag, Sie wollten, daß die alle in den Landesdienst übernommen werden. Nun erzählen Sie mir einmal, wie Sie das finanzieren wollen, wenn wir bei der Kammer abspecken wollen, wenn wir dort Effizienz hineinbringen wollen.

Wir fordern die Kammer auf, die Anzahl der Schulstandorte von der Möglichkeit des dezentralen

Beratungsangebots zu trennen. Vor allem deshalb können wir dem Antrag der F.D.P. nicht zustimmen.

Die Schulen haben bereits begonnen, im Rahmen von **Kooperationsmodellen** richtige Wege zu beschreiten. Am weitesten geht hier der Vorschlag aus dem Kreis Steinburg, nicht nur Landwirtschafts- und Berufsschule zu vernetzen, sondern auch eine Kooperation zu der Schule in Heide aufzubauen.

Warum sollen nur die Schüler und Schülerinnen reisen und nicht die Lehrer und Lehrerinnen? Bei jedem Schulkonzept muß die **Qualität des Unterrichtsangebotes** Priorität haben. Grundlage für alle Planungen müssen reale und zu erwartende Zahlen der Schülerinnen und Schüler sein. Eine ausreichende Fachlichkeit der Lehrer und Lehrerinnen wird bei den dramatisch sinkenden Zahlen der Schülerinnen und Schüler nur durch eine Vernetzung von Schulen sicherzustellen sein. Denkbar ist ein Lehrer- und Lehrerinnenpool für unterschiedliche Schulen und verschiedene Standorte. Die Trägerschaft der Schulen kann und muß durch eigenständige Konzepte der jeweiligen Region gestaltbar sein. Wenn Kreise als Träger Schulen übernehmen wollen, wenn sie daraus Grüne Zentren machen wollen - schon der Name „Grüne Zentren“ überzeugt natürlich -

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

dann unterstützen wir diese Wünsche ausdrücklich. Wir finden es auch sinnvoll, daß Gebäude in der Region möglichst mehrfach genutzt werden.

Unabhängig von den Schulstandorten muß ein **Beratungsangebot in der Fläche** erhalten bleiben, welches dem Bedarf nach fachlichen Informationen, aber auch den regionalen Besonderheiten in bezug auf Klima, Boden und Betriebsstrukturen entspricht. Hier gilt es, kreativ zu sein. Warum soll es nicht möglich sein, bestehende Angebote der Kammer kostensparend zusammenzufassen? Als Beispiel nenne ich das Angebot an der Westküste, wo es ja die Lehr- und Versuchsanstalt in Mildstedt und auch die Landwirtschaftsschule in Bredstedt gibt. Wir fordern die Kammer als Selbstverwaltungsorgan auf, sich neue Konzepte in bezug auf eine Vernetzung zu überlegen.

Wir fordern die Kammer aber auch auf, im Rahmen der Umstrukturierung und der Reform den ökologischen Gedanken in der Landwirtschaft stärker in den Vordergrund zu stellen. Ein größeres Gewicht für den **ökologischen Landbau** in den Landwirtschaftsschulen, in der Kammer und in der Ernährungsberatung fordern wir ein. Deshalb begrüßen wir es, daß Schleswig-Holstein - das wurde schon gesagt - als erstes Bundesland in Rendsburg zum Schuljahr 1997/98 den Schwerpunkt „ökologischer Landbau“ anbieten wird.

Darüber hinaus fordern wir die Kammer auf, bei den anstehenden Sparmaßnahmen die Interessen der Frauen im ländlichen Bereich zu wahren und keine überproportionalen Kürzungen in diesem Bereich vorzunehmen. Wir erwarten, daß die Kammer ein **dezentrales Beratungskonzept** vorlegt, welches den Zuerwerb und die **Weiterbildung von Frauen** im ländlichen Bereich unterstützt.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Hierzu gehören die verstärkte Förderung der Direktvermarktung, die hauswirtschaftliche Beratung, vor allem aber auch die Hilfe zur Selbsthilfe, neue Weichenstellungen für Arbeitsplatzmöglichkeiten, Weiterbildungsangebote, vor allem im EDV-Bereich und in der Buchführung.

Wir nehmen den Protest der Landfrauen ernst. Es war, wenn ich die Presse richtig verfolgt habe, ihre erste Demo. Irgendwann kommt jede und jeder zu ihrer oder seiner ersten Demo. Herzlichen Glückwunsch zu diesem Schritt!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir hoffen, daß das Beharrungsvermögen der Landfrauen ausreicht, um die Herren der Landwirtschaftskammer zu überzeugen, damit die Sparmaßnahmen nicht zuerst auf Kosten der Frauen gehen.

(Beifall der Abgeordneten Irene Fröhlich [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ein klares grünes Ja zur Kammer, ein unbedingtes Muß zur Reform, ein uneingeschränktes Ja zur

vorgenommenen Budgetierung, die Förderung der verstärkten Ausbildungsmöglichkeiten im Fachbereich ökologischer Landbau und eine Unterstützung für die Förderung der Landfrauen - das ist unsere Position in dieser Diskussion. Wir freuen uns auf die Fachdiskussion im Ausschuß.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

#### Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:

Das Wort hat Frau Abgeordnete Dr. Happach-Kasan.

#### Dr. Christel Happach-Kasan [F.D.P.]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal möchte ich Herrn Jensen-Nissen dafür danken, daß er - wie ich meine - richtig dargestellt hat, daß die **Arbeit der Landwirtschaftskammer** gerade in schwierigen Zeiten, wie wir sie mit der BSE-Diskussion gehabt haben, wertvoll war und dem ländlichen Raum wirklich geholfen hat.

Mein Antrag scheint mir weder von den Grünen noch von der SPD ganz richtig gelesen worden zu sein. Ich bin der Meinung, daß die Beratung dort, wo wir **Schulstandorte** haben, erfolgen sollte. Darüber sollte kein Dissens bestehen. Dies ist sinnvoll. Gleichzeitig möchte ich, daß weitere Standorte einbezogen werden, wie beispielsweise Futterkamp. Auch diesbezüglich hatte ich den Eindruck, daß wir das gemeinsam wollen. Erst wenn wir mit diesen Standorten - Schulstandorten plus weiteren Standorten der Kammer, die schon bestehen - nicht auskommen, macht es Sinn, für die Beratung weitere Standorte hinzuzunehmen, aber erst dann. Solange dies noch nicht erforderlich ist, kann man durchaus mit dem leben, was ich formuliert habe.

Ich bin Frau Schröder dankbar dafür, daß sie als einzige dargestellt hat, daß die **Landwirtschaftskammer ein Organ der Selbstverwaltung** der Landwirtschaft ist. Dies bedingt für uns natürlich auch eine gewisse Zurückhaltung in der Diskussion über künftige Kammerstrukturen. Ihre Aufgaben haben wir im Kammergesetz beschrieben. Voraussetzung für eine effektive Aufgabenwahrnehmung durch die Kammer ist ihre Selbständigkeit. Ohne diese

Selbständigkeit macht es überhaupt keinen Sinn, eine eigene Kammer zu haben.

(Beifall bei F.D.P. und CDU sowie der Abgeordneten Sabine Schröder [SPD])

Sie ist keine Landesbehörde, sondern ein Organ der Selbstverwaltung, das ehrenamtlich geführt wird. Die Überweisung von Landesaufgaben an die Kammer darf nicht dazu führen, daß das Land in die Kammer hineinregiert.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Sehr richtig!)

Im Gegenzug muß das Land aber auch erwarten können, daß die **Weisungsaufgaben** zur Zufriedenheit des Landes durchgeführt werden, das heißt im Sinne des Auftrages. Das, was sich in bezug auf den Standort der Fischereischule abspielt, ist meines Erachtens absolut unbefriedigend.

(Dr. Ekkehard Klug [F.D.P.]: Ja!)

Der Landtag hat in seinen Stellungnahmen zur Kammer auf diese Situation Rücksicht zu nehmen. So wünschenswert beispielsweise ein **dezentrales Beratungskonzept für Frauen** ist - das ist Punkt 6 Ihres Antrages -, so kann diese Forderung an die Kammer leicht als Eingriff in die Selbstverwaltung mißverstanden werden. Wir sollten uns daher mit solchen detaillierten Forderungen zurückhalten,

(Beifall bei der F.D.P.)

es sei denn, wir können sagen, wie deren Erfüllung denn bezahlt werden soll. Wir sollten auch darauf Rücksicht nehmen, daß es gerade im Bereich der Frauenberatung relativ leicht ist, nach dem Mutterschutz Verträge zu kündigen. Da Sie betriebsbedingte Kündigungen nicht wollen, muß dieser Weg gegangen werden; das ist eine Folge davon.

Die Kammerarbeit wird von den landwirtschaftlichen Betrieben durch die **Kammerumlage** sowie durch die Zuweisung eines Budgets aus **Landesmitteln** finanziert. Für besondere Leistungen erhebt die Kammer **Gebühren**. Wer die Selbständigkeit der Kammer anerkennt, darf die Zuweisung des Budgets nicht als Disziplinierungsmaßnahme mißbrauchen. Die im

Haushaltsplanentwurf vorgesehene globale Minderausgabe für die Kammer kann als eine solche Disziplinierungsmaßnahme verstanden werden, wenn das Land fortfährt, in die Kammer hineinzuregieren.

Es ist nicht zu bestreiten, daß das Miteinander von Landesregierung und Kammer in der Vergangenheit nicht immer konstruktiv gewesen ist - von beiden Seiten, möchte ich hinzufügen. Das bedeutet auch, daß es Mißtrauen gegenseitiger Natur gibt, was ein Herauskommen aus dieser Situation deutlich erschwert.

Im Bereich der Landwirtschaft sind neben der Kammer andere Behörden tätig. Ziel des Landes sollte es sein, im Interesse effizienter Mittelverwaltung **Überschneidungen** bezüglich der Arbeit zu beseitigen. Das bedeutet, daß Ausbildungs- und Beratungsaufgaben in der **Kammer**, Kontrollaufgaben bei den Behörden zu bündeln sind. Es ist nicht zu begründen, daß das Pflanzenschutzamt ein eigenes Versuchswesen besitzt und gleichzeitig Beratungsaufgaben wahrnimmt. Diese Aufgaben gehören in die Kammer, oder es muß zumindest eine bessere Kooperation erreicht werden.

Eine Effizienzsteigerung der Arbeit der Kammer führt notwendigerweise zu **Personaleinsparungen**. Des weiteren ist eine **Aufgabenkritik** im Selbstverwaltungsbereich erforderlich. Das kann aber nur umgesetzt werden, wenn das Land bereit ist, Personal von freiwerdenden Stellen aufzunehmen. Die notwendigen Personaleinsparungen können nicht allein durch die Nichtverlängerung von Zeitverträgen erbracht werden. Jeder weiß, daß ein Personalabbau allein auf diesem Weg zu nicht verantwortbaren Leistungsminderungen führt. Wir sehen dies im Bereich der Frauenberatung. Daher ist es für die Kammer erforderlich, daß sich das Land bereit erklärt, dort, wo es möglich ist, Personal zu übernehmen.

(Beifall bei der F.D.P und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Eine Landwirtschaftskammer wirkt in den ländlichen Räumen. Ihre Präsenz in der Fläche ist von entscheidender Bedeutung. Sie ist eben kein zweites Ministerium, sondern eine

Beratungseinrichtung, die ihre Leistungen dort anzubieten hat, wo sie gebraucht werden. Daher sollte der erforderliche Personalabbau weitgehend auf zentrale Einrichtungen beschränkt werden. Die Präsenz der Kammer in der Fläche darf nicht gefährdet werden.

Die **Qualität landwirtschaftlicher Ausbildung** hängt weitgehend von der sinnvollen Verknüpfung von Theorie und Praxis ab. In den landwirtschaftlichen **Fachschulen** ist diese Verbindung idealerweise gegeben. Die Kooperation der Fachschulen mit den Berufsschulen hat zu einer besseren Auslastung von Einrichtungen geführt. Auch ich beurteile die Modelle in Heide und Mölln außerordentlich positiv. Ich meine, daß sie einen Vorbildcharakter haben. Diese Kooperation hilft der Berufsschule wie auch der landwirtschaftlichen Fachschule. Wir brauchen in Schleswig-Holstein für die landwirtschaftliche Aus- und Weiterbildung eine Schulstruktur, die eine qualitativ hochwertige Ausbildung gewährleistet und sicherstellt, daß in ausreichender Zahl Betriebsleiter für die landwirtschaftlichen Betriebe ausgebildet werden. Zur Zeit ist die **Zahl der Auszubildenden** in der Landwirtschaft zu gering für den nach wie vor bestehenden Bedarf.

Die oft berichteten Meldungen über Betriebsaufgaben in der Landwirtschaft täuschen darüber hinweg, daß wir auch in den kommenden Jahrzehnten gut ausgebildete Landwirte brauchen werden. Die Absolventen der landwirtschaftlichen Fachschulen wie auch der Fachhochschule haben keine Probleme, einen Arbeitsplatz zu finden. Ich glaube, daß dies im Land zuwenig bekannt ist.

(Beifall bei der F.D.P.)

Aufgrund der großen Arbeitsbelastung in landwirtschaftlichen Betrieben ist eine flächendeckende Schulversorgung notwendig. Sie wird zur Zeit durch fünf Landwirtschaftsschulen und zwei Kooperationsschulen ausreichend gewährleistet. Soweit dies erforderlich wird, sollten weitere Kooperationsschulen gebildet werden.

Für die enge Verknüpfung von Theorie und Praxis in der Landwirtschaft ist die **Einheit von Schule und Beratung** unter dem Dach der Kammer eine wichtige Voraussetzung. Das bedeutet, daß Kooperationsschulen eine doppelte Trägerschaft haben, den Kreis als Träger der Berufsschule, die

Kammer als Trägerin der Landwirtschaftsschule. Wenn wir dies als vorbildlich betrachten, sollten wir die gesetzlichen Möglichkeiten dafür verbessern.

(Beifall bei der F.D.P.)

Sollte das Schulgesetz einer weiteren Einrichtung von Kooperationschulen entgegenstehen, ist das Gesetz zu ändern. Die landwirtschaftliche Ausbildung hat sich nicht dem Gesetz anzupassen, sondern das Gesetz hat die erforderlichen Rahmenbedingungen für eine zeitgemäße landwirtschaftliche Ausbildung zu beschreiben.

(Beifall bei der F.D.P. und des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

Eine verantwortungsvolle fachliche Beratung baut auf einem sinnvollen Versuchswesen auf. Entsprechend den geänderten gesellschaftlichen Anforderungen sind vom Versuchswesen sowie der Beratung nicht nur die Stärkung der Produktion zu berücksichtigen, sondern ebenfalls die Belange von Natur und Umwelt sowie der artgerechten Tierhaltung.

Die Stärkung der **Wirtschaftlichkeit der Betriebe** kann nicht nur über verbesserte Produktionstechniken erreicht werden, sondern ebenfalls über eine verbesserte Vermarktung. In der regionalen Vermarktung der landwirtschaftlichen Produkte bestehen Defizite. Die nahen Metropolen Hamburg und Berlin sind einzubeziehen. Es ist zu wünschen, daß es in Zukunft besser gelingt, mit dem Urlaub in Schleswig-Holstein auch die Produkte des Landes zu verkaufen und umgekehrt. Ich hoffe, daß der Tourismusminister dies im Auge behält.

Die Existenz der Betriebe in den ländlichen Räumen wird wesentlich - das ist hier ausreichend dargestellt - durch die **Mitarbeit der Frauen** unterstützt. Das Land sollte sein an jeder Stelle wiederholtes Ziel der **Frauenförderung** durch ein gezieltes Beratungsangebot der Frauen in ländlichen Räumen unterstützen. Es muß möglich sein, dafür Mittel aus dem Frauenministerium anzusetzen. Dies bei der jetzigen Haushaltslage einfach von der Kammer zu fordern, ohne zu sagen, wo die Gelder herkommen sollen, ist allzu durchsichtig. Ich hoffe,

daß wir im Agrarausschuß eine gute Diskussion dazu haben werden.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Abgeordneter Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Für den SSW ist in Verbindung mit den finanziellen und strukturellen Problemen der Landwirtschaftskammer Schleswig-Holstein vor allem der Erhalt der zwei übriggebliebenen Landwirtschaftsschulen im Landesteil Schleswig wichtig.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Es muß hier noch einmal ins Gedächtnis gerufen werden, daß wir im nördlichen Landesteil schon insgesamt fünf Standorte haben einbüßen müssen: Flensburg, Kappeln, Garding, Niebüll und Wyk.

(Caroline Schwarz [CDU]: Eben! - Zuruf von der CDU: Was sagt der Landesbeauftragte für den Landesteil Schleswig dazu?)

Unbestreitbar ist die Anzahl der Vollerwerbsbetriebe in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein gesunken. Auch die Schülerzahlen der Landwirtschaftsschulen sinken seit Jahren. Insofern ist die Diskussion über die Reduzierung von Landwirtschaftsschulen im Lande auf den ersten Blick nicht so abwegig. Wenn man aber bedenkt, daß es schon jetzt Probleme gibt, genügend Nachwuchs für die landwirtschaftlichen Betriebe zu gewinnen, sollte man sich wirklich überlegen, ob und wie man die Attraktivität des Berufsstandes erhöhen kann. Schulschließungen erhöhen die **Attraktivität einer Landwirtschaftslehre** jedenfalls nicht. Darin sind wir uns doch wohl einig.

(Beifall bei der CDU)

Stellen wir uns beispielsweise vor, daß ein weiterer Standort im Landesteil Schleswig geschlossen würde. Wer würde denn schon weite Anfahrtswege in Kauf nehmen? Das ist doch wohl zu bedenken.

Wir haben in den letzten Jahren schmerzlich erfahren müssen, daß die regionalpolitischen Argumente für Standortentscheidungen leider nicht mehr viel zählen. Wir sehen es im Augenblick bei der Diskussion um die BGS-Standorte und jetzt auch bei den **Landwirtschaftsschulen**. Es geht vielmehr um Argumente der **Qualität** des Fachangebotes oder um mögliche **Synergieeffekte** bei der Erhaltung von Standorten. Der SSW bedauert diese Entwicklung, denn der Landesteil Schleswig hat die Folgen davon schwer zu spüren bekommen. Strukturpolitische Argumente sollten unseres Ermessens nach nach wie vor Gewicht behalten.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten Caroline Schwarz [CDU])

Im Zusammenhang mit den Landwirtschaftsschulen ärgert den SSW vor allem, daß vor Jahren eine zukunftsweisende **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** zwischen den Landwirtschaftsschulen in Flensburg und in Gråsten durch den Beschluß zur Schließung der Schulen in Flensburg nicht durchgeführt werden konnte. Mit der Realisierung einer solchen Zusammenarbeit, die auch fachlich interessante Aspekte zu bieten hatte, würde der **Landesteil Schleswig** in der jetzigen Situation des Wettbewerbs der Schulen weitaus stärker dastehen. Was als Kooperation zwischen der BU Flensburg und der Handelshochschule Sønderborg im Ausbildungsbereich möglich ist, hätte sich auch zwischen Flensburg und Gråsten realisieren lassen sollen. Wir hoffen weiterhin auf Kooperation im nördlichen Bereich, das heißt auf eine Kooperation zwischen einer bestehenden Schule und einer Schule nördlich der Grenze. Dies wäre für den weiteren Erhalt und auch für das Fachliche sinnvoll.

Der SSW fordert die Landwirtschaftskammer und das Landwirtschaftsministerium auf, das **Konzept** „Landwirtschaftskammer 2000“ so zu gestalten, daß so viele Landwirtschaftsschulen wie möglich - und besonders die zwei in der Region Schleswig - erhalten bleiben können. Dabei sollte man auch nicht nur traditionelle Wege gehen. Beispielsweise müssen das Angebot des Kreises Schleswig-Flensburg, die landwirtschaftliche Berufsschule vom nächsten Jahr an in die Landwirtschaftsschule zu integrieren, und ähnliche Initiativen außerhalb

der Landwirtschaftskammer unbedingt bei der Entscheidung über den Erhalt von Landwirtschaftsschulen berücksichtigt werden.

Es gibt zwei Punkte des vorliegenden CDU-Antrages, die wir nicht mittragen können.

Wir haben Probleme mit der Formulierung, daß die Institution der Landwirtschaftskammer unverzichtbar sei, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU. Bei allem Respekt vor den Leistungen, die die Landwirtschaftskammer in der Beratung, bei der Lehre und in der Forschung für die Landwirtschaft seit Jahren unbestreitbar erbringt: Das Modell der **Landwirtschaftskammer** mit der **Zwangsmitgliedschaft** von Landwirten entspricht nicht der Haltung des SSW, wie man eine fachliche Begleitung für die Landwirtschaft finanzieren und organisieren sollte. Nach skandinavischem Vorbild sind wir für die Freiwilligkeit und könnten uns schon vorstellen, daß die Bauernverbände selber mit Hilfe von staatlichen Zuschüssen die Aufgaben der Landwirtschaftskammer eigenverantwortlich übernehmen könnten.

Wir stellen nicht die Aufgaben der Kammer als solche in Frage. Selbstverständlich braucht die Landwirtschaft eine gute fachliche Beratung und eine Anlaufstelle. Doch der CDU-Antrag deutet an, daß dies nur mit der Landwirtschaftskammer möglich ist. Da müssen wir sagen: Es gibt auch andere, sehr vernünftige Lösungen, wie man fachliche Beratung und Begleitung der Landwirtschaft organisieren kann.

(Beifall beim SSW und des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Deshalb können wir Nummer 1 des CDU-Antrages nicht mittragen.

Wir sind auch mit Nummer 3 des CDU-Antrages nicht einverstanden. Es ist zwar sympathisch, liebe Kolleginnen und Kollegen der CDU, daß das gesamte freiwerdende **Personal** vom Land übernommen werden soll. Aber das müßte dann für alle öffentlichen Institutionen, bei denen **Einsparungen** vorgenommen werden sollen, gelten. Ich denke etwa an Ihre Stoßgebete hinsichtlich eines schlanken Staates. Wo bleibt dies ab? Da haben wir wirklich Schwierigkeiten.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Die Stellen sind vom Ministerium - -!)

Auch das müßte jetzt zur Geltung kommen. In dieser Angelegenheit übernehmen Sie sich ein bißchen.

Wir sind der Auffassung, daß Nummer 2 des Änderungsantrages von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Situation der Angestellten der Landwirtschaftskammer angemessener Rechnung trägt.

Dem Änderungsantrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN können wir insgesamt zustimmen, wobei wir davon ausgehen, daß die unter Nummer 4 gesetzten Maßstäbe für den Bestand von Schulen großzügig im Sinne des Erhalts so vieler Schulen wie möglich ausgelegt werden können. Das ist meine Schlußbemerkung.

Wir werden einer Überweisung an den Ausschuß zustimmen und hoffen auf gute Beratung.

(Beifall bei SSW und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort hat Herr Minister Wiesen.

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Vielleicht nur wenige Bemerkungen!

Es ist gut, daß sich dieser Landtag mit der Situation der Kammer befaßt und daß man die vorliegenden Anträge dem Agrarausschuß überweisen will, um dort das Für und Wider einzelner Regelungen zu erörtern, so zum Beispiel im Hinblick auf die **Leistungsfähigkeit der Landwirtschaftskammer**, die Qualität des Ausbildungssystems, im Hinblick auf Standortfragen, Finanzierungsmodelle, Kooperationsmöglichkeiten und -notwendigkeiten und - ich füge dies mit einer besonderen Betonung zu - auch im Hinblick auf die Situation der Beratung für die Landfrauen, für die Frauen im ländlichen Bereich.

Eine ganze Reihe von Bundesländern - die meisten, genau gesagt - haben keine Kammer. Natürlich geht

das auch. Aber die Landwirtschaftskammer als **Selbstverwaltungsorganisation der Landwirtschaft** gehört - da sind wir uns, glaube ich, alle einig - in die schleswig-holsteinische Verwaltungsstruktur, Beratungsstruktur und Förderungsstruktur und ist daraus eigentlich nur schwer wegzudenken. Deswegen gehe ich - auch nach Lektüre der unterschiedlichen Antragsformulierungen - generell davon aus, daß dieses Hohe Haus eine große Gemeinsamkeit entwickelt und sagt: Wir wollen eine leistungsfähige Landwirtschaftskammer erhalten. Das ist schon einmal etwas.

Die Kammer ist dieses Jahr 100 Jahre alt. Wenn man ein solches Jubiläum hat - ich bin noch nicht ganz soweit, aber dicht davor -,

(Heiterkeit)

dann hat man zwei Möglichkeiten, nämlich ein solches Jubiläum nur aus der Retrospektive zu betrachten und zu begehen oder zu sagen: Jetzt muß ein neuer Schritt kommen; jetzt müssen wir uns fit machen für die nächsten 100 Jahre. Von daher ist alles das, was durch das neue Kammergesetz seit 1. Januar dieses Jahres gültig ist, inklusive der Regelung der Budgetierung, die übrigens im jetzigen Diskussionsprozeß deutlich macht, was der Kammer durch die Quotierungsregelung zugute kommt, - -

(Zuruf von der CDU: Aber nicht verlässlich!)

- Das ist verlässlich. - Wir sollten die Zeit des Gelddrucks - um nicht mißverstanden zu werden: nicht des Gelddruckens - dazu nutzen, gemeinsam mit der Kammer eine neue zukunftssträchtige Struktur zu entwickeln. Dabei sage ich noch einmal deutlich: Erst einmal geht es um die **Selbstverwaltung** der Landwirtschaftskammer. Die Landwirtschaftskammer hat sich - manche haben daran länger gezweifelt als ich - einstimmig eine neue Satzung gegeben, in der sie definiert hat, welche Aufgaben sie in welchem Umfang als Selbstverwaltungskörperschaft künftig wahrnehmen will. Das war ein gutes Ergebnis. Das ist die Grundlage der Kammerarbeit für die nächsten Jahre oder Jahrzehnte.

Im Selbstverwaltungsbereich so weit, so gut. Im **Weisungsbereich** - das ist nicht nur die Schule,

sondern auch die Officialberatung - werden ähnliche Überlegungen durchgreifen müssen. Dabei sage ich hier noch einmal ganz deutlich - manche haben das in der Debatte schon erwähnt -: Wenn es um die Ausbildung geht, dann geht es weniger um die Standorte und um die Frage, wieviel Kilometer jemand während der eineinhalb oder zwei Jahre - je nachdem, wie man die Semester aufaddiert - fahren muß oder ob er möglicherweise im Internat wohnen muß. Bei der Ausbildung gibt es ein Prinzip, dem sich alles unterzuordnen hat: An der Qualität der Ausbildung darf nicht gebastelt werden. Sie muß ganz oben stehen.

(Beifall bei der SPD)

Dem haben sich Standortfragen, auch Fragen der Trägerschaft, absolut unterzuordnen.

Wenn ich einmal von diesen Grundsätzen ausgehe, so muß man doch sagen: Es bewegt sich ja in Gesprächen, Debatten, Diskussionen eine ganze Menge mehr, als das ein paar laute Töne, die es in der Landwirtschaft auch immer geben muß, öffentlich deutlich machen. Wenn dann also die verantwortlichen Vertreter der berufsständischen Organisationen zu mir kommen, um mit mir darüber zu reden, wieviel besser man noch mit der Berufsschule des Kreises kooperieren könnte, was man nicht nur an Personal- und Kosteneinspareffekten, sondern auch an Qualitätsverbesserungen der Ausbildung für beide Systeme erreichen könnte, dann sage ich: Das ist etwas, was man in der öffentlichen Debatte kaum wiederfindet, was aber die Realität bei fast allen Gesprächen bei mir am Tisch ist.

Morgen früh ist übrigens der Kammervorstand um 8.30 Uhr wiederum bei mir. Wir tagen in sehr dichten Abständen. Ich denke, es ist gut, wenn ich dem Ausschuß ab und zu darüber berichte.

Ich möchte noch eine Bemerkung zum **Landesteil Schleswig** machen. Herr Kollege Gerckens, es ist wahr und bitter, daß dort viele Standorte aufgegeben worden sind. Aber es wäre eine Verzeichnung der Wahrheit, wenn man so täte, als sei dies nur im Landesteil Schleswig geschehen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Aber da trifft es besonders!)

- Frau Kollegin Schwarz, ich will Ihnen gern einmal die Liste geben. Ich weiß nicht, wie gut Sie über die ehemalige Struktur der Landwirtschaftsschulen in Kiel, Neumünster, Eutin oder sonstwo informiert sind. Ich will sie Ihnen gern einmal geben. Dann relativiert sich dies deutlich.

(Peter Jensen-Nissen [CDU]: Aber die Betriebsstruktur hat sich wesentlich verändert!)

Das ist aber gar nicht mein Thema. Man muß sich auch nicht bei solchen Nebenpunkten aufregen.

(Caroline Schwarz [CDU]: Wie bitte?)

Nur, die Frage, ob es eine Chance gewesen wäre - was ich sehr gern gesehen hätte -, mit **Dänemark** ein **Modell der gemeinsamen Beschulung** zu entwickeln, hat nichts mit der Standortfrage Flensburg oder Schleswig zu tun.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Doch! Viel!)

Das kann ich Ihnen schriftlich vorlegen. Ich kann nämlich lesen.

(Heiterkeit bei CDU und F.D.P.)

Selbstverständlich hat uns die dänische Seite gesagt: Die Frage ist nicht, ob eine solche kooperative Lösung in Flensburg oder 20 Autominuten weiter in Schleswig gefunden wird. Da könnten wir ja auch alle Programme zum Beispiel im Bereich von INTERREG abstellen, wenn wir sagten, das gehe nur unmittelbar für die Grenzstadt, also bis Krusau und bis Flensburg. Nein, das Problem war folgendes. Wir haben monatelang verhandelt und unsere Freunde und Kollegen in Dänemark immer wieder gefragt: Könnt ihr uns denn nicht einmal eine Größenordnung nennen? Wieviel Schüler kommen denn dorthin? Nur so kann man feststellen, ob eine solche Einrichtung dann auch ausgelastet werden kann. Aber wir haben jeweils keine Antwort bekommen. Ich formuliere das nicht als Vorwurf, sondern als Tatsache, damit hier nicht aus Versehen Legenden entstehen.

Ich will noch eine vielleicht letzte Bemerkung machen. Wenn die Landwirtschaftskammer ihren Weg weitergehen will,

(Zuruf von der CDU: Das muß sie ja wohl!)

was ich hoffe, wenn sie diesen Weg in die Zukunft gehen will und wenn sie nicht, was in den letzten Jahren und Monaten der Fall gewesen ist, stehen bleibt, weil auch da einer gegen den anderen genug Energie verschwenden kann, dann wird sie sich auch sagen müssen: Wir müssen im Denken flexibler werden. Ich stelle fest, daß es immer noch nicht in die Köpfe geht, daß es zwei unterschiedliche Fragen sind, wo ein Schüler oder eine Schülerin beschult wird und wo Beratung stattfindet.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen haben die Landfrauen recht. Die Kollegin Birk ist hier mit mir sicherlich einer Meinung. Wenn die Zahl der Schulstandorte reduziert werden soll oder muß, kann man nicht einfach sagen: Dann haben wir eben weniger Beraterinnen für die Landfrauen. Dann muß die Kammer selber ihren Beitrag für diesen wichtigen Teil ihrer Arbeit leisten.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das kann doch nicht immer nur wie ein Anhängsel gesehen werden, das im Grunde genommen keine ernsthafte wirtschaftliche und gesellschaftliche Bedeutung hat.

Ich finde, wir brauchen viel mehr flexiblere Lösungen. Ich bin sehr hoffnungsvoll, weil das, was mir aus dem Lande für die einzelnen Regionen, für die einzelnen **Standort- und Konzeptionsfragen** vorgetragen wird, viel flexibler, viel ideenreicher, viel phantasievoller, viel zukunftsgerichteter ist als das, was man manchmal im platten Pro und Kontra in den Medien liest.

Ich hoffe, daß ich dies dann auch dem Agrarausschuß entsprechend berichten kann, soweit sich das immer weiter konzentriert, und daß das Hohe Haus diesen Prozeß wohlwollend positiv

begleiten wird, ohne in die Selbstverwaltungsrechte der Landwirtschaftskammer eingreifen zu wollen.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag nach § 56 Abs. 4 der Geschäftsordnung hat Frau Abgeordnete Spoorendonk.

**Anke Spoorendonk [SSW]:**

Frau Präsidentin! Lieber Herr Minister, es ist nicht so, daß ich absolut das letzte Wort haben möchte; es ist auch nicht so, daß ich jetzt „alte Kamellen aufwärmen“ will. Aber ich muß noch einmal folgendes sagen. Diese Geschichte mit der **Kooperation zwischen Gråsten und Flensburg** mag ja aus Ihrer Sicht so gelaufen sein. Ich habe andere Dinge erfahren. Mir ist von der Leitung der Schule ganz deutlich gemacht worden: Schleswig ist für uns uninteressant, weil es zu weit weg ist.

Das hat etwas mit kulturellen Unterschieden zu tun und mit Unterschieden im Kopf.

(Zuruf des Abgeordneten Peter Jensen-Nissen [CDU])

- Herr Jensen-Nissen, vielleicht kann ich dann noch einmal hinzufügen: Die Landwirtschaftsschule in Gråsten braucht die Zusammenarbeit gar nicht; die hat noch nie so viele Schülerzahlen gehabt wie in diesem Jahr. Dort gibt es eine Steigerung um mehr als 50 %. Die Schule blüht auf, sie muß anbauen, sie hat selbst diesen ökologischen Studiengang eingerichtet. Die braucht uns nicht. Also von daher muß man auch noch einmal sehen, was konkret Möglichkeit zur Zusammenarbeit heißt und was Sache ist.

Das wollte ich gern noch loswerden.

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Das Wort zu einem Kurzbeitrag hat jetzt Herr Abgeordneter Gerckens.

**Peter Gerckens [SSW]:**

Wenn es wirklich so gelaufen ist: Sind wir uns dann einig, daß der künftige **Planungsrat des Landes** jetzt in solchen Sachen tätig sein muß, um das zu verhindern?

(Ute Erdsiek-Rave [SPD]: Ist jetzt Fragestunde?)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Herr Abgeordneter Gerckens, Fragen von den Saalmikrofonen aus sind nur dann gestattet, wenn hier vorn auch jemand steht, der sie entgegennehmen und beantworten kann.

(Heiterkeit - Peter Gerckens [SSW]: Darf ich es von hier aus noch einmal machen?)

- Nein, hier vorn steht niemand, der eine Frage beantworten kann.

(Zurufe)

- Herr Minister Wiesen ist bereit, noch einmal „in die Bütt“ zu gehen. Bitte, Herr Minister Wiesen, Sie haben das Wort.

(Heiterkeit und Beifall)

**Hans Wiesen**, Minister für ländliche Räume, Landwirtschaft, Ernährung und Tourismus:

Frau Kollegin Spoorendonk, Herr Kollege Gerckens! Weil mein Staatssekretär Beauftragter der Landesregierung für den Landesteil Schleswig ist, freuen wir uns auf die Zusammenarbeit mit diesem **Planungsrat**, um das, was wir an Chancen **grenzüberschreitender Zusammenarbeit** haben, auch nutzen zu können. Sie sind - wie alle anderen - herzlich gern zum Gespräch gebeten. Mehr Ideen helfen mehr, als wenn ich nur allein vor mich hin wurschtelte.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Dr. Gabriele Kötschau:**

Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung. Es ist Ausschußüberweisung beantragt worden. Wer zustimmen will, daß der Antrag und die

Änderungsanträge dem Agrarausschuß überwiesen werden, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenstimmen! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir sind damit am Ende der heutigen Sitzung angelangt. Die Tagung wird morgen früh um 10.00 Uhr fortgesetzt. Wir beginnen dann mit den Tagesordnungspunkten 3 und 7.

Ich wünsche Ihnen einen schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluß: 18.04 Uhr**